

Inhalt

2004-07-01 St. Galler Tagblatt	Freizügigkeit mit Mass.....	3
2004-07-08 St. Galler Tagblatt	Brauchen Parteien bald Geld vom Staat?	5
2004-07-10 St. Galler Tagblatt	Gute Politik ist nicht gratis zu haben.....	6
2004-08-12 St. Galler Tagblatt	Maulkorb für den Bundesrat?	7
2004-08-17 St. Galler Tagblatt	Rechtsextreme im Visier	8
2004-08-18 St. Galler Tagblatt	«Geeint auftreten».....	9
2004-08-19 St. Galler Tagblatt	Steuerstempel-Paket als Faustpfand.....	10
2004-08-20 St. Galler Tagblatt	Das Undenkbare denken	11
2004-08-24 St. Galler Tagblatt	Arbeitgeber sparen Millionen.....	12
2004-08-26 St. Galler Tagblatt	Diskreditierte Kollegialität.....	14
2004-09-01 St. Galler Tagblatt	Familienpolitik ist nicht gratis.....	15
2004-09-01 St. Galler Tagblatt	Mehr Sicherheit für die Mütter	16
2004-09-02 St. Galler Tagblatt	«Mutterschaftsschutz nützt allen».....	18
2004-09-03 St. Galler Tagblatt	Chance für eine andere Armee	20
2004-09-10 St. Galler Tagblatt	Ein Stück solider Familienpolitik	21
2004-09-11 St. Galler Tagblatt	Der neue Finanzausgleich bereitet Mühe	23
2004-09-14 St. Galler Tagblatt	SGB nimmt AHV-Heft selbst in die Hand	24
2004-09-14 Der Bund	Initiative für flexibles AHV-Alter	25
2004-09-15 St. Galler Tagblatt	Mit Währungsreserve Bildung finanzieren?.....	26
2004-09-16 St. Galler Tagblatt	Der Körper wird zum Ausweis.....	27
2004-09-17 St. Galler Tagblatt	Lassen die Alten die Jungen im Stich?	29
2004-09-18 St. Galler Tagblatt	Ein Zeichen von Menschlichkeit	30
2004-09-21 St. Galler Tagblatt	Hasler warnt vor «totalitärer SVP».....	31
2004-09-21 Der Bund	Hasler warnt vor «totalitärer SVP».....	32
2004-09-23 St. Galler Tagblatt	Konzernchefs helfen der FDP.....	33
2004-09-25 St. Galler Tagblatt	«Mehreinnahmen sind zwingend»	34
2004-09-27 St. Galler Tagblatt	Ideologische Front durchbrochen.....	36
2004-09-28 St. Galler Tagblatt	Blochers Doppelspiel.....	38
2004-10-01 St. Galler Tagblatt	Seilziehen um Sonntags-Shopping	40
2004-10-02 St. Galler Tagblatt	Sieger ist nur, wer sich wie ein Sieger verhält	42
2004-10-09 St. Galler Tagblatt	Ernüchterung statt Erschütterung.....	43
2004-10-13 St. Galler Tagblatt	Dem Konsens verpflichtet	44
2004-10-14 St. Galler Tagblatt	Dem Konsens verpflichtet	45
2004-10-19 St. Galler Tagblatt	Halber Bundesrat.....	46
2004-10-21 St. Galler Tagblatt	Pragmatismus statt Hektik	47
2004-10-23 St. Galler Tagblatt	Simplifizierte Bilder für mystifiziertes Volk	48
2004-10-26 St. Galler Tagblatt	Rot-Grün wächst stärker als SVP.....	49
2004-10-27 St. Galler Tagblatt	Bei einem Nein geht Bern baden.....	50
2004-10-28 St. Galler Tagblatt	Bauern zwischen Markt und Staat.....	51
2004-10-30 St. Galler Tagblatt	Pfui, ein Raucher!.....	53
2004-11-05 St. Galler Tagblatt	Für und wider «Zukunft St. Gallen»	54
2004-11-06 St. Galler Tagblatt	Für und wider «Zukunft St. Gallen»	55
2004-11-06 St. Galler Tagblatt	Besonnenheit statt Terrorhysterie.....	56
2004-11-09 St. Galler Tagblatt	Nur noch Vollprofis als Parteichefs?.....	57
2004-11-09 Der Bund	Nur noch Vollprofis als Parteichefs?.....	58
2004-11-11 St. Galler Tagblatt	Familienpolitik ist nicht kostenlos.....	60
2004-11-13 St. Galler Tagblatt	Demokratie heisst reden - nicht schweigen	61
2004-11-15 St. Galler Tagblatt	Föderalismus oder Kantönligeist?.....	62
2004-11-16 St. Galler Tagblatt	Lieber den Spatz in der Hand	64
2004-11-18 St. Galler Tagblatt	Wer will den Staatsbankrott?.....	65
2004-11-20 St. Galler Tagblatt	Wachsende Skepsis gegen Ausländer	66
2004-11-29 St. Galler Tagblatt	«Eine Stadt muss gemacht werden».....	67
2004-11-29 St. Galler Tagblatt	Mehr staatliche Leistungen fürs gleiche Geld	68
2004-11-30 Der Bund	Fest in rot-grüner Hand.....	69
2004-11-30 St. Galler Tagblatt	Die grossen Städte sind fest in rot-grüner Hand	70
2004-12-07 St. Galler Tagblatt	Politik ohne Perspektiven	71
2004-12-09 St. Galler Tagblatt	Goldiger Kompromiss im Goldstreit?	73
2004-12-10 St. Galler Tagblatt	Parteibuch als Realitätersatz?.....	74
2004-12-14 St. Galler Tagblatt	Arbeitslosenkasse schreibt rote Zahlen	75
2004-12-16 St. Galler Tagblatt	Kein Goldsegen für die AHV	76

2004-12-16 Der Bund	Gold für Kantone	78
2004-12-17 St. Galler Tagblatt	Goldige Zeiten für die Kantone	79
2004-12-17 Der Bund	Gerangel um 7-Milliarden-Anteil	80
2004-12-18 St. Galler Tagblatt	FDP-Kronfavorit wirft das Handtuch	82
2004-12-21 St. Galler Tagblatt	Der Goldschatz ist noch nicht verteilt	83

Thema
 Hauptblatt

Freizügigkeit mit Mass

Das Freizügigkeitsabkommen mit den neuen EU-Ländern ist auf Kurs. Gewerkschaften und Arbeitgeber haben sich auf flankierende Massnahmen geeinigt. Nur SVP und Auns drohen weiter mit dem Referendum

Ein Jahr lang hat die Schweiz mit der EU über die Bedingungen für die Ausdehnung des Freizügigkeitsabkommens auf die zehn neuen EU-Länder diskutiert. Jetzt liegen die bereinigten Texte des entsprechenden Zusatzprotokolls vor. Kern der Übereinkunft ist die Übergangsfrist von sieben Jahren bis 2011.

Während dieser Zeit muss die Schweiz den Menschen aus den neuen EU-Ländern nur beschränkten Zugang zum hiesigen Arbeitsmarkt gewähren: Weiterhin gelten der Vorrang der einheimischen Arbeitnehmer vor den ausländischen sowie die Lohnkontrolle und die Möglichkeit der Kontingentierung der Ausländerzahl.

Schutzklausel bleibt

Nach Ablauf der Übergangsfrist muss die Schweiz auch mit den neuen EU-Ländern den freien Personenverkehr einführen, hat aber gemäss einer Schutzklausel noch bis 2014 die Möglichkeit, die Kontingentierung einzuführen, wenn die Einwanderung ein bestimmtes Höchstmass überschreitet.

Pièce de résistance der erweiterten Freizügigkeit sind die flankierenden Massnahmen zum Schutz vor Lohnabbau und Sozialdumping. Diesbezüglich haben sich Gewerkschaften und Arbeitgeber jetzt offensichtlich einigen können, womit die Referendumsdrohung der Gewerkschaften vorläufig vom Tisch ist.

Die von den Sozialpartnern abgesegneten Massnahmen enthalten im Wesentlichen die Elemente, die bereits im Kontakt mit den «alten» EU-Ländern gelten. Gestärkt wird aber der Vollzug. So sollen 150 kantonale Inspektoren eingesetzt werden, welche die Einhaltung der Arbeitsbedingungen kontrollieren. Zudem sollen Gesamtarbeitsverträge mit Mindestlohnvorschriften einfacher für allgemeinverbindlich erklärt werden können, wenn die Arbeitsbedingungen wiederholt missbräuchlich unterboten werden.

Die Gewerkschaften und die SP bezeichneten die ausgehandelten Massnahmen gestern als «absolute Minimallösung». Eine allfällige Verwässerung im Parlament würden sie nicht mehr akzeptieren (vgl. Interview unten).

Der Arbeitgeberverband begrüsst die Vorschläge und kündigte seine Unterstützung für die Vorlage an. Der Bundesrat sei damit auf der «richtigen Linie», sagte Vizedirektor Hans Rudolf Schuppisser der Nachrichtenagentur SDA.

Zuwanderung «moderat»

Mit der Einigung der Sozialpartner ist die Referendumsgefahr noch nicht gebannt. Die Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz (Auns) und die SVP halten ihre Drohung aufrecht. Allerdings schätzt Auns-Geschäftsführer und Nationalrat Hans Fehr (SVP, ZH) die Chancen eines Referendums

nach dem gestrigen Tag als «möglicherweise geringer» ein. Fehr fürchtet vorab die «Milliardenkosten im Sozialbereich», welche die Ausdehnung der Freizügigkeit mit sich brächte.

Weit optimistischer ist da der Bundesrat. Das Risiko, dass die Aufwendungen der Sozialwerke erheblich ansteigen, stuft er in einem gestern veröffentlichten Bericht als gering ein. Schwerer sei hingegen eine Voraussage bezüglich des Euro-Kurses auf den Schweizer Franken. Wegen der Handelsintensivierung werde sich das Bruttoinlandprodukt (BIP) dauerhaft um 0,2 bis 0,3 Prozent erhöhen, meint der Bundesrat. Die mit der Erweiterung der Personenfreizügigkeit erwartete Zuwanderung wird als «moderat» und «für die Schweiz nicht aussergewöhnlich» eingestuft.

Michael Müller

Bild: Trix Niederau

Neu sollen Inspektoren die Einhaltung der Arbeitsbedingungen kontrollieren.

Kommentar

Keine Angst vor dem Referendum?

Der Bundesrat ist siegesgewiss: Offensichtlich glaubt er nicht, dass das von SVP und Auns angedrohte Referendum gegen die Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf die neuen EU-Länder Erfolgchancen hat. Das zeigt sich daran, dass er auf neue Massnahmen gegen Lohn- und Sozialdumping verzichtet. Lediglich die Einhaltung der bestehenden Schutzvorkehrungen will er verbessern und dafür 150 Inspektoren anstellen. Das ist nicht gerade viel.

Die EU-Erweiterung ist in der Tat für den ganzen Kontinent eine grosse Chance. Sie bedeutet eine Stärkung der jungen Demokratien in Mittel- und Osteuropa und eröffnet auf lange Sicht beträchtliches ökonomisches Potenzial. Die Schweiz tut gut daran, sich an diesem Prozess zu beteiligen. Damit sichert sie sich nicht nur neue Märkte, sondern leistet auch einen Beitrag dazu, dass Europa zusammenwächst.

Das ändert aber nichts daran, dass mit dem freien Personenverkehr das Risiko von Lohn- und Sozialdumping steigt. Denn das soziale und wirtschaftliche Gefälle zwischen Ost- und Westeuropa ist nach wie vor gross. In den neuen EU-Ländern leben viele junge und gut ausgebildete Menschen, die ihre Chancen ergreifen wollen und bereit sind, zu wesentlich schlechteren Bedingungen zu arbeiten, als hierzulande branchenüblich ist. Dessen sind sich die Beschäftigten in der Schweiz sehr wohl bewusst.

Das ist nicht zu unterschätzen und machte ein allfälliges Referendum gefährlich. Daher wäre ein griffigeres Regelwerk gegen das Lohndumping politisch nicht unklug gewesen. Wenn

SP und Gewerkschaften nun das Parlament mahnen, am jetzigen Minimum nicht zu rütteln, tun sie dies aus einer realistischen Einschätzung heraus: Denn Menschen reagieren mit Ablehnung, wenn sie Lohn und Lebensstandard bedroht sehen.

Walter Langenegger w.langenegger@tagblatt.ch

Positive Auswirkungen

Die Osterweiterung der EU hat leicht positive Auswirkungen auf die Schweizer Wirtschaft. Zu diesem Schluss kommt der Bundesrat in einem Bericht. Er rechnet mit einem Anstieg des Bruttoinlandprodukts von rund 0,2 bis 0,3 Prozent bis in rund zehn Jahren. Vor allem die Handelsintensivierung und die Ausdehnung der Personenfreizügigkeit wirkten sich positiv aus.

Die wegen der Erweiterung der Personenfreizügigkeit erwartete Zuwanderung bezeichnet der Bundesrat als moderat. Eine massenhafte Zuwanderung von schlecht qualifizierten Arbeitern müsse nicht befürchtet werden, da die entsprechende Nachfrage gering sei. Zudem wirkten sich die hohen Lebenshaltungskosten in der Schweiz und das sich in den nächsten Jahren verringern Wohlstandsgefälle weiter dämpfend aus. Auch die Auswirkungen der Osterweiterung auf die Sozialversicherungen werden vom Bundesrat eher positiv beurteilt. Vor allem die AHV könne profitieren. (ap)

«Das absolute Minimum»

Gewerkschaftssekretär Serge Gaillard äussert sich verhalten optimistisch zu den flankierenden Massnahmen

Die bisherige Erfahrung mit der Personenfreizügigkeit hat gezeigt: Völkerwanderungen hat es nicht gegeben. Fürchten Sie, dass die Flut nach 2011 kommt, wenn die Einschränkungen gegenüber den neuen EU-Ländern fallen?

Serge Gaillard: Wir befürchten keine Masseneinwanderung, aber es könnte zu einem Druck auf die Löhne kommen. Wegen der grossen Lohnunterschiede könnten die Unternehmen anfangen, Arbeitnehmer aus Osteuropa zu tiefen Löhnen zu rekrutieren. Dadurch könnten die einheimischen Arbeitslosen oder die Jungen, die einen Beruf ergreifen wollen, gezwungen werden, auch niedrigere Löhne zu akzeptieren.

Aber wenn die Differenz zu unseren Löhnen zu gross wird, wird der Staat Mindestlöhne erlassen.

Gaillard: Ja. Das ist eine der flankierenden Massnahmen, die die Gewerkschaften schon für die Personenfreizügigkeit mit den alten EU-Ländern durchgesetzt haben.

Bietet das nicht genug Schutz?

Gaillard: In der Zwischenzeit haben wir damit Erfahrungen gemacht. Was wir nicht bedacht haben: Sehr viele Kantone haben keine Inspektoren, also kann man gar nicht kontrollieren, ob ortsübliche Löhne gezahlt werden.

Neu sind jetzt für alle Kantone zwingend Inspektoren vorgesehen.

Gaillard: Ja, jetzt schlägt der Bundesrat ein neues Massnahmenpaket für die Ausweitung der Personenfreizügigkeit auf die zehn neuen EU-Länder vor. Vorgesehen ist, dass der Bund den Kantonen eine Mindestzahl von Inspektoren vorschreiben kann. Dafür muss er sich mit 30 Prozent an den Kosten beteiligen.

Dann können Sie ja mit dem Ergebnis zufrieden sein?

Gaillard: Es ist das absolute Minimum. Es braucht nämlich ein Instrumentarium, damit Lohndumping verhindert werden kann.

Was wäre denn aus Ihrer Sicht wünschenswert gewesen?

Gaillard: Angesichts der riesigen Lohnunterschiede gegenüber Osteuropa hätten gewisse Branchen wie der Detailhandel oder das Transportgewerbe präventiv Mindestlöhne erlassen sollen. Die Arbeitgeber haben das aber strikt abgelehnt, und wir konnten uns nicht durchsetzen. Immerhin gibt es jetzt die gesetzliche Möglichkeit, im Fall von Lohndumping Mindestlöhne zu erlassen.

Mehrere Bundesämter haben am Dienstag berichtet, dass rund 90 000 Schwarzarbeiter bereits im Land arbeiten. Wird sich diese Zahl durch die Ausweitung der Personenfreizügigkeit vergrössern?

Gaillard: Ich glaube nicht. Wenn auch der Ständerat dem neuen Gesetz gegen Schwarzarbeit zustimmt, werden wir künftig schärfer gegen diesen Missbrauch vorgehen können. Die Gewerkschaften werden sich jedenfalls hinter das Gesetz stellen.

Dennoch könnte der Druck auf die einheimischen Arbeitnehmer wachsen. Die Arbeitgeber haben an ihrer Tagung vom Dienstag bereits von Rentenalter 69 gesprochen.

Gaillard: Solche Forderungen sind surreal. Heute gehen mehr als die Hälfte der Erwerbstätigen frühzeitig in die Pension. Ganz einfach, weil es zu wenig Stellen gibt.

Es gibt auch andere Formen von Druck. Wegen der osteuropäischen Konkurrenz gehören in gewissen Regionen der alten EU-Länder nicht regulierte Arbeitsmodelle bereits zum Alltag: Arbeit auf Abruf, Zeitverträge, Leiharbeit usw. Zum Teil hat das bereits auch in die Schweiz hineingegriffen. Müssen wir uns vermehrt auf unsichere Jobs einstellen?

Gaillard: Nein, das hängt viel mehr mit der schwachen Konjunktur zusammen. Bei schlechter Konjunkturlage wälzen die Unternehmen den Konkurrenzdruck auf die Arbeitsbedingungen ab. Das wird sich aber ändern, wenn die Konjunktur wieder anzieht.

Sollte man nicht die Arbeitnehmer in den Ursprungsländern selbst abholen, indem man zum Beispiel die Doppelmitgliedschaft in Berufsverbänden fördert?

Gaillard: Die Gewerkschaften arbeiten schon lange zusammen: Es gibt einen Informationsaustausch, und zum Teil wechseln die Mitglieder von einer Gewerkschaft zur anderen. Das Problem ist aber, dass die Gewerkschaften in manchen osteuropäischen Ländern noch sehr schwach sind.

Interview: Georg Farago

Inland
 Hauptblatt

Brauchen Parteien bald Geld vom Staat?

Economiesuisse überprüft ihre Politstrategie und erwägt einen teilweisen Rückzug aus den Abstimmungskämpfen. Damit kommt ein altes Thema erneut auf die Traktandenliste: die staatliche Parteienfinanzierung.

walter langenegger

Am 16. Mai kassierte Economiesuisse eine herbe Niederlage: Obwohl der Wirtschaftsverband mehrere Millionen Franken in die Kampagne für die AHV-Revision und das Steuerpaket investiert hatte, scheiterten die Vorlagen an der Urne. Das hat Economiesuisse alarmiert. Jetzt will der Verband seine Rolle bei Abstimmungen kritisch hinterfragen. «Nach einer Kampagne ziehen wir zwar immer Bilanz», sagt Economiesuisse-Direktor Rudolf Ramsauer. «Diesmal fallen die Abklärungen aber tatsächlich detaillierter aus als sonst.» Noch sei aber völlig offen, welche Schlüsse daraus gezogen würden.

Grosses Engagement

Ein stärkeres Engagement ist freilich kaum zu erwarten. Denn Economiesuisse hat ihre Kampagnentätigkeit in den letzten Jahren bereits stark ausgeweitet und den Politikkomitees oft die ganze Arbeit abgenommen. Dabei setzte sie sich zuweilen auch für Vorlagen ein, die nicht in ihrem ureigenen Interesse standen. Das bewies sie etwa mit ihrer Kampagne zugunsten der Auslandeinsätze von Schweizer Soldaten. Ein Strategiewechsel

könnte daher nur heissen, dass Economiesuisse bloss noch sehr selektiv Kampagnen unterstützt und sich ganz auf wirtschaftlich relevante Themen konzentriert.

Davon betroffen wären die bürgerlichen Parteien. Würden sie nicht mehr von der Wirtschaft finanziell und logistisch unterstützt, müssten sie für die Kampagnen eigene Strukturen aufbauen. Das kostet Geld - Geld, das die Parteien nicht haben.

Staatsgeld macht unabhängig

Für den Politologen Andreas Ladner ist daher klar: «Zahlt die Wirtschaft nicht mehr, erhöht sich der Druck für eine staatliche Parteienfinanzierung.» Er plädiert schon lange dafür, dass die Parteien einen Teil ihrer Ressourcen vom Staat erhalten sollen. Parteien erfüllten eine wichtige Rolle und müssten unabhängig von Partikularinteressen politisieren können. Mit einer staatlichen Finanzierung könne dies besser gewährleistet werden als mit dem jetzigen System.

So sieht es auch SP-Chef Hans-Jürg Fehr. Durch den allfälligen Mittelentzug der Economiesuisse stelle sich die Frage der Parteienfinanzierung neu, sagte er gegenüber dem «Blick». Fehr hofft, dass nun die Bereitschaft der Bürgerlichen steigt, wieder über eine staatliche Parteienfinanzierung zu diskutieren.

Meinung
Hauptblatt

Gute Politik ist nicht gratis zu haben

von Walter Langenegger

Ob die Schweizer Politiker und Parteien Wahlkämpfe bestreiten, Abstimmungskampagnen führen oder Grundlagenarbeit für neue Gesetze leisten: Ohne fremdes Geld läuft fast nichts. Denn hinter den meisten politischen Akteuren stehen Firmen und Verbände, die sie sponsern. Was im Ausland vielfach verpönt ist und zuweilen sogar politische Krisen auslöst, ist bei uns Praxis und Notwendigkeit: Die Politik finanziert sich fast gänzlich privat.

Dass dies allerdings kaum noch den Erfordernissen einer modernen Demokratie entspricht, zeigte sich einmal mehr diese Woche. So strauchelten die Basler SP-Ständerätin Anita Fetz und der Solothurner SP-Regierungsrat Roberto Zanetti über eine Spende aus dubiosem Umfeld, was die Glaubwürdigkeit der beiden ankratzt. Und der Wirtschaftsverband Economiesuisse signalisierte, dass er sich teilweise aus der Polit-Propaganda zurückziehen und nichts für die Einbürgerungsvorlage vom 26. September investieren wolle, was die bürgerlichen Parteien dazu verdammt, eine Kampagne nur mit schönen Worten und ohne Geld zu führen. Beide Fälle machen bewusst: Unsere Politiker

und Parteien sind der permanenten Gefahr ausgesetzt, Spielball finanzkräftiger Geldgeber zu sein und von mächtigen Lobbys instrumentalisiert zu werden.

Das darf uns nicht egal sein. Denn es sind letztlich Parteien und Politiker, die unsere Hausordnung bestimmen. Ihr Handeln und Wirken entscheiden darüber, nach welchen Regeln und Werten wir leben, wer welche Pflichten und Rechte hat und wie Wohlstand verteilt wird. Damit dies nicht im Dienste von Sonderinteressen, sondern des Gemeinwohls geschieht, braucht es Politiker und Parteien, die finanziell möglichst unabhängig sind.

Zu gewährleisten ist das freilich nur, wenn der Staat und damit der Steuerzahler in die Tasche greift und es ermöglicht, dass Politiker anständig entlohnt werden und die Parteien öffentliche Finanzhilfen erhalten. Mag diese Forderung auch unpopulär sein: Es wäre gut investiertes Geld. Schliesslich ist nichts gratis - auch unabhängige Politik nicht. w.langenegger@tagblatt.ch

Inland
 Hauptblatt

Maulkorb für den Bundesrat?

Initiative gegen «Behördenpropaganda» mit 110 000 Unterschriften eingereicht

bern. Der Bundesrat soll vor Abstimmungen nur noch kurz informieren dürfen und ansonsten schweigen: Das fordert die gestern eingereichte Initiative «Volkssouveränität statt Behördenpropaganda». Sympathie findet das Begehren vor allem bei der SVP.

walter langenegger

Die Initianten sprechen von Missbrauch und staatlich gelenkter Propaganda: Es gehe nicht an, dass der Bundesrat mit Steuergeldern immer unverfrorener in Abstimmungen eingreife und damit unzulässigerweise die Meinungsbildung beeinflusse. Dem wollen sie nun mit ihrem Volksbegehren einen Riegel schieben. Die gestern mit 110 000 Unterschriften eingereichte Initiative sieht vor, dem Bundesrat und den oberen Kadern der Verwaltung die Informationstätigkeit in Abstimmungskämpfen zu verbieten. Als einzige Ausnahme von diesem Prinzip soll der für die Vorlage zuständige Departementschef eine einmalige, kurze Information an die Bevölkerung richten dürfen.

Bundesrat stärker präsent

Tatsächlich ist der Bundesrat heute in Abstimmungskämpfen stärker präsent als noch vor wenigen Jahren. Überliess er früher den öffentlichen Meinungsstreit fast ganz den Parteien, Verbänden und Medien, wirkt er inzwischen aktiv bei der Willensbildung mit, indem er Pressekonferenzen hält, Interviews gibt und in der TV-Sendung «Arena» auftritt. Begründet wird dies mit der modernen Kommunikationsgesellschaft: Während die Politik immer komplexer wird, die Personifizierung zunimmt und die Parteien an Gewicht und öffentlicher Resonanz verlieren, spielen millionenteure, von Interessengruppen lancierte und finanzierte PR-Kampagnen eine immer grössere Rolle. Für den Berner Medienexperten Roger Blum ist daher klar: Wenn die Position von Regierung und Parlament im medialen Stimmengewirr nicht untergehen soll, braucht es bei Abstimmungen das verstärkte Engagement des Bundesrates.

Unmut und Frustration hat der bundesrätliche Rollenwechsel vor allem bei der politischen Rechten ausgelöst. Sie hat in den letzten Jahren herbe Abstimmungsniederlagen erlitten («Jugend ohne Drogen», Armee XXI, bilaterale Verträge, UNO, Bundesverfassung) und dabei stets den Bundesrat gegen sich gehabt. Aus dieser Ecke stammt denn auch die Initiative. Nach Recherchen des «Tages-Anzeigers» sind im Komitee diverse Exponenten des VPM - einer aufgelösten Psychosekte, die immer wieder mit harten Rechtsausserpositionen auffiel.

Schützenhilfe von der SVP

Unterstützung findet die Initiative auch in SVP-Kreisen. Parteipolitiker wie Parteisekretär Gregor Rutz, Nationalrat Ulrich Schlüer und Auns-Chef Hans Fehr wettern schon lange gegen das Engagement des Bundesrates bei Abstimmungen. Schützenhilfe leistet zudem Hansjörg Seiler, Professor für öffentliches Recht an der Universität Luzern. In der NZZ vertrat er Mitte 2003 die Auffassung, eine zu aktive Rolle der Regierung bei Abstimmungen sei in einem parlamentarischen Konkurrenzsystem zulässig, im schweizerischen Modell aber völlig systemfremd.

Klare Spielregeln gefordert

Der Nationalrat ist allerdings anderer Meinung. So lehnte er im Herbst 2003 einen Vorstoss der SVP ab, der in die gleiche Richtung zielte wie die Initiative, und stellte sich damit hinter die heutige Praxis. Gleichzeitig befand die grosse Kammer aber, dass die Leitplanken, die sich der Bundesrat im Jahr 2001 selbst gegeben hatte, nicht ausreichten. Nötig sei, klarere Grundlagen für die Öffentlichkeitsarbeit des Bundesrates zu erstellen und diese besser publik zu machen. Damit werde verhindert, dass der Bundesrat Angriffsflächen biete.

Thema
Hauptblatt

Kommentar

Rechtsextreme im Visier

Die freie und öffentliche Meinung ist Grundlage für Demokratie. Nur dort, wo sich die Menschen ungehindert äussern können, leben sie in Würde und Freiheit. Freie Meinungsäusserung bedeutet aber nicht, dass alles erlaubt ist. Es darf nicht sein, dass sie dazu missbraucht wird, Menschen ihrer Herkunft, Abstammung oder Religion wegen zu diskriminieren. Doch wo ist die Grenze?

Das Bundesgericht hat nun dazu eine Präzisierung vorgenommen: Wie bisher sind rassistische Aussagen nur strafbar, wenn sie öffentlich erfolgen. Als öffentlich gilt neu aber all das, was ausserhalb eines durch besonderes Vertrauen geprägten Umfelds (zum Beispiel Familie und Freundeskreis) gesagt wird. Damit weitet das Gericht den Öffentlichkeitsbegriff aus und macht klar: Die Privatsphäre bleibt unangetastet. Aber sie wird nicht mehr als Deckmäntelchen dienen können, um in geschlossenen Gesellschaften rassistisches Gedankengut zu verbreiten. Ins Visier nehmen die Richter damit die Rechtsextremen, die an Konzerten und Veranstaltungen Hetze betreiben. Und dass hier ein Riegel geschoben wird, können all jene, die für den demokratischen Rechtsstaat eintreten, nur begrüßen.

Dass der Entscheid darüber hinaus Folgen für den Alltag haben wird, ist indes nicht zu erwarten. Das zeigt die Praxis: Trotz Holocaust-Debatte und verschärften Tönen in der Ausländer- und Asylpolitik wurde die 1994 eingeführte Antirassismus-Strafnorm nie exzessiv angewandt. Die Zahl der Verurteilungen blieb gering, gebüsst wurden nur krasse Fälle. Die Richter haben Augenmass bewiesen - auch was den dummen und unbedachten Spruch am Stammtisch anbelangt. Und es gibt keinen Anlass, daran zu zweifeln, dass sie dies nicht auch künftig tun werden.

Kurzum: Das Bundesgericht hat gestern etwas mehr Klarheit geschaffen, was die freie Meinungsäusserung nicht schwächt, sondern stärkt.

Walter Langenegger

w.langenegger@tagblatt.ch

Inland
 Hauptblatt

«Geeint auftreten»

FDP-Präsident Rolf Schweizer will die Parteiführung stärken, indem er sie verbreitert. Die FDP-Delegierten werden am Samstag über die neuen Strukturen befinden.

Herr Schweizer, Sie wollen die Geschäftsleitung und das Präsidium personell aufstocken und einen Koordinationsausschuss einsetzen. Was erhoffen Sie sich davon?

Rolf Schweizer: Ich will in der Parteispitze das ganze Meinungsspektrum der FDP repräsentiert haben. Das gewährleistet, dass die Meinungsbildung auf breiter Basis erfolgt. Davon erhoffe ich mir, dass Loyalität entsteht und die Mehrheitsentscheide mitgetragen werden. Das heisst nicht, dass Maulkörbe verteilt werden. Aber jene, die Minderheitspositionen vertreten, sollen sich künftig zurückhalten und zum Beispiel nicht in gegnerischen Komitees mitmachen.

Eine solche Parteileitung bedeutete aber auch mehr Debatten. Wird es da nicht noch schwieriger, einheitlich aufzutreten?

Schweizer: Dieser Gefahr bin ich mir bewusst. Trotzdem: Ich muss schon in einem frühen Stadium die diversen Exponenten einbeziehen. Nur dann darf ich Loyalität erwarten. Ich weiss natürlich, dass dies schief gehen und es zu Querschlägern kommen kann. Darum möchte ich die Statuten so ändern, dass die Amtszeit aller Geschäftsleitungsmitglieder nach zwei Jahren endet. Auf diese Weise kann die Partei auf die Wiederwahl bestimmter Exponenten verzichten.

Damit lässt sich die Geschäftsleitung disziplinieren, nicht aber andere prominente FDP-Politiker.

Schweizer: Nein, aber dann sollen die Betreffenden klar machen, dass es sich jeweils nur um ihre persönliche Meinung handelt. Wobei es natürlich Fragen gibt, bei denen gerade eine liberale Partei Verständnis hat, wenn zuweilen von der Parteilinie abgewichen wird.

Die Strukturen sind das eine, die Inhalte das andere: Marschiert die FDP unter Ihrer Führung Richtung SVP oder Richtung CVP?

Schweizer: Das Links-rechts-Schema stimmt für mich nicht. Ich glaube nicht, dass man der FDP gerecht wird, indem man sie als Mittepartei bezeichnet. Vielmehr sollte man sie anhand der einzelnen Politikbereiche charakterisieren. Hier gilt für mich: In der Steuer- und Finanzpolitik bin ich für Rigidität, in der

Wirtschaftspolitik für Fortschritt und Modernität. Und gesellschaftspolitisch schätze ich mich als recht progressiv ein. Dann also andersherum gefragt: Wer ist der Hauptgegner der FDP?

Schweizer: In der Wirtschafts-, Finanz- und Steuerpolitik ist es natürlich die SP, in der Gesellschaftspolitik die SVP.

Um trotzdem weiterhin zusammenarbeiten zu können, haben Sie vor der Sommerpause den «eckigen Tisch» lanciert. Welche Zwischenbilanz ziehen Sie?

Schweizer: Die Bereitschaft zur Zusammenarbeit ist nach wie vor nicht vorhanden.

Ist die Konkordanz also am Ende?

Schweizer: Wenn es so weitergeht, sehe ich schwarz, und es kommt zu einer Blockierung.

Haben Sie deshalb in der «NZZ am Sonntag» laut über eine rein bürgerliche Koalitionsregierung nachgedacht?

Schweizer: Diese Variante erlaubt es immerhin, die Verantwortlichkeit klar zu benennen. Der Wähler wüsste dann, in welche Richtung es gehen könnte.

Ob das funktioniert, ist jedoch fraglich. So hat das Volk mit seinem Nein zu Avanti, AHV-Revision und Steuerpaket just Vorlagen abgelehnt, die durch und durch bürgerlich waren.

Schweizer: Der Unterschied ist: Wenn nicht alle Parteien, sondern eine Koalition die Verantwortung trägt, werden sich die Koalitionspartner um Ausgewogenheit bemühen, wollen sie an der Urne nicht scheitern.

Zum Schluss: Wo muss Ihre Partei in zwei Jahren stehen?

Schweizer: Sie muss wieder als eine Partei wahrgenommen werden, die klare Positionen hat und die deswegen auch eine bestimmende Rolle im politischen Alltag spielt.

Interview: Walter Langenegger

Bild: Alessandro della Valle
 Rolf Schweizer

Inland
 Hauptblatt

Steuerstempel-Paket als Faustpfand

Bundesrat legt gescheiterte Vorlage wieder auf - SP stellt Bedingungen

bern. Bei der Neuauflage der Stempelsteuer-Revision bringt die SP Vorbehalte an: Zwar will sie das Paket unterstützen. Im Gegenzug fordert sie aber eine ertragsneutrale Reform der Unternehmensbesteuerung.

walter langenegger
 Mit der Ablehnung des Steuerpakets am 16. Mai scheiterte auch ein Vorhaben, das unbestritten war: die Revision der Stempelabgabe. Um die Abwanderung von Börsengeschäften ins Ausland zu verhindern, hatte das Parlament 1999 und 2000 per dringlicher Gesetzgebung beschlossen, die Umsatzabgabe zu senken. Dieser «Notrechts-Entscheid» hätte (gekoppelt mit dem Steuerpaket) vom Volk definitiv abgesegnet werden sollen - was dann aber nicht geschah.

Nun erhält die Vorlage eine neue Chance. Der Bundesrat hat gestern die Revision des Stempelsteuergesetzes separat und unverändert wieder aufgelegt. Daraus resultieren für den Fiskus Mindereinnahmen von 310 Millionen Franken im Jahr. Davon entfallen 240 Millionen auf die früher eingeführten dringlichen Massnahmen und weitere 70 Millionen auf die nachträglich ins Paket aufgenommen Abgabereduktionen (siehe Kasten).

Kein Blankoscheck

Die Stempelsteuer-Revision wird von der Linken in der Sache unterstützt. «Beim Börsengeschäft besteht eine echte Verlagerungsgefahr, der entgegenzuwirken ist», sagt Serge Gaillard, Sekretär des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes. Trotzdem ist fraglich, ob die Vorlage im Parlament unbestritten bleibt. So ist für den Basler SP-Nationalrat Rudolf Rechsteiner klar: «Bei der heutigen Lage der Bundesfinanzen und erst recht nach dem 16. Mai ist jedes Steuergeschenk doppelt zu prüfen.» Und auch SP-Präsident Hans-Jürg Fehr will keinen Blankoscheck ausstellen. Die SP sei gewillt, die Stempelsteuer-Reform mitzutragen. Aber das könne sie nur, «wenn bei der Unternehmensreform II nicht erneut grosszügig

Steuergeschenke an jene verteilt werden, die es nicht nötig haben.» Konkret fordert die SP eine haushaltsneutrale Unternehmensteuerreform II. Will heissen: Unter dem Strich darf sie Bund und Kantone nichts kosten. Solange dies nicht sichergestellt ist, will Hans-Jürg Fehr die Stempelsteuer-Vorlage als Faustpfand verwenden.

Zähes Ringen programmiert

Derzeit ist der Bundesrat dabei, eine Botschaft zur Unternehmensteuerreform II auszuarbeiten. Gemäss Vernehmlassungsentwurf sieht er Steuerausfälle von 400 bis 800 Millionen pro Jahr vor. Geplant ist, primär die Unternehmer zu entlasten, indem die Besteuerung von Dividenden gesenkt wird. Just damit aber hat die Linke Mühe. «Das nützt nur dem Aktionär, hilft dem Unternehmen aber nichts», kritisiert Gaillard. SVP, FDP und Wirtschaftsverbände dagegen sehen das anders und fordern noch höhere Steuerentlastungen.

Stichwort

Revision der Stempelabgabe

Die Stempelabgabe erfasst Käufe und Verkäufe von Wertschriften. Dauerhaft steuerbefreit werden sollen gemäss der unverändert aufgelegten Revision:

- schweizerische Anlagefonds und ausländische institutionelle Anleger
- ausländische Gesellschaften, deren Aktien an einer anerkannten Börse kotiert sind, sowie ihre ausländischen konsolidierten Konzerngesellschaften.

Zudem ist vorgesehen:

- die Entlastung im Handel mit ausländischen Banken
- und die Erhöhung der Freigrenze bei der Emissionsabgabe von 250 000 Franken auf eine Million Franken. (wl)

Inland
Hauptblatt

Kommentar

Das Udenkbare denken

Die Proteste von Kantonen und Verkehrsverbänden haben gewirkt: Der Bundesrat hält zwar am Sparkurs fest. Aber der öffentliche Regionalverkehr muss nun doch bloss 40 statt 90 Millionen Franken einsparen.

In der Sache ist der Entscheid sinnvoll. Die Infrastruktur ist ein zentraler Standortfaktor. Hier zu sparen, verlangt Augenmass. Gleichzeitig zeigt sich aber einmal mehr, wie die Sparmechanik funktioniert: Finanzminister gehen den Weg des geringsten Widerstandes. Sie sparen, wo man es nicht sieht, und kürzen mit Rücksicht auf mobilisierungskräftige Oppositionsgruppen.

Das ist verständlich, will der Bundesrat doch sein Budget schlank durchbringen. Ob daraus aber eine gescheite Finanzpolitik resultiert, ist fraglich. Denn die Folge ist, dass der Staat etwa in die wenig produktive Landwirtschaft oder in unnötige Rüstungsprojekte investiert, während ihm das Geld für die Förderung von Innovation und Technologie fehlt.

Daher ist es zu begrüessen, wenn der Bundesrat sich nun fragt, ob nicht alle Bundesaufgaben kritisch überprüft werden sollen. Damit liesse sich die längst fällige Debatte darüber lancieren, welche Rolle der Staat einzunehmen hat und wo Prioritäten zu setzen sind. Allerdings gehört zu dieser Debatte nicht nur eine Verzichtspanung, sondern ebenso die Frage, welche neuen Herausforderungen auf den Staat zukommen - und ob er dafür nicht auch neue Steuereinnahmen braucht.

Es sei nötig, «das Udenkbare zu denken», sagte jüngst Finanzminister Hans-Rudolf Merz. Das soll der Bundesrat tun - aber nicht nur in Richtung Abbau, sondern in alle Richtungen. Womöglich kommt er dabei zu ganz neuen Erkenntnissen.

Walter Langenegger

w.langenegger@tagblatt.ch

Inland
 Hauptblatt

Arbeitgeber sparen Millionen

Volksabstimmung vom 26. September: Grosse Teile der Wirtschaft unterstützen die Einführung eines 14-wöchigen bezahlten Mutterschaftsurlaubs

Noch vor wenigen Jahren wollten die Wirtschaftsverbände nichts wissen von einem bezahlten Mutterschaftsurlaub. Inzwischen haben sie aber nachgerechnet und gemerkt, dass die Betriebe damit entlastet werden - nämlich jährlich um 100 bis 300 Millionen Franken.

walter langenegger

Im Juni 1999 hatte die Mutterschaftsversicherung an der Urne keine Chance: Arbeitgeber- und Gewerbe- und Bauernverband waren geschlossen gegen sie angetreten und hatten sie mit dem Argument gebodigt, dass sie den Unternehmen neue Lasten aufbürde, die Arbeit verteuere und die Wirtschaft schwäche.

Heute, fünf Jahre später, hört man diese Einwände nur noch von der SVP. Denn viele damalige Gegner haben inzwischen die Seite gewechselt und setzen sich für einen 14-wöchigen Mutterschaftsurlaub ein, darunter Politiker wie Peter Weigelt (FDP) und Arthur Loepfe (CVP). Vor allem aber haben sich gewichtige Organisationen wie der Gewerbeverband mit seinen 280 Mitgliederverbänden und der Bauernverband dem Pro-Lager angeschlossen. Und selbst der Arbeitgeber-Verband hat seinen Widerstand aufgegeben und Stimmfreigabe beschlossen. Die Gruppe jener Verbände, welche die Vorlage bekämpfen, ist damit auf ein paar wenige zusammengeschmolzen, unter ihnen die Viscom (grafische Industrie) und der Zürcher Gewerbeverband.

Eine Win-Win-Situation

Der Meinungsumschwung kommt nicht von ungefähr: Die meisten Wirtschaftsverbände haben diesmal nüchtern nachgerechnet und sich von den Zahlen überzeugen lassen. Und die machen klar: Mit der Revision der Erwerbsersatzordnung (EO) bzw. der Einführung einer Mutterschaftsentschädigung (siehe Kasten) spart die Wirtschaft spürbar Kosten. Wie kommt das?

Die Schweiz kennt zwar keine eigentliche Mutterschaftsversicherung. Doch das Obligationenrecht, das gewisse Lohnfortzahlungen bei Mutterschaft vorschreibt, sowie gesamt- und einzelvertragliche Regelungen führen dazu, dass bereits heute Mutterschaftsentschädigungen im Umfang von 380 Millionen Franken gewährt werden. Den Löwenanteil von 355 Millionen übernehmen die Arbeitgeber, indem sie private Taggeldversicherungen abschliessen und dafür Prämien zahlen. Mit der EO-Revision ändert sich dies. Denn neu sollen nicht nur die Arbeitgeber, sondern auch die Arbeitnehmer den Mutterschaftsurlaub mitfinanzieren. Die Vorlage sieht dazu Folgendes vor:

- In der Startphase werden die 483 Millionen Franken, die der Mutterschaftsurlaub kostet, aus den Überschüssen der EO-Kasse (derzeit zwei Milliarden Franken) bezahlt. Damit werden die Arbeitgeber von einem Grossteil ihrer heutigen Aufwendungen befreit. Gleichzeitig erhalten sie höhere Entgelte für

Militärdienstleistende (gemäss EO-Revision total 92 Millionen). Unter dem Strich sparen sie damit rund 300 Millionen jährlich ein.

- Ab 2008 werden die paritätisch von Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu entrichtenden EO-Beiträge erst von 0,3 auf 0,4 Prozent, ab 2011 auf 0,5 Prozent erhöht. Die Arbeitgeber zahlen somit schliesslich jährlich noch 215 Millionen und sparen gegenüber heute netto einen Betrag von rund 140 Millionen Franken. Die restlichen 215 Millionen Franken finanzieren die Arbeitnehmer, und zwar mit einem Lohnpromille (ein Prämienfranken pro 1000 Franken Lohn).

Ausgleich zwischen Branchen

Nebst diesen Einsparungen bringt der Mutterschaftsurlaub der Wirtschaft einen Abbau von Wettbewerbsverzerrungen. Die Kosten für die privaten Mutterschaftsversicherungen variieren nämlich von Branche zu Branche. Hoch sind sie dort, wo viele junge Frauen beschäftigt werden - dies im Gegensatz zu typischen Männerbranchen. So wendet etwa das Coiffeurgewerbe 0,51 Prozent der Lohnsumme (1,7 Millionen Franken) für private Mutterschaftsversicherungen auf (siehe Tabelle), während es im Baugewerbe nur 0,01 Prozent (1,4 Millionen Franken) sind.

Die EO-Revision sorgt nun für einen Ausgleich, indem alle Branchen einheitlich 0,08 Prozent der Lohnsumme für die Mutterschaftsentschädigung aufwenden. Auf diese Weise wird eine grosse Mehrheit der Betriebe entlastet - aber ohne dass andere spürbar belastet werden. Das zeigt sich etwa im Baugewerbe: Dieses muss wegen des Mutterschaftsurlaubs zwar mit höheren Kosten rechnen, profitiert aber im besonderen Masse von der Erhöhung der Militärdienstentschädigung.

Wildwuchs verhindern

Schliesslich macht die EO-Revision für die Wirtschaft insofern Sinn, als andernfalls ein Wildwuchs von kantonalen Mutterschaftsversicherungen drohte. Denn klar ist: Angesichts dessen, dass im heutigen System immer noch 30 Prozent der erwerbstätigen Frauen bei Niederkunft ungenügend gegen Lohnausfall abgesichert sind, werden etliche Kantone bei einem Nein am 26. September dem Genfer Vorbild folgen und eigene Modelle in Kraft setzen. Das könnte die Betriebe teuer zu stehen kommen. Das bestätigt das Genfer Beispiel: Dort wurde nach dem Nein 1999 eine grosszügig ausgestaltete Mutterschaftsversicherung mit 16 Wochen Urlaub eingeführt.

Pierre Triponez, Berner FDP-Nationalrat, Direktor des Gewerbeverbandes und «Vater» der Vorlage, wirbt denn auch an vorderster Front für den Mutterschaftsurlaub. «Die heutige Vorlage ist einfach, schlank und kostengünstig», sagt er. «Für die Wirtschaft gibt es keine valable Alternative dazu.»

Bild: ky/Gaetan Bally

Die Wirtschaft profitiert: Mit dem obligatorischen Mutterschaftsurlaub werden die meisten Betriebe finanziell entlastet.

Stichwort

Mutterschaftsurlaub

Die zur Abstimmung kommende Vorlage sieht Folgendes vor:

· Erwerbstätige Frauen erhalten nach der Geburt eines Kindes während 14 Wochen 80 Prozent ihres Lohnes, maximal aber 172 Franken pro Tag (Plafonierung bei 6450 Franken pro Monat).

· Die Entschädigung für Militär, Zivildienst und Zivilschutz werden von 65 auf 80 Prozent erhöht.

Der Mutterschaftsurlaub kostet jährlich 483 Millionen, die Besserstellung der Dienst Leistenden 92 Millionen Franken. Finanziert wird beides über die bereits bestehende Erwerbsersatzordnung (EO). In einer ersten Phase werden die Kosten aus den EO-Reserven gedeckt. Diese belaufen sich auf zwei Milliarden. Später werden die EO-Beiträge von Arbeitnehmern und Arbeitgebern um je ein Promille erhöht. (wl)

Inland
Hauptblatt

Kommentar

Diskreditierte Kollegialität

Das Kollegialitätsprinzip gründet darauf, dass der Bundesrat mit einer Stimme spricht, wenn eine Entscheidung einmal gefällt ist. Das heisst nicht, dass die einzelnen Mitglieder sich selbst verleugnen und mit Verve auch jene Positionen vertreten müssen, deren Richtigkeit sie persönlich bezweifeln. Zwar haben sie die Argumente des Bundesrates mit jenem Respekt darzulegen, der nötig ist, um kenntlich zu machen, dass das Gremium nach bestem Wissen und Gewissen handelt. Daneben aber bleibt durchaus Platz für Zwischentöne.

Was Christoph Blocher allerdings vorführt, hat damit nichts mehr zu tun, sondern ist eine Verballhornung der Kollegialität. Seine Auftritte - ob zur Verwahrungs-Initiative, zu den Einbürgerungsvorlagen oder zu Schengen - missbraucht er dazu, sich mit Ironie und Zynismus vom Gremium zu distanzieren. Was Blocher «Pflichterfüllung» nennt, ist eine Farce.

Daran wird sich kaum etwas ändern. Trotz der gestrigen Aussprache scheint der Bundesrat nicht die Kraft und den Willen

zu haben, der Kollegialität Nachachtung zu verschaffen. Ebenso wenig wird es möglich sein, mit einer Ausweitung der Ausstandsregeln oder dem Entzug von Dossiers die Landesregierung besser zusammenzuhalten. Denn je öfter dies geschieht, desto stärker profiliert sich der «Ausgeschlossene», und desto mehr wird die Kollegialität in ihrem Grundsatz verletzt.

Die Kollegialität steht auf dem Prüfstand. Blocher will Bundesrat und Oppositionsführer zugleich sein. Auf Dauer schadet das aber der Glaubwürdigkeit und dem Ansehen der Regierung. Spätestens im Wahljahr 2007 wird daher zu fragen sein, ob Bundesrat Blocher unserem Land wirklich so gut tut, wie er selber meint.

Walter Langenegger

w.langenegger@tagblatt.ch

Thema
Hauptblatt

Kommentar

Familienpolitik ist nicht gratis

Politiker reden gern und oft von der Familie. Doch den Worten folgen selten Taten. So hat sich unsere Gesellschaft in den letzten Jahrzehnten zwar tief greifend verändert. Die Politik aber reagierte nur zögerlich darauf. Die Folge: Familienpolitisch ist unser Land heute alles andere als ein Musterbeispiel.

Dass Bundesrat Couchepin dies ändern will und eine neue Familienpolitik fordert, ist daher zu begrüßen. Allerdings genügt es nicht, nur strukturelle Reformen vorzunehmen, wie dies der Sozialminister verlangt. Sondern es braucht auch mehr materielle Unterstützung für jene, die Kinder erziehen.

Zunächst zu den strukturellen Reformen: Sie sind nötig, weil es für eine Frau immer noch schwierig ist, Familie und Beruf unter einen Hut zu bringen. Erwerbstätige Mutter zu sein, heisst stets, eine grosse Belastung auf sich zu nehmen. Einrichtungen wie Krippen und Tagesschulen, eine frühere Einschulung und Blockzeiten sowie flexible Arbeitszeitmodelle helfen der Frau, sich zu organisieren. Sie sind damit zentral für die Vereinbarkeit von Kind und Erwerbsarbeit.

Sodann zur materiellen Hilfe: Sie ist auszubauen, weil Eltern nicht so flexibel auf veränderte Bedingungen reagieren können wie Singles oder Kinderlose. Wer Kinder grosszieht, braucht Perspektiven und ein auf Dauer gesichertes Einkommen. Ein Ausgleich der Kinderkosten über höhere Kinderzulagen und tiefere Krankenkassenprämien garantiert der Familie ein Stück Sicherheit. Und Ergänzungsleistungen, wie sie jetzt debattiert werden, bewahren sie im Notfall vor Armut.

Dass beides machbar ist - strukturelle Reformen und mehr Geld für Familien -, zeigt der Mutterschaftsurlaub, über den wir demnächst abstimmen. Er erleichtert der Frau die Berufstätigkeit und bringt der Familie mehr Schutz. Insofern ist die Vorlage wegweisend für eine neue Familienpolitik.

Walter Langenegger

w.langenegger@tagblatt.ch

Inland
 Hauptblatt

Mehr Sicherheit für die Mütter

14-wöchiger bezahlter Mutterschaftsurlaub: Fortschritt für die Schweiz - Bescheidene Lösung im internationalen Vergleich

Sagen die Stimmberechtigten am 26. September Ja zum Mutterschaftsurlaub, wird eine Mehrheit der Frauen besser gestellt. Im Vergleich zu den anderen europäischen Ländern sind die vorgesehenen 14 bezahlten Wochen aber keine sehr grosszügige Lösung.

walter langenegger

In der Schweiz ist die Lohnfortzahlung nach der Niederkunft uneinheitlich und lückenhaft geregelt. Von den 1,6 Millionen erwerbstätigen Frauen müssen die einen riskieren, nach einer Geburt fast gar nichts zu bekommen, während anderen ein bezahlter Urlaub von bis zu vier Monaten gewährt wird. Grob lassen sich drei Kategorien unterscheiden:

- Am meisten Schutz geniessen jene rund 500 000 Frauen, die in einer Branche mit Gesamtarbeitsvertrag beschäftigt sind. In der Regel steht ihnen nach der Niederkunft ein Urlaub von 14 bis 16 Wochen zu, dies bei einer Lohnausfallentschädigung von 70 bis 100 Prozent.

- Relativ grosszügig ist der Mutterschaftsurlaub auch in der öffentlichen Verwaltung ausgestaltet. Beim Bund und in 14 Kantonen hat eine Schwangere zum Beispiel Anrecht auf 16 Wochen bezahlten Urlaub. Rund 400 000 Frauen fallen in diese Kategorie.

- Für die übrigen 700 000 Frauen gilt das Obligationenrecht (OR). Dieses schreibt ein achtwöchiges Arbeitsverbot nach der Niederkunft vor, garantiert die entsprechende Lohnfortzahlung aber nicht vollumfänglich. Vielmehr hängt die Dauer der Lohnfortzahlung von den Dienstjahren und der kantonalen Gerichtspraxis ab. Das kann dazu führen, dass eine Mutter nur für ein paar wenige Wochen einen Lohnersatz hat. Viele Firmen und Grossunternehmen haben daher freiwillig private Lösungen getroffen, die über das OR-Minimum hinausgehen.

Präzise Zahlen darüber, wie viele Frauen heute keinen ausreichenden Schutz vor Lohnausfall nach der Niederkunft haben, existieren nicht. Aber es gibt Schätzungen. So kam 1997 eine Studie des Büros für arbeits- und sozialpolitische Studien (Büro Bass) zum Schluss, dass rund 30 Prozent aller Frauen nach der Geburt ihres Kindes eine Lohnneinbusse in Kauf nehmen müssen.

Immer noch bescheiden

Mit der Vorlage, über die am 26. September an der Urne entschieden wird, lässt sich dies ändern. Konkret: Sagt das Volk Ja zu einem Mutterschaftsurlaub von 14 Wochen bei 80 Prozent Lohnersatz, erhalten gegenüber dem heutigen System 75 Prozent aller erwerbstätigen Frauen bessere Leistungen. Damit könnte eine Lücke geschlossen und sichergestellt werden, dass alle Mütter die ersten Monate ohne Geldsorgen mit dem Baby zu Hause verbringen können. Für die Schweiz ist das ein Fortschritt.

Im Vergleich mit dem Ausland stellt der 14-wöchige Mutterschaftsurlaub jedoch eine bescheidene Lösung dar. So ist der Schutz der Mutterschaft in allen westeuropäischen Ländern bedeutend umfassender als das nun zur Abstimmung kommende Schweizer Modell. Nicht nur ist jeweils die Urlaubsdauer länger, sondern es werden vielfach auch noch Eltern- oder Erziehungsurlaube gewährt.

Grosszügige Skandinavien

Am grosszügigsten sind die Skandinavien, wobei Schweden an der Spitze steht: Das Land gewährt der Mutter oder dem Vater nach der Geburt des Kindes während 390 Tagen ein Elternschaftsgeld von 80 Prozent des Einkommens; anschliessend erhält das Paar während 90 Tagen eine reduzierte Pauschale. An zweiter Stelle folgen Dänemark und Norwegen, die einen Mutterschafts- bzw. Elternschaftsurlaub von 50 respektive 42 Wochen gewähren, dies bei Entschädigungen von 80 bis 100 Prozent.

Grosszügige Regelungen kennen auch Finnland, Frankreich, Griechenland, Irland, Italien und Portugal. Diese Länder gewähren einen Mutterschaftsurlaub von 105 (Finnland) bis 140 Tagen (Italien und Liechtenstein). Die Lohnausfallentschädigung variiert zwischen 70 und 100 Prozent, ist allerdings vielfach nach oben plafoniert.

Zur dritten Gruppe gehören Länder wie Belgien, Deutschland, Luxemburg, Holland, Österreich und Spanien. Sie gewähren einen Mutterschaftsurlaub von 14 bis 16 Wochen (bei Mehrlings- oder Frühgeburten 17 bis 20 Wochen), dies bei einer Lohnausfallentschädigung von 80 bis 100 Prozent. Grossbritannien sieht zwar 26 Wochen vor, garantiert die Lohnfortzahlung aber nur während sechs Wochen, für den Rest wird eine bescheidene Pauschale entrichtet.

«Ein absolutes Minimum»

Bei einem Ja am 26. September wäre die Schweiz in diese letzte Gruppe einzuteilen und figurierte im unteren Drittel. Für die Sozialdemokratie, die Grünen und die Gewerkschaften ist der nun vorliegende Kompromiss denn auch bloss ein «absolutes Minimum». Zur besseren materiellen Absicherung der Familien fordern sie daher auch höhere Kinderzulagen. Die CVP und insbesondere die FDP, die den Mutterschaftsurlaub ebenfalls unterstützen, mahnen dagegen zur Vorsicht und wollen die Vorlage nicht als ein Signal für einen Ausbau des Sozialstaates verstanden wissen.

Bild: Archiv/Trix Niederau

Mit der Annahme der Vorlage würden drei Viertel der erwerbstätigen Frauen bei Mutterschaft bessere Leistungen erhalten.

Inland
 Hauptblatt

«Mutterschaftsschutz nützt allen»

Die St. Galler SP hat gerufen - und sie ist gekommen: Micheline Calmy-Rey warb gestern an einer Veranstaltung in St. Gallen für ein Ja zum Mutterschaftsurlaub. «Das ist ein Ja zur Familie», sagt die Bundesrätin im Interview.

Frau Bundesrätin Calmy-Rey: Sie sind extra nach St. Gallen gereist, um hier für den Mutterschaftsurlaub zu werben. Heisst das, dass sich Sozialminister Pascal Couchepin, zuständig für das Dossier, zu wenig für die Vorlage einsetzt?

Micheline Calmy-Rey: Gar nicht! Wir haben unsere öffentlichen Auftritte koordiniert, und ich gehe dorthin, wo ich eingeladen werde. Hier hat mich die St. Galler SP eingeladen, und ich komme sehr gerne in die Ostschweiz.

Beim letzten Anlauf für eine Mutterschaftsversicherung im Jahre 1999 war das Anliegen heftig umstritten. Diesmal dagegen scheint der Widerstand geringer zu sein. Worauf führen Sie dies zurück?

Calmy-Rey: Die Bundesverfassung, die am 18. April 1999 von Volk und Ständen angenommen wurde, gibt uns den Auftrag, die Lohnfortzahlung bei Mutterschaft zu regeln. Es ist deshalb unsere Pflicht, nach neuen Lösungen zu suchen, bis wir diesen Verfassungsauftrag erfüllt haben. Die Stimmberechtigten haben sich bis anhin über Vorlagen ausgesprochen, die ihrer Ansicht nach überladen waren. Aus diesem Grund hat das Parlament die vorliegende Abstimmungsvorlage auf das absolute Minimum beschränkt. Damit setzt sie den Grundsatz um, erwerbstätigen Müttern während der Dauer ihres Mutterschaftsurlaubs einen angemessenen Erwerbsersatz zukommen zu lassen.

Auffällig ist, dass sich vor allem die Haltung der Arbeitgeber verändert hat: Im Gegensatz zu 1999 sind viele von ihnen heute im Ja-Lager. Wie erklären Sie sich diesen Sinneswandel?

Calmy-Rey: Sie werden um mindestens 100 Millionen Franken entlastet! Die Aufwendungen des Erwerbsersatzes nach heutigem System, von dem aber nur ein Teil der erwerbstätigen Mütter profitiert, betragen zirka 380 Millionen Franken. Wenn nach der Revision alle erwerbstätigen Mütter Anrecht auf einen 14-wöchigen Erwerbsersatz haben, wachsen die Kosten auf 480 Millionen Franken an. Da diese aber künftig von den Arbeitnehmenden und den Arbeitgebern je zur Hälfte finanziert werden, werden Letztere künftig nur noch rund 240 Millionen Franken aufwenden müssen. Das ist die Rechnung!

Ist das der einzige Grund? Oder sehen Sie auch noch andere Motive für den Sinneswandel?

Calmy-Rey: Es ist ein Schritt zugunsten jener Familienpolitik, von der alle immer sprechen. Ich glaube, dass die Arbeitgeber erkennen, dass eine substanzielle Familienpolitik auch der Wirtschaft nützlich ist und ihren Interessen entspricht.

Für die SVP ist der Mutterschaftsurlaub ein Sozialausbau, den wir uns gar nicht mehr leisten könnten. Der bisher gesunden Kasse der Erwerbsersatzordnung (EO) droht Defizite, kritisiert sie. Inwieweit sind diese Befürchtungen gerechtfertigt?

Calmy-Rey: Der EO-Fonds verfügt zurzeit über Reserven von deutlich mehr als zwei Milliarden Franken. Für die ersten drei Jahren nach Inkraftsetzen des Gesetzes reichen die Mittel, die bereits heute in der EO-Kasse sind. Etwa 2008 muss der EO-Satz von 0,3 auf 0,4 Prozent angehoben werden und etwa 2011 auf 0,5 Prozent. Das ist tragbar und heisst konkret: Bei einem Monatseinkommen von 3500 Franken zahlt der Arbeitnehmende heute einen EO-Beitrag von Fr. 5.25 (0,15 Prozent). Bei einer Erhöhung in zwei Schritten um je 0,05 Prozent heisst das zweimal je Fr. 1.75 mehr.

Trotzdem: Wäre es nicht gescheiter, beispielsweise zunächst die Invalidenversicherung zu sanieren und mehr Geld für die AHV zur Verfügung zu stellen, statt nun den Mutterschaftsschutz auszubauen?

Calmy-Rey: Seit Jahrzehnten zahlen Frauen und Männer solidarisch Beiträge in die Erwerbsersatzkasse. Aus dieser Kasse wird den Dienstleistenden in Militär und Zivildienst Erwerbsersatz ausgerichtet. Es ist mehr als fair, wenn nun auch Frauen resp. Familien profitieren können.

Sie haben es vorhin selbst erwähnt: Zur Finanzierung des Mutterschaftsurlaubs müssen die Arbeitnehmer höhere Lohnpromille entrichten. Das dürfte für Konjunktur und Konsum kaum förderlich sein.

Calmy-Rey: Das Gegenteil trifft zu! Der vorliegende Kompromiss nützt allen: Arbeitnehmern und Arbeitgebern. Vor allem kleine und mittlere Unternehmen profitieren vom generellen Erwerbsersatz bei Mutterschaft, denn sie müssen den Erwerbsersatz nicht mehr gänzlich selber finanzieren.

Vom jetzt vorliegenden Modell profitieren nur die erwerbstätigen Frauen, nicht aber nichterwerbstätige Mütter. Ist das gerecht?

Calmy-Rey: Diese Vorlage ist tatsächlich eine Minimallösung. Es ist keine vollständige Mutterschaftsversicherung. Allerdings muss ich darauf hinweisen, dass das Volk 1999 eine Lösung, die auch nichterwerbstätige Mütter entschädigt hätte, abgelehnt hat. Heute haben wir eine reduzierte Vorlage, die sicher nicht perfekt ist, aber als Kompromiss nun endlich erfolgreich sein muss.

Was passiert, sollte das Volk am 26. September den Mutterschaftsurlaub ablehnen? Ist das Anliegen dann endgültig vom Tisch?

Calmy-Rey: Die Schweizerinnen und die Schweizer sind pragmatisch. Ich bin überzeugt, dass sie Ja am 26. September sagen werden. Ein Ja zur Familie und zu Kindern, zu unserer Zukunft.

Interview: Walter Langenegger

Bild: Hannes Thalman

Micheline Calmy-Rey gestern in St. Gallen im Hintergrund der St. Galler Stadtpräsident Heinz Christen. Für die SP-Bundesrätin ist die Mutterschaftsvorlage ein «fairer und tragbarer Kompromiss».

Stichwort

Mutterschaftsurlaub

Die am 26. September zur Abstimmung kommende Revision der Erwerbsersatzordnung (EO) sieht Folgendes vor:

- Erwerbstätige Frauen erhalten nach der Geburt eines Kindes während 14 Wochen 80 Prozent ihres Lohnes. Der Erwerbsersatz wird in Form von Taggeldern (max. 172 Franken; Höchstbetrag bei einem Einkommen von 6450 Franken erreicht) ausgerichtet.
- Bestehende private Taggeldversicherungen fallen dahin. Hingegen behalten Gesamtarbeitsverträge, die weiter gehende Mutterschaftsleistungen vorsehen, ihre Gültigkeit.

Zudem sieht die EO-Revision vor:

- Die Grundentschädigung für Dienstleistende in Armee, Zivildienst und Zivildienst werden von 65 auf 80 Prozent erhöht, die Entschädigung für Rekruten steigt von 43 auf 54 Franken.
- Die Entschädigungsordnung für das Durchdienerkader wird verbessert.

Der Mutterschaftsurlaub kostet jährlich rund 480 Millionen, die Besserstellung der Dienstleistenden rund 90 Millionen. (wl)

Inland
Hauptblatt

Kommentar

Chance für eine andere Armee

Rüstungsprogramme gehörten in unserem Land lange zu jenen Dingen, die fast unantastbar waren. Was der Verteidigungsminister orderte, war für das Parlament meist zwingende Notwendigkeit. Das scheint sich nun zu ändern. Überraschend hat sich die Sicherheitspolitische Kommission des Ständerates gegen neue Genie- und Minenräumpanzer gestellt und sich dafür - nach den jüngsten Diskussionen ebenfalls wider Erwarten - für neue Transportflugzeuge ausgesprochen.

Der Entscheid könnte Signalwirkung haben, weil er vom Willen zur Korrektur zeugt. Was Bundesrat Schmid in sein Programm hineingepackt hat, ist nämlich bezeichnend für die Sinnkrise der Armee: Der Verteidigungsminister will sowohl Panzer für eine traditionelle autonome Territorialverteidigung als auch Material für den Hilfseinsatz im Innern und Transportflugzeuge für eine Armee, die in Krisenregionen den Frieden stabilisiert. Alles zusammen aber geht nicht, weil es auf Dauer nicht verkraftbar ist - weder finanziell, ökonomisch noch gesellschaftlich.

Die Kommission hat nun Prioritäten gesetzt und den Akzent ein Stück weit weg vom unwahrscheinlichen Verteidigungskampf hin zur Friedensförderung verschoben: Es braucht keine Panzer, wo Panzerschlachten unrealistisch sind - wohl aber eher Transportflugzeuge, wo sich die Konflikte globalisiert haben.

Geht die Politik diesen Weg weiter, könnte Bewegung in die Debatte kommen und zu dem führen, was nötig wäre: eine Armee, die eine Antwort ist auf die aktuelle Realität - und die sich nicht an der Vergangenheit orientiert und auch nicht versucht, sich mit Polizeiaufgaben neu zu legitimieren.

Walter Langenegger

w.langenegger@tagblatt.ch

Inland
 Hauptblatt

Ein Stück solider Familienpolitik

Erwerbsersatz bei Mutterschaft

von Walter Langenegger

enn im Abstimmungskampf die Argumente fehlen, um die eigene Parteidoktrin einleuchtend zu legitimieren, bleibt immer noch die politische Nebelpetarde, mit der sich zumindest Verwirrung und Verunsicherung stiften lässt. Dieses Mittels bedienen sich gegenwärtig die Gegner des Mutterschaftsurlaubs, über den wir am 26. September abstimmen. Sie suggerieren uns, es gehe bei diesem Urnengang um mehr oder weniger Sozialismus, und sprechen von «Staatskindern». Mit Sachlichkeit hat das freilich nichts zu tun. Worum geht es wirklich?

Es geht - nüchtern betrachtet - einzig darum, eine offensichtliche Lücke zu beseitigen. Konkret: Wer berufstätig ist, ist heute gegen jede Form von Lohnausfall versichert. Ob Militär- oder Zivildienst, Zivilschutz, Unfall, Arbeitslosigkeit oder Invalidität - Erwerbsausfall-entschädigung ist gewiss. Einzig bei Mutterschaft ist dies nicht der Fall. Das Arbeitsgesetz sieht zwar zum gesundheitlichen Schutz der Frau ein achtwöchiges Arbeitsverbot nach der Niederkunft vor. Aber die Lohnfortzahlung ist während dieser Zeit nicht garantiert. So gibt es im schlechtesten Fall nur für drei Wochen einen Zahltag. Am stärksten davon betroffen sind ausgerechnet jene Frauen, welche die finanzielle Sicherheit am nötigsten hätten: Serviceangestellte, Coiffeusen oder Verkäuferinnen mit tiefen Löhnen und schlechten Arbeitsverträgen.

Mit der nun vorliegenden Revision der Erwerbsersatzordnung (EO) lässt sich diese Lücke schliessen. Denn der einheitlich geregelte, über die EO finanzierte Mutterschaftsurlaub gewährleistet, dass sich erwerbstätige Frauen während 14 Wochen um ihr Neugeborenes kümmern können und dabei einen Erwerbsersatz von mindestens 80 Prozent erhalten. Diese Regelung ist nicht nur aus gesellschaftspolitischer Optik richtig, sondern ebenso aus sozial- und wirtschaftspolitischen Gründen nötig und sinnvoll.

Gesellschaftspolitisch richtig ist die Mutterschaftsentschädigung, weil sie den heutigen Erfordernissen gerecht wird. Frauen sind zunehmend besser ausgebildet und im Berufsleben integriert, ihre Erwerbsquote steigt. Ein Grossteil ist heute nicht nur vor, sondern auch nach der Geburt des ersten Kindes erwerbstätig - trotz aller Doppelbelastung. Hier setzt der Mutterschaftsurlaub an: Er stellt eine von verschiedenen Rahmenbedingungen dar, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern. Er verhindert etwa, dass insbesondere jüngere Frauen von Arbeitgebern als «schlechtes Risiko» angesehen und daher lieber nicht angestellt werden. Und er signalisiert den jungen Paaren, dass wir sie als Familie mit ihren Bedürfnissen nicht im Stich lassen.

Sozialpolitisch nötig ist die Neuregelung, weil damit ein wichtiger Beitrag zur materiellen Absicherung jener geleistet wird, die sich für Kinder entscheiden. Ein geregelter Erwerbsersatz bei Mutterschaft unterstützt jene Familien, die auf das Einkommen beider Eltern angewiesen sind oder sich auf zwei Einkommen abstützen wollen. Und das ist die Mehrheit der Familien. Er löst

damit freilich nicht alle Probleme, mit denen Familien zu kämpfen haben. Aber die geregelte Lohnfortzahlung bedeutet für die Familie ein Stück Verlässlichkeit und Berechenbarkeit und erlaubt, die ersten Anschaffungen fürs Kind zu machen, ohne von Geldsorgen geplagt zu sein. Damit wirkt die Vorlage dem entgegen, was heute eine akute Gefahr ist: dass Mutterschaft zum programmierten Wohlstandsverlust und das Kinderhaben zum Armutsrisiko wird.

Wirtschaftspolitisch sinnvoll schliesslich ist die Vorlage, weil die Betriebe und Unternehmen in mehrfacher Hinsicht davon profitieren:

- Das geschieht erstens, indem die Kosten für den Lohnersatz nicht mehr allein von den Arbeitgebern, sondern über EO-Lohnpromille neu zur Hälfte auch von den Arbeitnehmern mitgetragen werden. Anders gesagt: Der Mutterschaftsschutz kostet keinen einzigen Steuerfranken. Gleichwohl werden die Betriebe um dreistellige Millionenbeträge entlastet. Und wenn in einigen Jahren die EO-Beiträge angehoben werden, so bleibt diese Erhöhung immer noch bescheiden und für Arbeitgeber wie Arbeitnehmer leicht verkraftbar.

- Zweitens beseitigt der einheitliche Erwerbsersatz Verzerrungen innerhalb der Wirtschaft. Die Kosten für die privat organisierte Lohnfortzahlung haben nämlich heute schwergewichtig jene Branchen zu tragen, die überdurchschnittlich viele Frauen beschäftigen. Mit der EO-Revision werden die Lasten gleichmässig verteilt - ohne dass die Betriebe mit hoher Männerquote benachteiligt werden. Denn die EO-Revision bringt auch höhere Entschädigungen für Militärdienstleistende. Das entlastet insbesondere die Lohnbudgets jener Betriebe, die viele junge Männer beschäftigen.

- Drittens hebt die Vorlage die bestehende «Mobilitätsfalle» auf. Um sich eine möglichst lange Lohnfortzahlung zu sichern, sind Frauen heute nämlich gezwungen, die geplante Mutterschaft zu verheimlichen, eine Stelle möglichst lange nicht zu wechseln und bei Krankheit nicht zu Hause zu bleiben. Demgegenüber bringt die EO-Revision eine Flexibilisierung des Arbeitsmarktes. Sie stärkt die Frauen arbeitsrechtlich und trägt gleichzeitig zu der gerade von der Wirtschaft oft verlangten Flexibilisierung des Arbeitsmarktes bei.

Gesellschaftspolitisch richtig, sozialpolitisch nötig, wirtschaftspolitisch sinnvoll: Was das Parlament zur Abstimmung vorlegt, ist ein fein austarierter, auf Realitätssinn und überparteilicher Vernunft gründender Kompromiss. Er gibt eine pragmatische Antwort auf ein gesellschaftliches Anliegen und realisiert damit das, was von vielen politischen Kräften gefordert wird: ein Stück solider Familienpolitik. Das liegt im Interesse der ganzen staatlichen Gemeinschaft, weil eine Stärkung der Familie letztlich eine Erneuerung der gesellschaftlichen Solidarität und des Generationenvertrags bedeutet.

Oder um es mit den Worten von Pierre Triponez zu sagen, der als Direktor des Schweizerischen Gewerbeverbandes beileibe nicht im Verdacht steht, ein «verstaatlichungswütiger Sozialist» zu sein: «Einfacher, schlanker und kostengünstiger lässt sich der

bestehende Verfassungsauftrag zum Mutterschaftsschutz gar nicht erfüllen.»

W

Der Erwerbssatz bei Mutterschaft bedeutet für die Familie ein wichtiges Stück Verlässlichkeit und Berechenbarkeit.

Was zur Abstimmung vorliegt, ist ein fein austarierter, auf Realitätsinn und überparteilicher Vernunft gründender Kompromiss.

Inland
 Hauptblatt

Der neue Finanzausgleich bereitet Mühe

SP-Geschäftsleitung lehnt Reform ab - Widerstand kommt auch von rechts - Droht unheilige Allianz?

bern. Im November kommt der neue Finanzausgleich an die Urne. Die Abstimmung wird kein Spaziergang. Gestern hat die SP-Geschäftsleitung die Nein-Parole beschlossen. Der Widerstand gegen die Reform wird damit immer grösser.

Walter Langenegger
 Die Abstimmung vom 28. November ist vor allem für die Kantone von zentraler Bedeutung. Denn mit der Neugestaltung des Finanzausgleichs (NFA) soll das Gefälle zwischen finanzstarken und finanzschwachen Kantonen verringert und mehr Effizienz in die Aufgabenerfüllung gebracht werden. Die Rede ist denn auch von einer eigentlichen Reform des Föderalismus.

Sozialdemokraten im Dilemma

Die SP-Geschäftsleitung allerdings glaubt nicht, dass damit der richtige Weg eingeschlagen wird. Sie empfiehlt daher dem Parteitag Ende Oktober die Nein-Parole. Überraschend kommt das nicht: In der Schlussabstimmung im Nationalrat hatte die SP-Fraktion mit grosser Mehrheit gegen die Reform gestimmt. Das Nein gründet auf zwei Argumenten: Erstens wird die Kantonalisierung der Behinderteneinrichtungen kritisiert. Die SP befürchtet, dass dies zu einem Leistungsabbau führe und die Kantone die frei werdenden Mittel für Steuersenkungen verwenden. Zweitens geht der Partei der finanzielle Ausgleich zu wenig weit. So vermisst sie insbesondere eine materielle Harmonisierung der kantonalen Steuersätze.

In der Parteibasis dürften diese Argumente Gehör finden. Trotzdem ist offen, ob der Parteitag der SP-Spitze folgt. Denn das neue Modell führt immerhin dazu, dass 20 der 26 Kantone mehr Geld erhalten. Daher gibt es eine Reihe von SP-Regierungsräten, die bereits klar gemacht haben, dass sie die Reform unterstützen - darunter die St. Galler SP-Regierungsrätin Kathrin Hilber, die von einer «Chance für das Land» spricht. Für die Reform wirbt

zudem ein wichtiger Bündnispartner der SP: der Gewerkschaftsbund. Dessen Chefökonom Serge Gaillard warnt davor, wegen der IV-Frage die ganze Reform zu bodigen. Die SP-Spitze ist sich der Meinungsunterschiede denn auch bewusst und will darum das Thema am Parteitag kontradiktorisch behandeln.

Mühe mit den neuen Finanzausgleich haben aber nicht nur die Sozialdemokraten, sondern - nebst den Behindertenverbänden, die am vehementesten opponieren - auch die Grünen. Deren nationale Exponenten rechnen fest damit, dass die Basis Nein zur Reform sagen wird - dies mit ähnlicher Begründung wie die NFA-Gegner in der SP.

Es wird eng

Widerstand kommt schliesslich auch auf von rechts. Zwar gelang es Finanzminister Hansrudolf Merz mit seinem Auftritt in Zürich, die schwankende Zürcher FDP klar auf die Seite der Befürworter zu bringen, sodass die Gesamtpartei nun geschlossen für die Reform auftreten kann. Doch bei der SVP sieht es anders aus: Die mächtige Zürcher Sektion kündigte schon im Sommer an, den neuen Finanzausgleich zu bekämpfen - freilich aus anderen Gründen als die Linke. Die Zürcher SVP kritisiert, dass die mit dem NFA abgeschöpften Mittel die Wirtschaftskraft des Kantons mindern würde und die Steuern erhöht werden müssten.

Das fürchtet inzwischen auch der reichste Kanton der Schweiz, die Steueroase Zug. Der Kanton werde unverhältnismässig stark belastet, befand die Kantonsregierung und reihte sich ins Lager der NFA-Gegner ein.

Damit wird es am 28. November eng für die Reform, die kaum mit griffigen Formeln zu vermitteln ist. Den wie heisst es? Zu viele Hunde sind des Hasen Tod.

Inland
 Hauptblatt

SGB nimmt AHV-Heft selbst in die Hand

Gewerkschaftsbund bereitet eine Volksinitiative zur Einführung eines «sozialen flexiblen Rentenalters» vor

Bern. Der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB) geht in die Offensive: Nach dem Nein zur 11. AHV-Revision will er nun Druck für die Einführung des flexiblen Rentenalters 62 machen. Dazu plant er die Lancierung einer Volksinitiative.

walter Langenegger

Das Nein zur 11. AHV-Revision hat eine besondere Dimension: Zum ersten Mal in der Geschichte der AHV überhaupt gelang es den Gewerkschaften damit nämlich, sich bei diesem Thema gegen Parlament und Bundesrat zu behaupten. Welche Schlüsse die Politik daraus zu ziehen hat, ist für den Gewerkschaftsbund denn auch klar: Die AHV soll nicht abgebaut, sondern im Gegenteil ausgebaut werden. Nach dem Abstimmungssieg verlangte der SGB darum umgehend die Einführung des flexiblen Rentenalters und eine 13. AHV-Rente.

Keine Wunder zu erwarten?

Die Gegenseite indes zeigt sich von diesen Forderungen wenig beeindruckt. Rudolf Stämpfli, Präsident des Arbeitgeberverbandes, wiederholte kürzlich, die AHV sei über Rentenaltererhöhungen und Leistungsanpassungen zu sichern. Zögerlich reagierte zudem Sozialminister Pascal Couchepin, der im letzten Jahr das Rentenalter 67 zur Debatte gestellt hatte: Er kündigte nach der Niederlage an der Urne an, alternative Modelle zur Sicherung der AHV zu prüfen, zum Beispiel ein einkommensabhängiges Rentenalter oder Beitragsjahr-Modelle. Wunder seien aber nicht zu erwarten.

Kritik an Blockade-Politik

Die SGB-Delegierten interpretieren dies als «bürgerliche Blockade-Politik». Daher beschlossen sie gestern an ihrer Versammlung, «selbst das Heft in die Hand zu nehmen». Sie gingen dabei über die Anträge ihrer Geschäftsleitung hinaus. Diese hatte nur vorgeschlagen, mit einer Kampagne das politische Terrain zu ebnen für die AHV-Frühpensionierung sowie für eine 13. AHV-Rente. Die Delegierten beschlossen nun einstimmig, zusätzlich zur Kampagne eine Volksinitiative vorzubereiten, welche die Einführung des flexiblen Rentenalters

vorsieht. Laut SGB-Sekretär Rolf Zimmermann dürften die Arbeiten dafür bis zur Delegiertenversammlung im Frühjahr 2005 abgeschlossen sein, so dass ab Mitte 2005 mit der Unterschriftensammlung begonnen werden könnte.

Freie Rentenwahl ab 62

Das SGB-Modell sieht die freie Rentenwahl ohne Rentenkürzung vor. Demnach sollen sich alle unabhängig von ihrem Einkommen ab Alter 62 pensionieren lassen können. Einzige Voraussetzung ist der Verzicht auf die Erwerbstätigkeit. Anders gesagt: Wer von 62 bis 65 erwerbstätig sein will, soll das weiterhin können. Wer umgekehrt ganz oder teilweise seine Arbeit aufgeben will und muss, kann das ebenfalls tun. Damit will der SGB sicherstellen, dass sich auch Leute mit kleinerem und mittlerem Einkommen die Frühpensionierung leisten können.

Wie finanzieren?

Die Kosten für ein solches Modell werden auf 1,6 Milliarden Franken veranschlagt. Finanziert werden könnte es laut SGB aus mehreren Quellen. Dazu gehören höhere Lohnprozente, aber auch die Erträge aus den Goldreserven und den Nationalbankgewinnen. Damit liessen sich ein bis zwei Milliarden Franken zusammenbringen. Für den SGB ist auch eine nationale Erbschaftssteuer denkbar. Sie brächte mindestens 600 Millionen. So hoch nämlich sind die Einbussen, welche die Kantone mit der Abschaffung der kantonalen Erbschaftssteuern hinnehmen müssten.

Nötig ist die soziale Frühpensionierung für den SGB zum einen, weil das Rentenalter 65 nicht mehr der Realität entspreche. Immer früher würden Erwerbstätige aus der Berufswelt gedrängt. Fast 17 Prozent der 55- bis 59-Jährigen hätten heute keine Arbeit mehr und müssten vielfach auf die Invaliden- oder die Arbeitslosenversicherung ausweichen. Zum anderen kritisieren die Gewerkschaften die «Ungleichheit vor dem Tod»: Menschen mit körperlicher Arbeit hätten eine tiefere Lebenserwartung als «Kopfarbeiter». Sie profitierten daher weniger von der AHV. Und das sei ungerecht.

Seite 9
Schweiz
Der Bund

Initiative für flexibles AHV-Alter

Der Schweizerische Gewerkschaftsbund geht für Rentenalter 62 in die Offensive

Walter Langenegger

Das Nein zur 11. AHV-Revision am 16. Mai hat eine besondere Dimension: Zum ersten Mal in der Geschichte der AHV überhaupt gelang es den Gewerkschaften damals, sich bei diesem Thema gegen Parlament und Bundesrat zu behaupten. Welche Schlüsse die Politik daraus zu ziehen hat, ist für den Gewerkschaftsbund denn auch klar: Die AHV soll nicht abgebaut, sondern im Gegenteil ausgebaut werden. Nach dem Abstimmungssieg verlangte der SGB darum die Einführung des flexiblen Rentenalters und eine 13. AHV-Rente.

Die Gegenseite indes zeigt sich von diesen Forderungen wenig beeindruckt. Rudolf Stämpfli, Präsident des Arbeitgeberverbandes, wiederholte kürzlich, die AHV sei über Rentenaltererhöhungen und Leistungsanpassungen zu sichern. Zögerlich reagierte zudem Sozialminister Pascal Couchepin, der im letzten Jahr das Rentenalter 67 zur Debatte gestellt hatte: Er kündigte nach der Niederlage an der Urne an, alternative Modelle zur Sicherung der AHV zu prüfen, zum Beispiel ein einkommensabhängiges Rentenalter oder Beitragsjahr-Modelle. Wunder seien aber nicht zu erwarten.

Kritik an Blockadepolitik

Die SGB-Delegierten interpretieren dies als «bürgerliche Blockadepolitik». Daher beschlossen sie gestern an ihrer Versammlung, «selbst das Heft in die Hand zu nehmen». Sie gingen dabei über die Anträge ihrer Geschäftsleitung hinaus. Diese hatte nur vorgeschlagen, mit einer Kampagne das politische Terrain zu ebnet für die AHV-Frühpensionierung sowie für eine 13. AHV-Rente. Die Delegierten beschlossen nun einstimmig, zusätzlich zur Kampagne eine Volksinitiative

vorzubereiten, welche die Einführung des flexiblen Rentenalters vorsieht. Laut SGB-Sekretär Rolf Zimmermann dürften die Arbeiten dafür bis zur Delegiertenversammlung im Frühjahr 2005 abgeschlossen sein, so dass ab Mitte 2005 mit der Unterschriftensammlung begonnen werden könnte.

Das SGB-Modell sieht die freie Rentenwahl ohne Rentenkürzung vor. Demnach sollen sich alle unabhängig von ihrem Einkommen ab Alter 62 pensionieren lassen können. Einzige Voraussetzung ist der Verzicht auf die Erwerbstätigkeit. Anders gesagt: Wer von 62 bis 65 erwerbstätig sein will, soll das weiterhin können. Wer umgekehrt ganz oder teilweise seine Arbeit aufgeben will und muss, kann das ebenfalls tun. Damit will der SGB sicherstellen, dass sich auch Leute mit kleinerem und mittlerem Einkommen die Frühpensionierung leisten können.

Wie finanzieren?

Die Kosten für ein solches Modell werden auf 1,6 Milliarden Franken veranschlagt. Finanziert werden könnte es laut Gewerkschaftsbund aus mehreren Quellen. Dazu gehören höhere Lohnprozente, aber auch die Erträge aus den Goldreserven und den Nationalbankgewinnen. Damit liessen sich 1 bis 2 Milliarden Franken zusammenbringen. Für den SGB ist auch eine nationale Erbschaftssteuer denkbar. Sie brächte mindestens 600 Millionen. So hoch nämlich sind die Einbussen, welche die Kantone mit der Abschaffung der kantonalen Erbschaftssteuern hinnehmen mussten.

Inland
 Hauptblatt

Mit Währungsreserve Bildung finanzieren?

Eine Allianz von Senioren- und Jugendverbänden fordert den Verkauf einer weiteren Tranche von 650 Tonnen Nationalbank-Gold

Bern. Die Nationalbank soll die Hälfte ihrer währungspolitischen Goldreserve verkaufen und damit eine Stiftung alimentieren, die Bildungsprojekte fördert. Das schlägt eine «Allianz der Generationen» vor. Die Idee hat kaum Realisierungschancen.

walter langenegger

Die Goldreserven der Notenbank (SNB) sind ein Dauerthema. Die Hälfte davon - 1300 Tonnen - werden nicht mehr gebraucht. Seit Jahren wird darüber gestritten, wie die 20 Milliarden Franken, die aus dem Goldverkauf anfallen, zu verwenden sind. Derzeit berät das Parlament diese Frage. Der von SP und SVP dominierte Nationalrat will mit einer Verfassungsreform zwei Drittel des Vermögens der AHV und ein Drittel den Kantonen zuweisen. Die zuständige Ständeratskommission indes beharrt auf der Regel, wonach SNB-Gewinne zu einem Drittel dem Bund und zu zwei Dritteln den Kantonen zukommen. Für Kommissionspräsident Eugen David (CVP/SG) besteht kein Zweifel, dass der Ständerat diesem Antrag folgen wird. Tut er dies zweimal, ist der neue Verteilungsschlüssel vom Tisch.

Eine Allianz aus der Seniorenvereinigung, dem Studentenverband und den Jugendverbänden eröffnet nun eine neue Front in der Golddebatte: Sie richtet ihr Augenmerk auf die verbleibenden Goldreserven und forderte gestern, dass die Hälfte von jenen 1300 Tonnen Gold verkauft wird, die noch in den Tresoren lagern.

Mehr tun für die Bildung

Mit den Erträgen aus dem Vermögen - jährlich rund 300 Millionen Franken - soll die Bildung gefördert werden. Profitieren sollen alle Stufen: die Volksschule, die Berufsbildung und die akademische Ausbildung. Damit leiste man allen einen Dienst: den Jungen, weil Bildung Zukunft bedeute; der Wirtschaft, weil Bildung der wichtigste Rohstoff sei; und den Rentnern, weil Wirtschaftswachstum den Sozialstaat stärke.

Die Initianten der Idee sind überzeugt, dass die währungspolitischen Goldreserven ohne Not um die Hälfte

reduziert werden können. Auch nach dem Verkauf einer zweiten Tranche von 650 Tonnen Gold bleibe die Goldreserve gut dotiert, argumentieren sie. Und in der Tat: Kaum ein Land horte heute mehr als 300 Tonnen Gold, davon ausgenommen sind bloss noch grosse Nationen wie die USA mit 8000 Tonnen und Japan mit 760 Tonnen.

Gefahr für Stabilität

Für Eugen David allerdings ist das kein stichhaltiges Argument. Welche geld- und währungspolitischen Reserven nötig seien, sei alleine Sache der Notenbank. Es sei «unverantwortlich», wenn sich die Politik einmische. Das gefährde die Unabhängigkeit der Notenbank. Vor einer «Verpolitisierung» warnt auch die Finanzpolitikerin und Nationalrätin Marianne Kleiner (FDP/AR). Die Schweiz benötige hohe Reserven, weil sie ein kleines Land mit einem grossen Finanzplatz und einer begehrten Währung sei.

Beide Parlamentarier sind sich zudem einig: Am besten unterstütze man die Bildung, indem man den Kantonen zwei Drittel der Notenbank-Überschüsse zuweise. Schliesslich seien sie es, welche die Schulen zur Hauptsache finanzierten. Mit den zusätzlichen Mitteln erhielten die Kantone mehr Spielraum, um Bildungsprojekte zu unterstützen.

Verständnis für das Anliegen der Generationenallianz hat dagegen Gewerkschaftspräsident und Nationalrat Paul Rechsteiner (SP/SG). Politisch sei die Forderung allerdings kaum zu realisieren. Alle Anläufe, mit dem Nationalbank-Gold die Bildung zu fördern, seien bislang gescheitert. Daran werde sich auch künftig kaum etwas ändern.

Doch AHV statt Bildung?

Rechsteiner setzt daher auf eine andere Karte: auf die Initiative «Nationalbankgewinne in die AHV». Demnach sollen die SNB-Gewinne (bis auf eine Milliarde für die Kantone) ganz der AHV reserviert werden. Damit hat das Volk nach der Abstimmung über die Solidaritätsstiftung und die SVP-Goldinitiative erneut die Möglichkeit, die Weichen in der Golddebatte zu stellen.

Inland
 Hauptblatt

Der Körper wird zum Ausweis

Biometrischer Pass kommt auf Ende 2005 - Datenschützer fordern Massnahmen gegen Datenmissbrauch

Bern. Die USA fordern - die Schweiz reagiert: Ab Ende 2005 wird es möglich, im Rahmen eines Pilotprojekts einen Biometrie-Pass zu beantragen. Das hat gestern der Bundesrat beschlossen. Bei den Datenschützern herrscht Unbehagen.

walter Langenegger

Im Kampf gegen den Terror setzen die USA auch auf eine neue Technologie: die Biometrie. Sie macht Ausweise und Visa fälschungssicher. Die Amerikaner haben bereits in diesem Jahr damit begonnen, ihre eigenen Bürger mit Pässen auszustatten, die auf Computerchips Körperdaten enthalten. Das Gleiche fordern die USA nun auch von jenen 27 Ländern, deren Bürger bisher ohne Visum einreisen konnten, darunter die Schweiz. «Jeder Ausländer, der in die USA einreisen will, braucht eine biometrische Identifikation», sagt US-Präsident George W. Bush. Sein Ultimatum: Alle ab dem 26. Oktober 2005 ausgestellten Reisepässe müssen für eine visumfreie Einreise in die USA mit biometrischen Daten versehen sein.

Dem kommt die Schweiz nun nach. Wie Justizminister Christoph Blocher gestern bekannt gab, sollen die Schweizer Pässe künftig in digitaler Form gespeicherte biometrische Daten wie etwa ein Gesichtsbild oder das Irismuster enthalten. Die Neuerung wird allerdings nicht sofort und landesweit eingeführt, sondern vorerst nur versuchsweise für fünf Jahre und in erster Linie für Leute, die den neuen Pass auch tatsächlich brauchen. Gerechnet wird mit 50 000 bis 100 000 Passanträgen pro Jahr.

Dem Druck nachgeben

Dass die Schweiz dem Druck aus Washington nachgibt, hat Gründe. Zum einen sollen US-Reisende vor einem grossen Papierkrieg bewahrt werden. Zum anderen will man es sich bei der Kooperation in der Terrorbekämpfung nicht mit den US-Behörden verderben. Bereits heute fliessen nämlich ungleich mehr Informationen von der Schweiz in die USA als umgekehrt. Macht die Schweiz beim Biometrie-Pass nicht mit, riskiert sie, dass der Informationsaustausch noch einseitiger wird.

Ein dritter Grund liegt in Europa: Auch die EU-Innenminister verlangen, dass sich die Menschen nicht mehr nur mit Papieren, sondern auch mit ihren digitalisierten Körpermerkmalen ausweisen. So beschloss die EU Ende Jahr, dass in allen Visa für Ausländer die Fingerabdrücke digital erfasst werden. Justizminister Blocher betonte gestern denn auch, dass das Vorgehen der Schweiz jenem der EU entspreche. «Es zeichnet sich international eine Entwicklung hin zu biometrischen Ausweisen ab.»

Skepsis bei Datenschützern

Kritische Einwände bleiben gleichwohl nicht aus. Der St. Galler CVP-Ständerat Eugen David etwa warnte schon im Oktober 2003

in einem Vorstoss davor, dass man sich mit Biometrie-Pässen «immer mehr dem grossen Überwachungsstaat nähert».

Mit Skepsis reagierte gestern auch Kosmas Tsiraktsopoulos, Sprecher des Eidgenössischen Datenschützers. Die Biometrie erschwere zwar den Missbrauch, weil sie eine sichere Identifizierung der Person erlaube und der Pass bei Diebstahl unbrauchbar werde. Was der Datenschützer aber fürchtet, ist, dass die Daten in einem Zentralcomputer landen. Wenn solche Daten erst einmal in der Welt seien, gebe es immer Begehrlichkeiten, darauf zuzugreifen - dies womöglich zum Schaden der Betroffenen. Nötig sei daher ein Gesetz, welches das Abspeichern der Daten verbiete.

Auf nationaler Ebene ist dies durchaus machbar. Doch die Schweiz kann anderen Staaten - etwa den USA - nicht vorschreiben, wie sie mit den biometrischen Daten der Schweizer Bürger umzugehen haben. Für Tsiraktsopoulos ist es daher unerlässlich, dass im Rahmen des anlaufenden Pilotprojekts nicht nur die Risiken abgeklärt werden, sondern auch eruiert wird, mit welchen technischen Massnahmen eine ungerechtfertigte Verbreitung von Daten zu verhindern ist.

Behörden relativieren

Guido Balmer, Sprecher des Bundesamtes für Polizei, relativiert allerdings: Das für den biometrischen Pass verwendete digitalisierte Gesichtsbild sei punkto Datenschutz unproblematisch. «Es ist nichts weiter als ein 1:1-Vergleich.» Zudem würden die USA den im letzten Jahr eingeführten, maschinenlesbaren Schweizer Pass noch für einige Jahre als Ausweis für die visumfreie Einreise akzeptieren. Voraussetzung freilich ist, dass dieser Pass noch vor dem 26. Oktober 2005 ausgestellt wurde.

So oder so: Das Thema dürfte bald auch im Parlament für Debatten sorgen. Die Einführung des Biometrie-Passes erfordert nämlich eine Revision des Ausweisgesetzes und muss daher vor die Räten. Im Sommer 2005 will der Bundesrat dazu eine Botschaft verabschieden.

Stichwort

Biometrischer Pass

· Biometrie als Wissenschaft: Sie befasst sich mit dem Zählen und Ausmessen von Körpereigenschaften bei Lebewesen. Insbesondere werden Merkmale von Personen erfasst und dokumentiert. Biometrische Merkmale sind etwa: Fingerabdrücke, Gesichtsbild, Irismuster, Körpergrösse, Augenfarbe. Diese Merkmale dienen dazu, eine Person einfach und zuverlässig zu identifizieren.

· Daten auf Chip: Bei den biometrischen Daten im künftigen Schweizer Pass geht es um ein digitalisiertes Gesichtsbild, das

auf einem kontaktlos lesbaren Chip gespeichert wird. Die Schweiz prüft aber auch, weitere Merkmale wie Fingerabdrücke in den Ausweis einzubinden.

· Pilotprojekt: Der Pass soll versuchsweise während fünf Jahren bei fünf Stellen in der ganzen Schweiz beantragt werden können. Die Erfassung der Biometrie-Daten beruht auf Freiwilligkeit.

· Höhere Gebühren: Die Herstellung des Passes ist teuer, weil dazu Neuinvestitionen in Geräte nötig sind. Der Bund rechnet mit Gesamtkosten von 14 Millionen Franken. Dementsprechend wird auch die Gebühr zur Ausstellung des Dokuments neu festgelegt werden müssen. (wl)

Inland
 Hauptblatt

Lassen die Alten die Jungen im Stich?

Zustimmung zu Mutterschaftsurlaub gesunken: Rechte mobilisiert stark - Befürworter verstärken ihr Engagement

Die Parallelen sind frappant: 1999 scheiterte die Mutterschaftsvorlage trotz zunächst guter Umfragewerte. Ein ähnlicher Trend ist auch jetzt zu beobachten: Nach einem Umfrage-Hoch gewinnen die Gegner an Terrain. Die Befürworter wollen nun erst recht kämpfen.

walter langenegger

Das Umfrage-Hoch Mitte August überraschte Befürworter wie Gegner der Mutterschaftsvorlage: Das Institut «gfs.bern» hatte eine Zustimmung von fast 70 Prozent und eine Ablehnung von nicht einmal 20 Prozent festgestellt. Inzwischen allerdings sieht es anders aus: Das Ja-Lager ist um zehn Prozent auf noch 59 Prozent geschrumpft, das Nein-Lager auf 32 Prozent gewachsen. Die Vorlage hat somit zwar immer noch intakte Chancen. Dass es aber noch kippen könnte, ist nicht ausgeschlossen. Damit behält die SP-Frauenpolitikerin Jacqueline Fehr Recht. Sie hatte Ende Juni gewarnt: «Es gibt Leute, die glauben, die Abstimmung sei schon gewonnen. Das ist eine krasse Fehleinschätzung.»

Die Rechte mobilisiert

Das lehrt auch die Erfahrung: 1999 meldeten die Meinungsforscher nämlich zunächst eine Ja-Mehrheit von gut 50, dies bei einem Nein-Lager von 30 Prozent. Doch im Laufe des Abstimmungskampfes nahm die Zustimmung sukzessive ab. Zum Schluss scheiterte die Mutterschaftsversicherung mit einem Nein-Anteil von über 60 Prozent. «Es gibt tatsächlich Parallelen», sagt denn auch Lukas Golder, Projektleiter beim Forschungsinstitut «gfs.bern». Wie schon 1999 sei es der Rechten auch diesmal gelungen, mit ihrer Gegenpropaganda zu mobilisieren - und zwar dort, wo sie es bereits 1999 geschafft hatte: in der Deutschschweiz; und hier vor allem unter den Rentnerinnen und Rentnern sowie der konservativen ländlichen Bevölkerung. Die ältere Generation in der Deutschschweiz habe die Jungen im Stich gelassen, kommentierten seinerzeit die Autoren der Vox-Analyse. «Den Kern der Gegnerschaft bildet auch heute der eher ältere, konservative und auf dem Land lebende Deutschschweizer», konstatiert Golder.

Gegner haben mehr Geld

In den Parteizentralen von FDP, CVP und SP zeigt man sich von diesen Befunden nicht überrascht. Dass der Nein-Anteil in der Schlussphase zunehme, sei ein oftmals zu beobachtendes Phänomen, sagt SP-Generalsekretär Reto Gamma. Und dass die Abstimmung über die Mutterschaftsvorlage kein Spaziergang werde, sei ebenfalls klar gewesen.

Hinzu kommt, dass mit ungleichen Spiessen gekämpft wird. «Die Gegner haben ein viel grösseres Budget als wir», sagt Reto Nause. «Uns fehlen die Mittel.» Das ist auch optisch feststellbar: Wer etwa durch den Kanton St. Gallen fährt, der begegnet praktisch überall den Nein-Plakaten der SVP, kaum aber solchen der Befürworter.

«Jetzt nochmals mobilisieren»

Für SP, CVP und FDP ist daher klar: Auch wenn die Umfragen immer noch auf eine Zustimmung zur Mutterschaftsvorlage am 26. September hindeuten, muss jetzt nochmals mobilisiert werden. «Die Umfragen zählen nicht», sagt FDP-Sprecher Christian Weber. «Effektiv abgerechnet wird am Abstimmungssonntag.» Alle drei Parteien wollen nun mit Standaktionen, E-Mail-Kampagnen und Aufrufen dafür sorgen, dass ihre Mitglieder weiter Überzeugungsarbeit an der Basis leisten und ihre Wählerschaft an die Urne geht.

Dazu werden auch die letzten Reserven ausgeschöpft. In einem Inserat in der Sonntagspresse wollen alle befürwortenden Parteien und Verbände nochmals gemeinsam für die Vorlage werben. «Es geht darum zu zeigen, dass es sich hier um einen gesellschaftlich breit abgestützten und vernünftigen Kompromiss handelt», betont Gamma.

Bild: Monika Flückiger

Urnengang zum Mutterschaftsurlaub: Zum Schluss wird um jede Stimme gekämpft.

Meinung
Hauptblatt

Ein Zeichen von Menschlichkeit

von Walter Langenegger

Tausende gehen auf die Strasse und demonstrieren gegen die Zwangsausschaffungen von Asylbewerbern, Lokalpolitiker lancieren Petitionen, Bürgermeister wollen ganze Familien vor der Polizei verstecken und selbst das Kantonsparlament opponiert: Was im Kanton Waadt passiert, ist erstaunlich - und verdient Anerkennung.

Der Waadtländer Protest macht bewusst, dass es in der Asylpolitik letztlich nicht um Zahlen und Kontingente, um «Abgewiesene» und «Papierlose» geht, sondern um Menschen - um Kinder, Frauen und Männer mit all ihren Stärken und Schwächen, ihren Tugenden und Fehlern, ihren Ängsten und Hoffnungen. Der Protest erinnert uns zweitens daran, dass der Rechtsstaat nicht dazu da ist, mit seinen Gesetzen Härte zu

zelebrieren, sondern dass sein Zweck primär darin besteht, in einer Gesellschaft Fairness zu gewährleisten. Und dass es daher legitim ist, immer dann, wenn es um das Schicksal von Menschen geht, den juristischen Ermessensspielraum voll auszuschöpfen. Das muss im Fall des Waadtländer Asylkonflikts freilich nicht heissen, dass sich ein Teil der Ausschaffungen am Ende nicht doch als zumutbar erweist.

Was im Waadtland passiert, ist ein Ausdruck von Menschlichkeit. Und das ist gut so. Solange Menschen bereit sind, für andere Menschen einzustehen - so lange ruht eine staatliche Gemeinschaft auf einem gesunden Fundament.

w.langenegger@tagblatt.ch

Inland
 Hauptblatt

Hasler warnt vor «totalitärer SVP»

Arbeitgeber-Direktor lanciert Appell: «Stoppt die Fertigmacher» - SVP-Generalsekretär Rutz: «Das lässt mich kalt»

«Die SVP kommt an die Grenze zur totalitären Partei»: Das sagt nicht ein Linker, sondern Arbeitgeber-Direktor Peter Hasler. Die Kampagnen der SVP seien nicht mehr tolerierbar. Haslers engagierter Appell findet viel Zustimmung.

walter Langenegger

Es war Gregor Rutz, Generalsekretär der SVP, der das Fass zum Überlaufen brachte: Im jüngsten Pressedienst hatte er den Arbeitgeberverband sowie den Gewerbeverband und die Economiesuisse wegen deren Parolen zu den Abstimmungen attackiert. Dass die Verbände den Mutterschaftsurlaub und die Einbürgerungsvorlagen nicht bekämpften, sondern sie sogar zum Teil gemeinsam mit den Gewerkschaften unterstützten, sei unverständlich. Womöglich sei es das Beste, die Wirtschaftsverbände kurzerhand aufzulösen, provozierte Gregor Rutz.

«Fertigmacher-Strategie»

Das hat Peter Hasler die Galle hochkommen lassen. Der Arbeitgeber-Direktor ist zwar selbst jemand, der für den harten Schlagabtausch durchaus zu haben ist. Doch inzwischen ist für ihn klar: Was die SVP betreibt, sei eine eigentliche «Fertigmacher-Strategie». «Das lassen wir uns nicht bieten», sagte er in der Sonntagspresse. Dabei erhielt er Sukkurs von FDP-Präsident Rolf Schweizer, der von «extremistischen Hasstiraden» und «SVP-Scharfmacherei» sprach.

Gestern doppelte Hasler in einem «offenen Brief» im «Blick» nach und warnte vor den «hässlichen Inseraten» und teuren Kampagnen, mit denen Menschen ausgegrenzt und Unwahrheiten zu Wahrheiten verdreht würden. Und er scheut sich auch nicht, Parallelen zum Faschismus zu ziehen. So schrieb er wörtlich: «Ich will mir später nicht den Vorwurf machen müssen: Warum hast du so lange geschwiegen? Ich möchte nicht eines Tages in der Haut von Menschen stecken, die in den Dreissigerjahren in Deutschland zu lange den Mund nicht aufgemacht haben.»

Dass es ihm bitterernst damit ist, daran lässt Peter Hasler gegenüber unserer Zeitung keinen Zweifel. Er mache sich echte Sorgen über die zunehmende Verrohung der politischen Sitten. «Vom Messerstecher-Inserat bis zur Muslim-Hetze: Über die Jahre hinweg sind die SVP-Kampagnen immer schlimmer geworden», warnt Hasler. Damit werde eine «Unkultur» betrieben, vor der man die Augen nicht mehr verschliessen dürfe. Er wolle zwar nicht behaupten, dass Verhältnisse herrschten wie in der Zwischenkriegszeit in Deutschland. «Doch wenn sich die Auseinandersetzung weiterhin in diese Richtung

bewegt, dann drohen auf Dauer totalitäre Denk- und Verhaltensmuster.»

«Leere Worthülsen»

Für Gregor Rutz sind das bloss «leere Worthülsen» und «billige Unterstellungen». So quittierte der SVP-Generalsekretär Haslers Kritik gestern mit den Worten: «Das lässt mich kalt.» Er wolle die drei Wirtschaftsverbände nicht abschaffen. Aber er verlange, dass sie ihre Hausaufgaben machten. Nach der Logik der SVP heisst das: Die Wirtschaftsverbände hätten eigentlich dort zu stehen, wo die SVP steht. Denn, so betont Gregor Rutz: «Die SVP ist jene Partei, die sich für die Wirtschaft einsetzt.»

Allerdings scheinen die Wirtschaftsverbände kaum Lust zu haben, nach der Pfeife der SVP zu tanzen. Im Gegenteil, Haslers Appell soll nicht ohne Konsequenzen bleiben. So fordert der Arbeitgeber-Direktor nun nämlich eine Aussprache mit der SVP. Der Partei müsse klar werden, dass sie mit den Wirtschaftsverbänden nur dann sinnvoll und dauerhaft zusammenarbeiten könne, wenn sie mit ihren hässlichen Polit-Kampagnen aufhöre. Erreichen will Hasler damit vor allem die besonnenen Kräfte in der SVP. Von ihnen erhofft er sich, dass die Scharfmacher in der SVP zurückgebunden werden.

«Widerstand aus der Mitte»

Ob das gelingt, wird sich erst noch weisen müssen. Positives Echo findet der Arbeitgeber-Direktor gleichwohl. «Wir sind erfreut, dass nun auch von neutraler und unverdächtig Seite auf die Verlüderung des politischen Stils aufmerksam gemacht wird», sagt CVP-Generalsekretär Reto Nause. Ähnliches ist von Haslers Gegnern, den Gewerkschaften, zu hören: Der Appell sei zu begrüßen, sagt Ewald Ackermann, Sprecher des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes. Allen Differenzen zum Trotz müssten sich politische Gegner stets Respekt entgegenbringen.

Zustimmung erhält der Arbeitgeber-Direktor schliesslich auch von Georg Kreis, Präsident der Eidgenössischen Kommission gegen Rassismus. «Es stimmt mich zuversichtlich, wenn der Widerstand gegen die Diffamierung von Andersdenkenden nun auch aus der Mitte der Gesellschaft kommt», sagt er. Das sei eine neue Entwicklung und womöglich ein Zeichen dafür, dass viele Menschen heute genug hätten von Ausgrenzungspolitik und Extremismus.

Archivbild: ky

Will nicht schweigen, wenn die politischen Sitten immer stärker verrohen: Arbeitgeber-Direktor Peter Hasler.

Seite 11
 Schweiz
 Der Bund

Hasler warnt vor «totalitärer SVP»

Der Direktor des Arbeitgeberverbandes lanciert Appell: «Stoppt die Fertigmacher»

«Die SVP kommt an die Grenze zur totalitären Partei»: Das sagt nicht ein Linker, sondern Arbeitgeber-Direktor Peter Hasler. Die Kampagnen der SVP seien nicht mehr tolerierbar. Haslers engagierter Appell findet reichlich Zustimmung.

walter Langenegger

Es war Gregor Rutz, Generalsekretär der SVP, der das Fass zum Überlaufen brachte: Im jüngsten Pressedienst hatte er den Arbeitgeberverband sowie den Gewerbeverband und die Economiesuisse wegen deren Parolen zu den Abstimmungen attackiert. Dass die Verbände den Mutterschaftsurlaub und die Einbürgerungsvorlagen nicht bekämpften, sondern sie sogar zum Teil gemeinsam mit den Gewerkschaften unterstützten, sei unverständlich. Womöglich sei es das Beste, die Wirtschaftsverbände aufzulösen, provozierte Rutz.

Das hat Peter Hasler die Galle hochkommen lassen. Der Arbeitgeber-Direktor ist zwar selbst jemand, der für den harten Schlagabtausch zu haben ist. Doch was die SVP betreibt, sei eine eigentliche «Fertigmacher-Strategie». «Das lassen wir uns nicht bieten», sagte Hasler in der Sonntagspresse. Dabei erhielt er Sukkurs von FDP-Präsident Rolf Schweizer, der von «extremistischen Hasstiraden» und «SVP-Scharfmacherei» sprach.

Gestern doppelte Hasler in einem «offenen Brief» im «Blick» nach und warnte vor den «hässlichen Inseraten» und teuren Kampagnen, mit denen Menschen ausgegrenzt und Unwahrheiten zu Wahrheiten verdreht würden. Und er scheute sich auch nicht, Parallelen zum Faschismus zu ziehen. Hasler schrieb: «Ich will mir später nicht den Vorwurf machen müssen: Warum hast du so lange geschwiegen? Ich möchte nicht eines Tages in der Haut von Menschen stecken, die in den Dreissigerjahren in Deutschland zu lange den Mund nicht aufgemacht haben.»

Er mache sich echte Sorgen über die zunehmende Verrohung der politischen Sitten, sagte Hasler gegenüber dem «Bund». «Vom Messerstecher-Inserat bis zur Muslim-Hetze: Über die Jahre hinweg sind die SVP-Kampagnen immer schlimmer geworden.» Damit werde eine «Unkultur» betrieben, vor der man die Augen nicht mehr verschliessen dürfe. «Wenn sich die Auseinandersetzung weiterhin in diese Richtung bewegt, dann drohen auf Dauer totalitäre Denk- und Verhaltensmuster.»

SVP spottet: «Leere Worthülsen»

Für Gregor Rutz sind das bloss «leere Worthülsen» und «billige Unterstellungen». So quittierte der SVP-Generalsekretär Haslers

Kritik gestern mit den Worten: «Das lässt mich kalt.» Er wolle die drei Wirtschaftsverbände nicht abschaffen. Aber er verlange, dass sie ihre Hausaufgaben machten. Nach der Logik der SVP heisst das: Die Wirtschaftsverbände hätten eigentlich dort zu stehen, wo die SVP steht. Denn, so betont Gregor Rutz: «Die SVP ist jene Partei, die sich für die Wirtschaft einsetzt.»

Der Arbeitgeber-Direktor fordert nun eine Aussprache mit der SVP. Erfreut, dass «nun auch von neutraler und unverdächtiger Seite auf die Verlüderung des politischen Stils aufmerksam gemacht wird», zeigte sich CVP-Generalsekretär Reto Nause. Auch Georg Kreis, Präsident der Eidg. Kommission gegen Rassismus, begrüsst die Initiative des Arbeitgeberchefs: «Es stimmt mich zuversichtlich, wenn der Widerstand gegen die Diffamierung von Andersdenkenden nun auch aus der Mitte der Gesellschaft kommt.»

«Die üblichen Verzweiflungstaten»

«Das sind die üblichen Verzweiflungstaten vor Abstimmungen.» SVP-Chefideologe Christoph Mörgeli tat die Standpauken von Arbeitgeberdirektor Peter Hasler und FDP-Präsident Rolf Schweizer gestern mit einem Schulterzucken ab. Die SVP in die Extremismusecke zu stellen, sei eine «altbekannte Panikreaktion», sagt der Zürcher SVP-Nationalrat. «Verfangen hat sie noch nie.»

Sichtlich schwerer tut sich der Berner Nationalrat Hansruedi Wandfluh. Er ist selber Unternehmer und kann als solcher über die Arbeit der Wirtschaftsverbände nicht klagen: Dass ihnen der SVP-Generalsekretär die Daseinsberechtigung abgesprochen hat, kann er nicht nachvollziehen. Auch Wandfluh erklärt sich Haslers Antwort aber als Überreaktion im Abstimmungskampf. «Das verraucht bald wieder.»

Ursula Haller dagegen erklärt freimütig, Hasler habe ihr «aus dem Herzen gesprochen». Denn die Berner Nationalrätin ist einmal mehr wütend über die eigene Parteileitung: Dass die Walliser Jung-SVP mit dem Segen von SVP-Präsident Ueli Maurer mit Bin Laden gegen die Einbürgerungsvorlagen polemisieren darf, habe sie enttäuscht. «Offensichtlich gibt es keine Grenze mehr zum schlechten Stil.»

Auch der Aargauer Nationalrat Ulrich Siegrist hat keine Freude, wie seine Partei Stimmung gegen Ausländer macht. Dass eine Regierungspartei systematisch und mit viel Geld Polemik betreibt, sei eine neue Dimension. Ob dies an der Urne honoriert werde oder nicht, hänge jedoch von FDP- und CVP-Anhängern ab. (soh)

Inland
 Hauptblatt

Konzernchefs helfen der FDP

Wirtschaftsprominenz gründet Förderverein - SVP spricht von «FDP-Filz»

Die FDP will ihr Profil als Wirtschaftspartei wieder schärfen - und die Wirtschaftsprominenz hilft ihr: Hochkarätige Wirtschaftsführer haben einen FDP-Förderverein gegründet. «Ein guter Schachzug», sagt der Politologe Andreas Ladner.

Walter Langenegger

Das Timing war wohl nicht ganz zufällig: Am Wochenende lancierte Arbeitgeber-Direktor Peter Hasler einen medienwirksamen Angriff auf die aggressiven Abstimmungskampagnen der SVP - und nur zwei Tage später, am Dienstag, gaben Wirtschaftsvertreter bekannt, mit ihrem neu gegründeten Förderverein «Freunde der FDP» die Partei ideell und materiell unterstützen zu wollen. Die Botschaft, die damit ausgesendet wird, ist klar: Es ist nicht die SVP, sondern immer noch die FDP, die sich mit Fug und Recht Wirtschaftspartei nennen darf.

Erfolgreiche Kurzformel

Der Support aus der Wirtschaft darf sich FDP-Chef Rolf Schweiger aufs eigene Konto gutschreiben. Seine seit Monaten propagierte inhaltliche Kurzformel scheint auf fruchtbaren Boden zu fallen. Neoliberal in der Finanz-, Steuer- und Wirtschaftspolitik - tolerant und progressiv in der Gesellschaftspolitik: Diese FDP-Politik entspricht ganz offensichtlich dem Gusto der Wirtschaftsprominenz. So bestätigte Rolf Dörig, Swiss-Life-Konzernchef und Vizepräsident des neuen FDP-Vereins, am Dienstag: «Wir stellen uns hinter die FDP, weil sie einen konsequenten Kurs auf der finanzpolitischen Ebene fährt, sich aber in gesellschaftlichen Belangen wieder weltoffener zeigt.»

Rolf Schweiger ist denn auch begeistert. Es sei eine «tolle Sache», dass sich Spitzenkräfte der Wirtschaft für die FDP engagierten. «Die Wirtschaft macht mit diesem Schritt deutlich: Die Politik existiert.»

Volle Transparenz

Dass sich die Wirtschaftselite der FDP verbunden fühlt, ist freilich nichts Neues. Neu dagegen ist, dass sie dies öffentlich manifestiert und dabei volle Transparenz schafft. Der Präsident des Fördervereins ist kein Geringerer als UBS-Konzernchef Peter Wuffli. Weitere klingende Namen auf der Liste der Gründungsmitglieder sind: Daniel Vasella (Novartis), Walter Kielholz (CS), Andreas Schmid (Kuoni/Unique), Thomas Knecht (McKinsey), Franziska Tschudi (Swiss-Life-VR), Erich Walser

(Helvetia Patria), Peter Athanas (Ernst&Young) sowie alt Bundesrat Kaspar Villiger und der Rektor der Universität St. Gallen, Peter Gomez.

Mit ihrem Auftritt will die Wirtschaftsprominenz all jene Manager wieder zum Freisinn zurückholen, für die die SVP zur Option geworden ist. Es gehe darum, «Orientierung zu bieten», sagt FDP-Generalsekretär Guido Schommer. Allerdings sieht sich der Verein nicht als eine Lobby, sondern als eine Institution, die den Meinungs-austausch fördert und Expertisen in Wirtschaftsfragen zur Verfügung stellt.

Die Mitgliedschaft im Verein entspricht ganz den Einkommen der Zielgruppe: 2000 Franken beträgt der Jahresbeitrag für Privatpersonen; Firmen und Verbände zahlen mindestens 5000 Franken. Insgesamt soll dies jährlich eine Summe von einer Million und mehr einbringen, die der FDP ohne Bedingungen zur Verfügung gestellt wird. Der Zustupf sei höchst willkommen, sagt Schommer, zumal die Partei finanziell nicht auf Rosen gebettet sei und für Abstimmungskampagnen oftmals das Geld fehle.

«Falsche Verbrüderung»

Die Konkurrenz sieht dies freilich alles andere als gerne. «Der FDP-Filz, wie wir ihn schon beim Swissair-Grounding erleben mussten, geht weiter», kommentiert SVP-Präsident Ueli Maurer den FDP-Förderverein. Es sei falsch, wenn sich Spitzenleute der Wirtschaft mit einer Partei verbrüderten. Aber, so präzisiert der SVP-Chef: «Wenn dies dazu führt, dass die FDP endlich die richtige Wirtschaftspolitik betreibt, soll es uns recht sein.»

Chancen und Risiken

Für den Politologen und Parteienkenner Andreas Ladner enthält der Förderverein Chancen wie Risiken. «Er ist ein guter Schachzug, weil er das Image der FDP stärkt und jene Kräfte an die Partei bindet, die sich nicht mit dem Ton und der Symbolik der SVP identifizieren können.» Andererseits trage die Wirtschaft eine Mitschuld an der Krise der FDP. «Die Abzocker-Fälle in den Chefetagen schaden ihrer Popularität.» Was die FDP daher brauche, sei eine Wirtschaft, in die die Menschen wieder mehr Vertrauen setzten. «Dann bräuchte die manifestierte Verbundenheit der Wirtschaft zum Freisinn der FDP auch wieder mehr Wähler.»

Bild: ky/Dorothea Müller
 UBS-Konzernchef Peter Wuffli engagiert sich für die FDP.

Inland
 Hauptblatt

«Mehreinnahmen sind zwingend»

Bundesrat schickt Sanierungsmix für Invalidenversicherung in Vernehmlassung

Eingliederung vor Rente: Nach diesem Motto will der Bundesrat die hoch defizitäre und massiv verschuldete IV sanieren. Nebst Spar massnahmen brauche es aber auch eine Mehrwertsteuer Erhöhung.

PATRICK FEUZ/bern

Jedes Jahr 1,5 Milliarden Franken Defizit. Bis 2004 rund 6 Milliarden Franken Schulden. Die Situation der Invalidenversicherung ist dramatisch. Gestern hat der Bundesrat ein schon früher skizziertes Sanierungspaket in die Vernehmlassung geschickt. Kernstück ist die 5. IV-Revision, die den Verrentungs-Trend bremsen soll. Dazu sind verstärkte Massnahmen zur Eingliederung vorgesehen.

Diese werden zunächst einmal zu Mehrausgaben der IV führen. Aber ab 2017 sollen sich die Integrationsanstrengungen dank eingesparten Renten positiv für die IV-Rechnung auswirken. Vorgesehen sind auch reine Sparmassnahmen wie die Streichung der laufenden Zusatzrenten für verheiratete IV-Bezüger. Insgesamt erhofft sich der Bundesrat auf der Kostenseite eine Entlastung von rund 725 Millionen Franken pro Jahr bis 2025.

Lohnbeiträge erhöhen

Zum Abbau der Defizite genügt dies aber noch nicht. Deshalb will der Bundesrat auf der Einnahmenseite die Lohnbeiträge für die IV um ein Promille auf 1,5 Prozent erhöhen. Dies brächte Mehreinnahmen von 300 Millionen Franken pro Jahr. Die Arbeitgeber und Arbeitnehmer tröstet der Bundesrat mit der Aussicht, dass die Reduktion der neuen Renten bei der 2. Säule zu einer Entlastung von jährlich 450 Millionen Franken führen werde.

Der Schuldenberg ist auch so noch nicht weg. Deshalb verlangt der Bundesrat in einer separaten Vorlage noch andere Mehreinnahmen: Als Varianten schlägt er eine Erhöhung der Mehrwertsteuer um 0,8 Prozent beziehungsweise der Lohnbeiträge um 0,8 Prozent vor. Beide Lösungen brächten der IV in den Jahren 2007 bis 2025 im Schnitt rund 2,4 Milliarden pro Jahr. Der Bundesrat favorisiert die Mehrwertsteuer. Denn höhere Lohnbeiträge belasteten Wirtschaft und Arbeitsmarkt mit höheren Produktionskosten. Mit Nachdruck erklärte Sozialminister Pascal Couchepin gestern vor den Medien, allein mit verstärkter Eingliederung und Sparmassnahmen lasse sich die IV nicht sanieren.

Ab 2006 in Kraft

Ohne Zusatzfinanzierung «wären total unsoziale Massnahmen nötig» wie etwa die Streichung von IV-Renten für Psychischkranke. Das komme für ihn nicht in Frage. Nach den Vorstellungen der Landesregierung sollen die 5. IV-Revision und die Zusatzfinanzierung mit einer höheren Mehrwertsteuer entweder Mitte Juli 2006 oder Anfang 2007 in Kraft treten. Das

neue, gestraffte Verfahren zur Beurteilung von Rentenansprüchen soll ab Anfang 2006 gelten.

Bild: ky/Edi Engeler

Bundesrat Pascal Couchepin an der gestrigen Pressekonferenz über die Sanierung der Invalidenversicherung.

Stichwort

5. IV-Revision

Früherfassung

Bei längerer oder wiederkehrender Abwesenheit am Arbeitsplatz sollen spezielle Fachstellen aktiv werden. Bei diesen können sich der Arbeitgeber melden, dessen Taggeldversicherung, der betroffene Arbeitnehmer oder dessen Arzt. Auf diese Weise soll nach Lösungen gesucht werden, damit der Arbeitnehmer möglichst weitgehend im Erwerbsleben bleiben kann.

Eingliederung

Vor allem die stark zunehmende Gruppe der psychisch Kranken und beruflich schlecht qualifizierten Arbeitsunfähigen soll gezielter eingegliedert werden. Zu den heutigen beruflichen Eingliederungsmassnahmen (Berufsberatung, Umschulung usw.) kommen neue Integrationsmassnahmen hinzu (z.B. Beschäftigung, Stellenvermittlung). Die neuen Angebote sind obligatorisch. Wer nicht aktiv mitmacht, verliert den Anspruch auf sein Taggeld. Während längstens zwei Jahren wird versucht, mit Arbeitstraining, Auffrischung von Schulkenntnissen, Sprachkursen, intensiver Arbeitsvermittlung, aufgestockten Einarbeitungszuschüssen usw. die Resterwerbsfähigkeit dieser Menschen zu fördern und zu verbessern - mit dem Ziel der dauerhaften Eingliederung. Profitieren vom neuen Angebot können Leute, die mindestens zu 40 Prozent arbeitsunfähig sind.

Finanzielle Anreize

Neu gibt es Leistungen frühestens ab dem Zeitpunkt der Anmeldung bei der Invalidenversicherung (und nicht mehr rückwirkend auf den häufig Jahre zurückliegenden Beginn der Erwerbsunfähigkeit). Das soll Arbeitnehmer, aber auch Arbeitgeber und Krankentaggeld-Versicherung zur frühzeitigen Meldung an die IV bewegen. Dass im IV-Taggeld-System jemand finanziell besser fährt als vor der festgestellten Erwerbsunfähigkeit, soll nicht mehr vorkommen: Die IV-Taggelder werden jenen der Arbeitslosenversicherung angepasst.

Sparmassnahmen

Laufende Zusatzrenten (Zuschlag für verheiratete Rentenbezüger), der Karrierezuschlag (Anpassung der Rente an fiktive Berufskarriere) sowie der Verzugszins auf Nachzahlungen werden gestrichen. Gespart wird auch mit der Erhöhung der Mindestbeitragsdauer von 1 auf 3 Jahre. (paf)

Kommentar

Gemeinsamer Kraftakt

Wer Probleme wirklich lösen will, statt sie nur politisch auszuschlachten, greift nicht zu Radikalrezepten, sondern versucht, sie mit einem Mix von Massnahmen anzugehen. Diesen Weg beschreitet nun der Bundesrat bei der Invalidenversicherung. Mit seiner Revision verlangt er allen - IV-Rentnern, Steuerzahlern, Arbeitgebern und Arbeitnehmern - etwas ab und wagt, was nötig ist: den gemeinsamen Kraftakt.

Der Bundesrat setzt dabei am richtigen Ort an: Ziel muss sein, dass es künftig in weniger Fällen überhaupt eine IV-Rente braucht. Was er dazu vorschlägt - Früherkennung, Eingliederung, dosierter Druck auf die Betroffenen -, ist vernünftig und realistisch. Das bietet die Chance, dass angeschlagene Arbeitnehmer ihre Stelle weniger schnell verlieren. Und es gewährleistet, dass alles getan wird, um Menschen nach einem Unterbruch wieder in den Arbeitsprozess einzugliedern.

Am richtigen Ort setzt der Bundesrat sodann an, wenn er mit der geplanten Erhöhung der Lohnbeiträge bzw. der Mehrwertsteuer die Gesunden und Starken in die Pflicht nimmt. Der rasante Anstieg der IV-Rentner ist nicht zuletzt Ausdruck davon, dass in der Wirtschaft heute schnell ausgesondert wird, wer nicht mehr voll leistungsfähig ist. Niemand ist davor gefeit. Daher ist es letztlich im Interesse aller, dass mit der IV ein reissfestes Netz gespannt bleibt.

Mehr objektive Befunde zur Verhinderung von Missbräuchen, mehr Hilfe zur Reintegration, mehr Mittel für die Sanierung der IV: Die drei Elemente sind eine Einheit. Setzen wir sie als Gesamtpaket um, bestehen gute Aussichten darauf, dass wir eine Invalidenversicherung erhalten, die den heutigen Anforderungen gerecht wird.

Walter Langenegger

w.langenegger@tagblatt.ch

Thema
 Hauptblatt

Ideologische Front durchbrochen

Ja zur Mutterschaftsversicherung: Romandie und städtisch geprägte Kantone verhelfen Vorlage zum Sieg

Was den nationalkonservativen Kräften 1999 noch gelungen war, schafften sie diesmal nicht: Mit einer aggressiven Kampagne hatten sie damals die anfänglich positive Haltung des Volkes zur Mutterschaftsversicherung zum Kippen gebracht, sodass die Vorlage zum Schluss mit 61 Prozent abgelehnt wurde. Diesmal dagegen sagte das Volk mit 55,4 Prozent Ja zum bezahlten Mutterschaftsurlaub - trotz einer teuren Gegenkampagne der SVP.

Eine Rose für Triponez

Das Resultat weist darauf hin, dass gestern weniger ideologisch abgestimmt wurde als noch vor fünf Jahren. Die Meinungsforscher hatten festgestellt, dass 1999 die Abstimmung in der Deutschschweiz dem Links-Rechts-Schema folgte: Die Bürgerlichen waren gegen, die Linken für die Vorlage. Die ideologischen Fronten wurden nun durchbrochen: Ein Teil der FDP- und CVP-Wähler stimmten mit der SP und den Grünen für den bezahlten Mutterschaftsurlaub.

Der Grund dafür liegt in der Kehrtwende des Gewerbes und eines Teils der Wirtschaft: Deren Ja zur Vorlage gab den Ausschlag. So bemerkte FDP-Präsident Rolf Schweizer gestern wohl zu Recht: Die Rose gehe an Gewerbeverbanddirektor Pierre Triponez, der die jetzige erfolgreiche Variante eingebracht hatte.

Vier Kantone kippten

Parallelen zu 1999 gibt es gleichwohl: Auch diesmal waren die Romandie und die Städte für die Vorlage, während die Deutschschweizer und die ländlichen Kantone eher dagegen waren. Doch waren gestern in allen Kantonen die Nein-Anteile geringer als 1999. Ein Überblick über die Kernpunkte des Ergebnisses:

- Wie schon vor fünf Jahren sagten die Westschweiz und das Tessin deutlich Ja. Am deutlichsten - mit 81,1 Prozent - fiel die Zustimmung im Waadtland aus. Knapp dahinter lagen mit 79,6 der Jura und 79,5 Prozent Genf. Auch das 1999 noch ablehnende Wallis zählt nun zu den Befürwortern.

- Erneut bös unter die Räder kam die Vorlage in der ländlich geprägten Inner- und Ostschweiz: Das Spitzenresultat meldete wie schon 1999 Appenzell Innerrhoden mit 73,1 Nein vor Schwyz mit 67,7 und Glarus mit 65,8 Prozent. Deutlich Nein sagten auch die Kantone St. Gallen (58,5 Prozent), Appenzell Ausserrhoden (59,4) und Thurgau (59,9). Die Ja-Parole des Bauernverbandes hatte also ein nur bescheidenes Echo.

- Vom Nein- ins Ja-Lager wechselten die vier städtisch geprägten Kantone Baselland (53,7 Ja-Prozente), Basel-Stadt (61,8), Bern (55) und Zürich (54,5). Zwischen 17 und 19 Prozent stimmten hier anders als noch 1999. Das war für die Vorlage insofern wichtig, als Bern und Zürich die zwei bevölkerungsstärksten Kantone sind.

- Auch in den anderen Deutschschweizer Kantonen nahm das Ja-Lager um acht bis 16 Prozent zu. Das reichte für Ja-Mehrheiten aber nicht aus. Zwar wurde die Vorlage mit 1 417 000 gegen 1 139 000 gutgeheissen. Aber elf Kantone und vier Halbkantone sagten Nein, nur neun Kantone und zwei Halbkantone sagten Ja. Allerdings war das Ständemehr diesmal nicht erforderlich.

Mit dem Volks-Ja ist die Mutterschaftsversicherung nach den vergeblichen Anläufen 1974, 1984, 1987 und 1999 nun doch noch zustande gekommen. Bundesrat Couchepin zeigte sich denn auch erfreut und sprach von einer «totalen Befriedigung».

Familienpolitik bleibt Thema

Zufrieden äusserten sich auch die Sozialpartner. Der Gewerbeverband machte allerdings klar, dass damit ein Schlusspunkt gesetzt sei und jeder weitere Sozialausbau bekämpft werde. Der Gewerkschaftsbund (SGB) indes fordert, dass die Arbeitgeber die frei werdenden Mittel für Massnahmen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie verwenden.

Walter Langenegger

«Ein gewaltiger Sprung»

Interview mit alt Bundesrätin Ruth Dreifuss - 1999 scheiterte der Mutterschaftsurlaub

Frau Dreifuss, Sie sind eine der wichtigen Symbolfiguren des langen Kampfes für eine Mutterschaftsversicherung in der Schweiz. Was bedeutet das Abstimmungsresultat für Sie?

Ruth Dreifuss: Ich bin sehr glücklich, dass wir dieses Thema nun abhaken können. Das Problem hat eine Lösung gefunden, wenn auch eine minimale. Alle Frauen im Erwerbsleben werden davon profitieren. Der Sprung von 1999, als die letzte Volksabstimmung für einen bezahlten Mutterschaftsurlaub scheiterte, bis heute ist ein gewaltiger. Darüber freue ich mich.

Was hat sich seither geändert?

Dreifuss: Was ich seit Jahren erwartet und worauf ich hingearbeitet habe. Die Arbeitgeber sollten endlich verstehen, dass es klar im Interesse der Wirtschaft ist, dieses Problem so zu lösen, dass man sich nicht mehr schämen muss, die Mütter so schlecht zu behandeln, und dass die kleine Last dieser Lösung auf alle Schultern verteilt wird.

Für eine solche Lösung haben Sie sich schon vor 1999 eingesetzt.

Dreifuss: Das ist richtig. Die jetzige Lösung ist viel näher an meinen ursprünglichen Vorstellungen als die, die 1999 dem Volk vorgeschlagen wurde. Aber wichtiger scheint mir jetzt, dass andere Formen von Unterstützungen zu Gunsten von Familien wie Familienzulagen, Erleichterungen bei den Kinderprämien in der Krankenversicherung und Ergänzungsleistungen für Familien mit niedrigem Einkommen in den Vordergrund rücken.

Sie feiern den Durchbruch heute in Genf, wo 80 Prozent der Stimmenden Ja gesagt haben. Doch zu solch eindeutigen Resultaten kam es längst nicht überall. In den meisten Deutschschweizer Kantonen überwogen die Nein-Stimmen. Haben wir in sozialen Fragen eine gespaltene Schweiz?

Dreifuss: Eine gespaltene Schweiz hatten wir vor fünf Jahren, als das Ergebnis klar der Sprachgrenze entlang ging. Heute ist das nicht mehr so krass der Fall. Wir leben in einer Demokratie. Ich habe oft akzeptieren müssen, auf der Verliererseite zu stehen. Ich bin sicher, dass die Verlierer von heute das Ergebnis akzeptieren und die Vorteile dieser Lösung sehen werden.

Interview: Claudine Böhlen

Bild: ky/Lukas Lehmann
 Abstimmung am 13. Juni 1999

Kommentar

Ein guter Tag für die Familie

Endlich! Nach einer viel zu langen Schwangerschaft mit viel zu vielen Komplikationen ist das Kind - sprich die Mutterschaftsversicherung - doch noch zur Welt gekommen. Mit rund 55 Prozent fiel der Ja-Anteil zwar relativ knapp aus. Angesichts der herrschenden Polarisierung und des schlechten politischen Klimas ist das Verdikt aber erst recht als grosser Erfolg zu werten.

Das Ja ist zunächst ein Sieg für die Familie. Der bezahlte Mutterschaftsurlaub bedeutet für all jene Paare, die sich für Kinder entscheiden, ein Stück Verlässlichkeit und Berechenbarkeit. Das Volk ist damit dem Umstand gerecht geworden, dass sich die Gesellschaft gewandelt hat und immer mehr Frauen berufstätig sind. Und es hat signalisiert, dass die staatliche Gemeinschaft die Familien nicht im Stich lassen darf, sondern mehr zu tun ist für Paare mit Kindern. Insofern ist das Ja auch ein Votum für eine bessere Familienpolitik.

Sodann ist das Verdikt ein wichtiges Zeichen an die Politik. Denn es zeugt davon, dass sich unser Land trotz Reformstau-Lamento nach wie vor bewegt. Dabei macht die Mutterschaftsvorlage deutlich, was dazu nötig ist: Es braucht erstens breite überparteiliche Koalitionen, die mit viel Augenmass und Gespür pragmatische Kompromisse finden. Und zweitens brauchen Reformen nicht «schmerzhaft» zu sein, wie uns dies viele Politiker einreden wollen; sondern sie sind so auszugestalten, dass sie vielen nützen und die Lasten dabei fair verteilt bleiben.

Die Mutterschaftsvorlage könnte damit wegweisend sein: Wenn auch andere Probleme auf diese Weise angepackt werden, bleiben wir reformfähig. Und das ist wohl die zentrale Botschaft des gestrigen Tages.

Walter Langenegger

w.langenegger@tagblatt.ch

Marianne Kleiner

Mangelnde Solidarität

Ich bin sehr froh, dass die Mutterschaftsvorlage im vierten Anlauf angenommen wurde. Die vernünftige und schlanke Vorlage war parteiübergreifend mehrheitsfähig. 15 Prozent mehr haben für die Vorlage gestimmt als 1999.

Dies ist allerdings vor allem der städtischen Bevölkerung und den Westschweizer Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern zu verdanken. In der Ostschweiz hingegen ist das traditionelle Familienbild stärker verankert. Und diejenigen Frauen, die nicht ausserhalb arbeiten und sich voll der Familie widmen, werden in der Vorlage nicht berücksichtigt.

Es macht mich jedoch nachdenklich, dass es an Solidarität zwischen der älteren und der jüngeren Generation gefehlt hat. Von der Vorlage profitieren ja die jungen Frauen, vor allem eine Generation, die noch gar nicht abstimmen konnte.

Was ebenfalls deutlich wurde, ist die grosse Skepsis der Deutschschweizer Bevölkerung gegenüber einem weiteren Ausbau von Sozialleistungen. Dieses Kostenbewusstsein ist eben besonders in der Ostschweiz vorhanden.

Marianne Kleiner ist Nationalrätin FDP/AR

Sieg der Linken

Jasmin Hutter

Ich bin überrascht, wie deutlich die Mutterschaftsversicherung in der Deutschschweiz, vor allem in den Ostschweizer Kantonen, abgelehnt wurde. Das gibt mir das gute Gefühl, dass ich doch nicht allein gegen alle gekämpft habe.

Ich gratuliere der SP zu ihrem Sieg. Denn es ist ein Sieg der Linken, wobei die SP Hilfe von CVP und FDP erhalten hat. Die Bevölkerung wollte mit der Zustimmung zur Vorlage wohl das Sozialwohl sichern, aber sie will sicher keinen Ausbau der Sozialversicherungen.

Dass im Gegensatz zur Deutschschweiz die Westschweizer Kantone zugestimmt haben, ist wohl darauf zurückzuführen, dass der Kanton Genf ja bereits eine Mutterschaftsversicherung kennt. Andererseits sind besonders die Ostschweizer weniger staatsstreu.

Auch die ländlichen Kantone haben die Mutterschaftsvorlage abgelehnt, zum einen, weil man auf dem Land kritischer ist gegenüber der Delegation von Aufgaben an den Staat, zum anderen, weil die traditionelle Familie hier mehr zählt.

Jetzt gilt es zu verhindern, dass die Mutterschaftsversicherung noch weiter ausgebaut wird.

Jasmin Hutter ist Nationalrätin SVP/SG

Inland
 Hauptblatt

Blochers Doppelspiel

Christoph Blocher lässt sich auch als Bundesrat nicht zähmen. Er foutiert sich um Konkordanz und Kollegialität und bleibt auf Kollisionskurs. Damit schafft er es wohl, die eine oder andere Vorlage zu bodigen. Doch ob sich das für ihn und seine Partei wirklich auszahlt, ist fraglich. Im Gegenteil: Blocher liefert immer mehr Gründe, ihn 2007 nicht wiederzuwählen. Von Walter Langenegger

Es grenzte an eine Posse: Zu den Einbürgerungsvorlagen wollte Christoph Blocher am Sonntagabend gegen alle Usanz nichts sagen. Und die Bemerkung Moritz Leuenbergers, der bundesrätliche Einsatz könne ein Volksvotum beeinflussen, quitierte er mit höhnischem Lachen. Der SVP-Bundesrat verweigerte sich damit nicht nur den 43 Prozent des Volkes, die Ja zu den beiden Vorlagen gesagt hatten, sondern desavouierte öffentlich auch einen Bundesratskollegen. Aber so ist Blocher: Seine Kinderstube lässt zu wünschen übrig. Respekt kann bestenfalls erwarten, wer zu ihm hält - aber nicht sein politischer Gegner.

Blocher spielt Katz und Maus

Vor allem aber zeigt die Szene, wie sehr sich Blocher darin gefällt, mit Regierung und Parlament Katz und Maus zu spielen. Vor seiner Wahl zum Bundesrat im Dezember mimte er noch den konziliananten Magistraten, der fundiert und eloquent argumentiert und zu Kollegialität und Konkordanz steht. Seither jedoch offenbart sich immer deutlicher, dass er sich darum foutiert und er andere Vorstellungen vom Regieren hat. Blocher will den Bundesrat als Mini-Parlament führen und handelt entsprechend: Er will Positionen markieren, nicht in vertraulicher Runde den Konsens suchen. Er will diktieren, nicht mittragen. Wo ihm dies nicht gelingt, missbraucht er seine Auftritte dazu, sich mit Ironie und Zynismus vom Gremium zu distanzieren. Das hat er inzwischen mehrfach getan: bei den Einbürgerungsvorlagen, der Verwahrungs-Initiative und dem Schengen-Dossier.

Die Folge ist, dass die Institution Bundesrat und damit die Politik Schaden nimmt. Wie Umfragen zeigen, brachten selten zuvor so viele Menschen dem Bundesrat so wenig Vertrauen entgegen. Wo dieses aber fehlt, drohen Verwerfungen. Ausdruck davon sind die Abstimmungsergebnisse seit Jahresbeginn: Bisher hatte das Volk über zehn Vorlagen abzustimmen. In acht Fällen liess es die Regierung mit deren Empfehlungen im Regen stehen.

Regierung im Dilemma

Dass sich daran etwas ändert, ist kaum anzunehmen. Blocher ist derart von der eigenen Botschaft beseelt und so darauf fixiert, das Trennende statt das Verbindende zu zelebrieren, dass es

wenig nützt, wenn seine Bundesratskollegen Druck machen, um der Kollegialität mehr Nachachtung zu verschaffen. Ebenso wenig wird es möglich sein, das Gremium wieder zu stärken, indem Blocher einzelne Dossiers - etwa jenes zu Schengen - entzogen werden. Denn je öfter dies geschieht, desto mehr erhält er die Chance, sich als «Ausgeschlossener» zu profilieren.

Freilich, all das war bei der Wahl Blochers absehbar. Es war klar, dass er sich nicht wirklich einbinden lässt. Und es war klar, dass es schwer bleiben würde, eine konstruktive Politik mit zukunftstauglichen Reformen zu betreiben. Trotzdem war es richtig, den Schritt zu tun. Erstens, weil es gar keine Alternative gab: Bei einer Nichtwahl wäre Blocher nicht einfach im Nichts verschwunden. Vielmehr hätte er sich und seine Partei erst recht als Märtyrer inszeniert und sich gegen eine schwächliche Mitte-links-Regierung weiter profiliert. Und zweitens kam die Politik gar nicht umhin, die Probe aufs Exempel zu wagen: In einem direktdemokratischen System wie dem unsrigen ist es erst dann legitim, eine Partei mit einem Wähleranteil von fast 27 Prozent von der Regierungsmacht auszuschliessen, wenn sie sich auf Dauer unfähig erweist, mit den anderen Kräften den Konsens zu finden.

Eine Übergangsphase

Genau in dieser Phase der Prüfung steckt unser Land. Jede Abstimmung, jedes neue Gesetz und jeder Auftritt Blochers gibt Aufschluss darüber, was denn nun besser ist: Ist es eine Kollegialregierung, in der die SVP zwar voll integriert ist, aber blockiert bleibt, weil im Gremium der Konsens fehlt? Oder braucht es einen Wechsel hin zu einer Mehrheitsregierung, in der nicht mehr alle grossen Parteien Platz haben, dafür aber die eine oder andere Reform gelingt?

Was dem Volk lieber ist, wird es spätestens in drei Jahren bei den nationalen Wahlen entscheiden. Dabei haben Blocher und die SVP viel weniger Anlass, sich als ewige Sieger zu wähnen, als man gemeinhin meint. Zwar hat die Partei mit der Regierungsbeteiligung alles bekommen, was sie forderte. Doch sie schafft es nicht, etwas daraus zu machen. Sicher, sie hat die Einbürgerungsvorlagen gebodigt. Bloss, entscheidend für die Zukunft des Landes waren diese Vorlagen beileibe nicht. Dort indes, wo es darum ging, die zentralen Projekte der politischen Rechten umzusetzen, scheiterten Blocher und seine SVP: bei Steuerpaket, Avanti, AHV-Revision und Mietrecht.

Richtig interpretieren

Mehr noch, übersehen wird, was am Sonntag wirklich passiert ist: dass sich die konsenswilligen Kräfte als robust erwiesen haben und mit der Mutterschaftsversicherung einem Projekt zum Durchbruch verhalfen, welches das Land tatsächlich verändert.

Mag Blocher daher noch höhnisch lachen: Es wäre nicht das erste Mal, dass ein Politiker zu spät merkt, wann er beginnt, an sich selbst zu scheitern.

Inland
 Hauptblatt

Seilziehen um Sonntags-Shopping

Parlament lockert Verbot der Sonntagsarbeit - Gewerkschaften lancieren Referendum

bern. Sämtliche Läden in grösseren Bahnhöfen sollen sonntags öffnen dürfen: Nach dem Nationalrat dehnt auch der Ständerat die Einkaufsmöglichkeiten an Sonntagen aus. Das letzte Wort wird das Volk haben.

Die Möglichkeiten zum Sonntags-Shopping werden sich nach dem Willen des Parlaments schon bald mehren. Der Ständerat hat mit 28 zu 10 Stimmen entschieden, dass sämtliche Läden in grösseren Bahnhöfen und Flughäfen auch sonntags offen bleiben dürfen. Damit ist die kleine Kammer dem Nationalrat gefolgt, der im März der Lockerung mit 106 zu 64 ebenfalls deutlich zugestimmt hat.

Mit seinem Beschluss korrigierte der Ständerat einerseits die paradoxe Situation, für die das Bundesgericht gesorgt hat: Demnach dürfen gewisse Bahnhofsläden am Sonntag zwar öffnen, aber kein Personal beschäftigen. Dagegen hat der Zürcher Nationalrat Rolf Hegetschweiler (ZH) eine parlamentarische Initiative lanciert, dem sich der Ständerat nun anschloss. Die Richter in Lausanne hatten vor zwei Jahren in einem Urteil zum Zürcher Shopville den Sonntagsverkauf denjenigen Geschäften vorbehalten, die Bedürfnisse der Reisenden abdecken. Ende Jahr läuft die vom Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) gewährte Übergangsfrist ab, danach sollte das Gerichtsurteil wirksam werden.

Andererseits hat der Ständerat die Lockerung des Sonntagsarbeitsverbots auch für mittelgrosse Bahnhöfe ausgeweitet. Damit sollen Befürchtungen einer «Lex Shopville», die allein für Zürich gelten würde, zerstreut werden. Der Sonntagsverkauf soll an allen Bahnhöfen und Flughäfen möglich sein, die mehr als 20 Millionen Franken Umsatz im Personenverkehr machen. In Frage kommen zudem auch Bahnhöfe mit besonderer regionalpolitischer Bedeutung (siehe Kasten).

Bedürfnis der Kundschaft

Die Ratsmehrheit sah in der Lockerung der Ladenöffnungszeiten ein ausgewiesenes Bedürfnis der Kundschaft, das es zu respektieren gelte. Die heutige Branchen- und Sortimentsbeschränkung sei angesichts des Kundenbedürfnisses nicht mehr gerechtfertigt, sagte Hans Lauri (SVP/BE) als Sprecher der vorberatenden Kommission. Die Kantone hätten für eine möglichst flexible Lösung plädiert.

Schutz der Arbeitnehmerschaft

Die Gegner sorgten sich dagegen um den Schutz der Arbeitnehmer. Sie werteten die Lockerung als Startschuss zu einer generellen Liberalisierung, an deren Ende der Sonntag zum gewöhnlichen Werktag würde. Alain Berset (SP/FR) fragte, ob es denn wirklich nötig sei, am Sonntag in Bahnhöfen Möbel, Fernseher und «wohl bald auch Autos» zu kaufen. Simonetta Sommaruga (SP/BE) stellte sich nicht grundsätzlich gegen offene

Läden an Sonntagen. Die Regelung lasse aber zu viele offene Fragen. Zudem werde die generelle Sonntagsarbeit auf Umwegen eingeführt, obwohl die Abstimmungsanalyse des in den 90er-Jahren gescheiterten Arbeitsgesetzes gezeigt habe, dass das Volk dagegen sei. Die SP-Vertreter wollten durchsetzen, dass Sonntagsarbeit nur erlaubt wird, wenn ein Gesamtarbeitsvertrag vorliegt. Die Mehrheit vertrat indes die Meinung, dies sei Sache der Sozialpartner und nicht im Gesetz festzuschreiben.

Volkswirtschaftsminister Joseph Deiss versicherte, der Arbeitnehmerschutz gehe nicht vergessen. Auf Verordnungsstufe sollen Schutznormen, wie sie bereits heute für die Bahnebenbetriebe gelten, eingeführt werden: 47 Stunden Freizeit für den gearbeiteten Sonntag, zwölf freie Sonntage im Jahr und tägliche Ruhezeiten von elf Stunden.

Das Referendum ist dennoch beschlossene Sache: Gewerkschaftsbund und Syna kritisierten, ein «Dominoeffekt» sei programmiert. Bald würden Geschäfte ausserhalb der Bahnhöfe über Ungleichbehandlung klagen. Arbeitnehmer hingen sehr an der Sonntagsruhe.

Bald generelle Liberalisierung?

Der Ständerat will bei der Arbeitszeitliberalisierung jedoch noch weitergehen. Er hiess mit 24 zu 10 Stimmen eine Motion gut, die vom Bundesrat eine Gesetzesvorlage für eine generelle Beschäftigung von Arbeitnehmern an Sonntagen verlangt. Im nächsten Frühling will der Bundesrat einen Bericht vorlegen. (soh/ap)

Bild: ky/Monika Flückiger

Salamitaktik: Gewerkschafter protestieren gegen den Vorstoss von Rolf Hegetschweiler (FDP/ZH).

Auch St. Gallen und Altenrhein

Die Zulassung der Sonntagsarbeit gilt gemäss der vom Ständerat erarbeiteten Regelung für 24 Bahnhöfe und sechs Flughäfen.

Das Kriterium von 20 Millionen Franken Umsatz im Personenverkehr erfüllen laut einer Aufstellung der vorberatenden Kommission folgende 24 Bahnhöfe: Aarau, Baden, Bern, Biel, Basel, Chur, Freiburg, Genf, Genf-Flughafen, Lausanne, Lugano, Luzern, Neuenburg, Olten, Schaffhausen, Solothurn, St. Gallen, Thun, Winterthur, Zug, Zürich-Hauptbahnhof, Zürich-Flughafen, Zürich-Oerlikon und Zürich-Stadelhofen. Als 25. Bahnhof verfehlt Brig im Oberwallis mit einem Umsatz von 19,3 Millionen Franken im Jahr 2003 das Ziel nur sehr knapp.

Brig und andere Bahnhöfe können aber auf das zweite Kriterium hoffen, wonach regionalpolitisch bedeutsame Standorte auf Gesuch von Kantonen und Bahnunternehmung ebenfalls Sonntagsarbeit erlauben dürfen.

Neben den grossen Bahnhöfen gilt die Regelung zudem für jene Flughäfen, die Linienflüge anbieten. Es sind dies Zürich-Kloten, Genf-Cointrin, Lugano-Agno, Bern-Belp, St. Gallen-Altenrhein und Sitten. Der Flughafen Basel-Mülhausen ist nicht betroffen, da er auf französischem Boden steht. (ap)

kommentar

Sonntags immer öfter?

Hand aufs Herz: Wer hat am Sonntag noch nie in einem Bahnhofsladen eingekauft? Eben. Das tun alle. Doch ist das Grund genug, das Sonntags-Shopping weiter zu öffnen oder gar eine generelle Liberalisierung anzustreben, wie dies das Parlament tut?

Keine Frage, das Bedürfnis nach dem Sonntagseinkauf ist eine logische Folge der sich wandelnden Gesellschaft. Die Menschen leben längst nicht mehr im Gleichtakt mit der Kirchenglocke, sondern sind flexibel und mobil. Das schlägt sich auch in den Einkaufsgewohnheiten nieder. Wir kommen auf Dauer nicht umhin, dem zu entsprechen. Gleichwohl verdient es der Sonntag, etwas Besonderes zu bleiben. Denn wo es immer hektischer wird, braucht es einen Tag, der den Rhythmus der Menschen

zuweilen synchronisiert und es jenen, die es wollen, erlaubt, gemeinsam mit anderen die Freizeit zu verbringen. Vor allem für Familien ist das zentral.

Doch was ist zu tun, damit der Sonntag nicht zum Werktag wird? Zu schaffen ist dies am ehesten, indem wir dafür sorgen, dass die Arbeitsbedingungen an diesem Tag nicht die gleichen sind wie sonst, sondern besser. Will heissen: Es braucht höhere Zuschläge, grosszügigere Ruhezeitregelungen, strengeren Schutz - zumal vor allem Branchen mit tiefen Löhnen tangiert sind. Die Ausweitung der Sonntagsarbeit mit der Pflicht zu Gesamtarbeitsverträgen zu koppeln, wäre daher sachlich berechtigt und ein pragmatischer Lösungsansatz.

Schade, dass das Parlament davon nichts wissen will. Da tun die Gewerkschaften gut daran, das Referendum zu ergreifen. Denn wenn es wirklich der Wunsch einer Mehrheit der Menschen ist, den Sonntag zum Werktag zu machen, sollen sie das auch selbst beschliessen. Letztlich tragen sie auch die Folgen - als «Shopper» wie als Arbeitnehmer.

Walter Langenegger
w.langenegger@tagblatt.ch

Meinung
Hauptblatt

Sieger ist nur, wer sich wie ein Sieger verhält

von Walter Langenegger

Die Sache ist in der Tat kurios: Jene, die einen Durchbruch erzielt haben, werden als Verlierer wahrgenommen, während jene, die bloss eine Abwehrschlacht unter vielen bestanden haben, als Sieger gelten. Genau das ist am letzten Abstimmungssonntag geschehen.

Das Aussergewöhnliche an diesem Tag war nicht, dass die neuen Einbürgerungsgesetze bachab gingen, sondern dass die Mutterschaftsvorlage gutgeheissen wurde. Ausländerpolitische Vorlagen werden regelmässig abgelehnt - genauso wie dies bisher mit der Mutterschaftsversicherung passierte. Dass letztere nun aber doch obsiegte, macht den Unterschied aus - zumal die SVP mächtiger denn je ist und das Volk derzeit alles verwirft, was von Bern kommt. Das Ja war also kein selbstverständlicher Sieg.

Warum aber merkt das niemand? Weil die Medien lieber den Schrei-hälsen nachrennen, die Leitartikler ob dem Lärm die Orientierung verlieren und die Einbürgerungsfrage neuen Zündstoff verspricht? Das mag sein. Aber es liegt auch an den Siegern: Ein Abstimmungserfolg ist bloss ein halber, wenn er nicht zelebriert und gefeiert wird. Das haben FDP, CVP und SP verpasst.

Nicht Tatsachen, sondern Meinungen über Tatsachen bestimmen die politische Wahrnehmung. Man muss vor dem Sieg wissen, wie man nachher Kapital daraus schlägt. Kampf um Deutungsmacht nennt sich das. Die SVP hat es längst begriffen; die anderen noch nicht.

w.langenegger@tagblatt.ch

Meinung
Hauptblatt

Ernüchterung statt Erschütterung

von Walter Langenegger

Viele erbitterte Debatten, wenig zählbare Resultate: Das ist die Bilanz der Herbstsession. In der Armeefrage und bei der KVG-Revision zeigte sich das Parlament rat- und orientierungslos, bei der Sonntagsarbeit provozierte es unnötigerweise das Referendum der Linken, beim Nationalbankgold verweigerten FDP und CVP stur den Kompromiss, und die Verbandsbeschwerde nutzt die Rechte für eine unsinnige Wirtschaftsdebatte am falschen Objekt. Die Qualität der Gesetzesarbeit war auch schon besser.

Schuld daran ist der Kampf ums Ideologische, der die Sachpolitik von Session zu Session stärker überlagert. Der für die Schweizer Politik typische Pragmatismus weicht immer mehr einem

parteidoktrinären Fundamentalismus. Wo früher die Brückenbauer wirkten, zündeln heute die Sprengmeister. Der grosse politische Wurf ist eine Seltenheit geworden. Stattdessen herrscht der permanente mediale Schlagabtausch, seit neustem zusätzlich angeheizt durch die Dauerkrise im Bundesrat.

Eine «heilsame Erschütterung des Systems» forderte diese Woche Bundesrat Christoph Blocher. Doch angebrachter wäre wohl viel eher Ernüchterung - nämlich darüber, dass sich trotz aller Einbindung der SVP die politische Blockade nicht entschärft, sondern verschlimmert hat. Nichts ist besser geworden mit der SVP. Heilsam wäre es, wenn sich die Politik dessen nun klar bewusst werden würde. w.langenegger@tagblatt.ch

Rorschach und Umgebung
 Hauptblatt

Dem Konsens verpflichtet

Die CVP-Regionalpartei Rorschach hat einen neuen Präsidenten Region Rorschach. Die Delegierten der CVP-Regionalpartei fanden einen neuen Präsidenten: Käsermeister Alex Nietlispach. Er löst Gerichtsschreiber Urs Gmünder ab.

Peter Beerli

Dem bisherigen und dem neuen Präsidenten der Regionalpartei gemeinsam ist die Fähigkeit zum Konsens und (eher zufällig) Unteregen als Wohnort.

Der als Gerichtsschreiber und Ersatzrichter im Versicherungsgericht tätige Urs Gmünder war seit dem Jahr 2000 im Amt. Er gab dieses nun weiter, nicht zuletzt deshalb, weil auf das Amt eines Schulrates, das er in seiner Wohngemeinde ausübt, immer mehr Aufgaben zukommen und es deshalb mehr Zeit braucht, um es zuverlässig zu erfüllen. Zudem sei es eine der wichtigsten Aufgaben eines Regional-Parteipräsidenten, für seine Partei die Wahlgeschäfte zu führen. Deshalb sei der gewählte Zeitpunkt für einen Wechsel sinnvoll gewesen.

Freude an Konsens und Basis

Urs Gmünder leitete auch den Wahlstab seiner Partei. Ihm war es neben der Leitung des Wahlstabes immer ein wichtiges Anliegen, den Konsens zu pflegen und Abstimmungsanlässe überparteilich durchzuführen. Das war einerseits bei der Durchführung der Wahlen ins Kreisgericht so. Weiter ist das Volk für überparteilich geführte Podiumsgespräche usw. eher zu gewinnen als für eigentliche Parteianlässe. So erlebte es Urs Gmünder immer wieder ganz direkt. Im direkten Kontakt mit den Präsidenten der anderen Parteien werden schliesslich weit verbreitete Vorurteile fast automatisch abgebaut.

Etwas, das Urs Gmünder während seiner vierjährigen Amtszeit immer Freude bereitete, waren die jedes Jahr von einer andern Ortspartei durchgeführten CVP-Neujahrsbegrüssungen. Da kamen nicht allein Organisationstalente zum Vorschein, da trafen sich manchmal bis zu fast zweihundert Menschen zu einem festlichen Gesellschaftsanlass. «Solche Grossanlässe beweisen, dass auch in der Region Rorschach die CVP über eine gewichtige Basis verfügt . . .», ist der scheidende Regionalpräsident überzeugt.

Wenig wird sich ändern

Sein Nachfolger Alex Nietlispach stellt der bisherigen Führung der CVP-Regionalpartei ein sehr gutes Zeugnis aus und gibt ein Zeichen, dass unter seiner Leitung wohl wenig ändern werde. Ganz einfach deshalb, weil dies nicht nötig sei. «Vielleicht wird es mir gelingen, für die Regionalpartei neue Finanzquellen anzuzapfen», so hofft er. Alex Nietlispach zählte sich zu den CVP-Sympathisanten, bis er angefragt wurde, sich für die Kantonsratswahlen zur Verfügung zu stellen. Er sagte zu, trat der Partei bei und erlebte den Wahlkampf, in welchem er viele neue Menschen kennen lernte. Er denke, dass er auch bei den nächsten Kantonsratswahlen wieder kandidieren werde und sich durch sein Amt dafür noch profilieren könne. Ein Zeichen dafür, dass auch er ein Anhänger des Konsenses ist, dürfte die erste von ihm organisierte Veranstaltung sein. Es ist eine am 3. November, 19 Uhr, im Stadthofsaal Rorschach stattfindende Podiumsdiskussion zum «Fonds Zukunft St. Gallen». Unter der Leitung von «Tagblatt»-Inlandredaktor Walter Langenegger werden nach Einleitung durch Generalsekretär Hans Schmid vom Volkswirtschaftsdepartement Regierungspräsident Josef Keller, CVP, Kantonsrat Fredy Fässler, SP, Kantonsrat Andreas Hartmann, FDP, pro, und die beiden SVP-Kantonsräte Markus Blum und Michael Götte, contra, zur kantonalen Abstimmungsvorlage vom 28. November Stellung nehmen.

Die neue Leitung

Mit dem neuen Präsidenten Alex Nietlispach kam auch Gymnasiallehrer Ivo Regli, Mörschwil, neu in den Vorstand der Regionalpartei. Er ersetzt den zurückgetretenen Bernhard Peter, Mörschwil. Leider musste die CVP-Regionalpartei vom verstorbenen verdienten Kassier Paul Gemperle, Mörschwil, Abschied nehmen. Er wurde durch die Goldacher Gemeinderätin Marianne Roos ersetzt. Felix Bischofberger, Altenrhein, ist Vizepräsident, Stefan Rutz, Goldach, Aktuar, und Ursula Oesch, Rorschacherberg, gehört dem Vorstand als Beisitzerin an.

Bild: OT-Archiv

Alex Nietlispach will für die CVP neue Finanzquellen anzapfen.

Region St. Gallen
 Hauptblatt

Dem Konsens verpflichtet

Die CVP-Regionalpartei Rorschach hat einen neuen Präsidenten Region rorschach. Der neue Präsident der CVP für die Region kommt wie schon der bisherige aus Untereggen. Käsermeister Alex Nietlispach löst Gerichtsschreiber Urs Gmünder ab.

Peter Beerli

Der als Gerichtsschreiber und Ersatzrichter am Versicherungsgericht tätige Urs Gmünder war seit dem Jahr 2000 Regionalpräsident der CVP. Als Schulrat in Untereggen benötigte er für die steigenden Aufgaben mehr Zeit, um dieses Amt zuverlässig zu erfüllen, begründete er seinen Rücktritt. Eine der wichtigsten Aufgaben eines Regionalparteipräsidenten sei es, die Wahlgeschäfte zu führen. Auch aus dieser Sicht sei der gewählte Zeitpunkt für einen Wechsel sinnvoll.

Nebst der Leitung des Wahlstabes war es Urs Gmünder immer wichtig, den Konsens zu pflegen und Abstimmungsanlässe überparteilich durchzuführen. Die Bevölkerung sei zum Besuch überparteilich geführter Podiumsgespräche eher zu gewinnen als für eigentliche Parteianlässe.

Kontakte pflegen

Etwas, das Urs Gmünder während seiner vierjährigen Amtszeit immer Freude bereitete, waren die jedes Jahr von einer andern Ortspartei durchgeführten CVP-Neujahrsbegrüssungen. Da kamen ungeahnte Organisationstalente zum Vorschein, die jeweils für bis zweihundert Menschen einen festlichen Anlass durchführten. «Solche Grossanlässe zeigen, dass in der Region Rorschach die CVP über eine gewichtige Basis verfügt», sagt der scheidende Regionalpräsident.

Sein Nachfolger Alex Nietlispach stellt der bisherigen Führung der CVP-Regionalpartei ein gutes Zeugnis aus und gibt ein Zeichen, dass sich unter seiner Leitung wohl wenig ändern werde. Ganz einfach deshalb, weil dies nicht nötig sei. «Vielleicht wird es mir gelingen, für die Regionalpartei neue Finanzquellen anzuzapfen», hofft er.

Konstruktive Mitte

Alex Nietlispach zählte sich zu den CVP-Sympathisanten, bis er angefragt wurde, sich für die Kantonsratswahlen zur Verfügung zu stellen. Er sagte zu, trat der Partei bei und erlebte den Wahlkampf, in welchem er viele neue Menschen kennen lernte. Er beabsichtige, bei den nächsten Kantonsratswahlen wieder zu kandidieren. Ein Zeichen, dass auch er ein Anhänger von überparteilichen Veranstaltungen ist, zeigt die auf 3. November, 19 Uhr, im Stadthofsaal Rorschach angekündigte Podiumsdiskussion zum «Fonds Zukunft St. Gallen». Unter der Leitung von «Tagblatt»-Inlandredaktor Walter Langenegger werden Generalsekretär Hans Schmid vom Volkswirtschaftsdepartement, Regierungspräsident Josef Keller, CVP, Kantonsrat Fredy Fässler, SP, Kantonsrat Andreas Hartmann, FDP, pro, und die beiden SVP-Kantonsräte Markus Blum und Michael Götte, contra, zur kantonalen Abstimmungsvorlage vom 28. November Stellung nehmen.

Die neue Leitung

Mit dem neuen Präsidenten Alex Nietlispach kam auch Gymnasiallehrer Ivo Regli, Mörschwil, neu in den Vorstand der Regionalpartei. Er ersetzt den zurückgetretenen Bernhard Peter, Mörschwil.

Die CVP-Regionalpartei gedachte ihres verdienten Kassiers, des verstorbenen Paul Gemperle, Mörschwil. Das Kassieramt übernimmt die Goldacher Gemeinderätin Marianne Roos. Zur Parteileitung gehören Felix Bischofberger, Altenrhein (Vizepräsident), Stefan Rutz, Goldach (Aktuar), und Ursula Oesch, Rorschacherberg.

Alex Nietlispach, Untereggen

Inland
Hauptblatt

Kommentar

Halber Bundesrat

Christoph Blocher tut nichts, was ausdrücklich verboten wäre: Es gibt keine Gesetzespassage, keine Verordnung und keine Weisung, die es ihm untersagte, in einer parteiinternen Findungskommission mitzuwirken. Trotzdem ist es bedenklich, wenn Blocher sich nun persönlich mit der Nachfolge des Zürcher SVP-Regierungsrats Christian Huber befasst. Warum?

Richtig ist, dass ein Bundesrat sehr wohl ein Interesse daran haben muss, wohin sich seine Partei bewegt, was sie entscheidet und wie sie sich entwickelt - zumal er auf eine loyale politische Hausmacht angewiesen ist, will er erfolgreich regieren. Bis zu einem gewissen Grad ist es daher legitim, wenn Bundesräte Einfluss auf die Geschicke ihrer Partei nehmen. Die Grenze wird allerdings dort überschritten, wo Mitglieder einer Konkordanzregierung beginnen, eigentliche Parteiämter zu übernehmen. Denn damit stellen sie die eigene Partei über das Volk. Gewählt werden Bundesräte aber, um Politik fürs ganze Land zu machen - und nicht für die eigene Partei.

Blocher überschreitet diese Grenze. Die Rekrutierung des politischen Personals gehört zu den wichtigsten und zentralsten Aufgaben einer Partei. Indem er sich in die Nachfolge Hubers einschaltet, leistet der SVP-Bundesrat klassische Parteiarbeit. Zulässig wäre das in einem System mit Regierung und Opposition, wo der Regierungspräsident zugleich der Parteichef

ist. Aber in unserem Konkordanzsystem bedeutet das, jenes Minimum an politischer Unabhängigkeit preiszugeben, das ein Regierungsmitglied braucht, um hierzulande einigermaßen ein Bundesrat für alle zu sein.

Blocher scheint das nicht zu kümmern. Mit seinem jüngsten Regelverstoss macht er nur erneut deutlich, wie wenig er von der Konkordanz hält. Er will nicht nur mitregieren, sondern auch voll und ganz Chef seiner Partei sein. Und damit bleibt er, was er bisher war: nur ein halber Bundesrat.

Walter Langenegger

w.langenegger@tagblatt.ch

Inland
Hauptblatt

Kommentar

Pragmatismus statt Hektik

Finanzminister Merz zieht die richtigen Lehren aus dem Nein zum Steuerpaket am 16. Mai: In der Steuerpolitik will er künftig nichts mehr übers Knie brechen, sondern kleine, realistische Schritte tun, dabei aber die Option der grossen Reform im Auge behalten. Das ist zwar unspektakulär, dafür pragmatisch. Dass das Sinn macht, zeigt Merz' Auslegeordnung.

Es ist in der Tat sinnvoll, wenn der Finanzminister nun das Steuersystem administrativ vereinfachen will. Das verbessert nicht nur die Akzeptanz des Steuerstaates, sondern verspricht auch, dass das eine oder andere Steuerschlupfloch geschlossen wird. Denn je weniger Abzüge und Ausnahmen es gibt, desto transparenter und effizienter wird das System.

Sinnvoll ist zweitens, wenn Merz die Reformen zur Stempel-, Unternehmens- und Individualbesteuerung vorantreibt, dabei aber nicht in Hektik verfällt. Dass sie nötig sind, ist keine Frage. Aber wer solide Reformen will, braucht Konsens. Das erfordert zuweilen Zeit.

Schliesslich ist sinnvoll, dass Merz den Neu- und Umbau des Systems prüfen will. Dies nicht nur, weil das, was heute undenkbar ist, morgen eine Notwendigkeit sein kann - etwa die Ökologisierung des Steuersystems. Sondern auch, weil das Hinterfragen des jetzigen Systems womöglich zeigt, dass es nicht nur Nachteile, sondern auch Vorzüge hat.

Bei alledem bleibt eines zentral: Die Art und Weise, wie der Staat seine Einnahmen beschafft, entscheidet massgeblich darüber, wie viel materielle Gerechtigkeit in einer Gesellschaft herrscht. Steuerreformen müssen daher immer dem Ganzen dienen. Tun sie es nicht, haben sie - wie der 16. Mai zeigte - kaum Chancen.

Walter Langenegger

w.langenegger@tagblatt.ch

Meinung
Hauptblatt

Simplifizierte Bilder für mystifiziertes Volk

von Walter Langenegger

Comics faszinieren Kinder - und Erwachsene nicht minder. Das macht sich die SVP schon längst zunutze. Wofür oder wogegen sie auch eintritt - meist tut sie es mit Comic-Figuren und Karikaturen in Plakatformat. Mit nach Schweizer Pässen greifenden Händen bodigte die SVP die Bürgerrechtsrevision, mit roten Ratten verunglimpfte sie die Linken, und mit Stumpen rauchenden Bonzen zieht sie nun gegen den St. Galler Zukunftsfonds ins Feld.

Die SVP-Politwerber wissen genau: Karikierte Wahrheiten sind einprägsame Wahrheiten. Erst die simplifizierende Typisierung in Gute und Böse, in Ausländer und Schweizer oder in Fleissige und Faule ermöglicht es, Emotionen und Empörung zu schüren.

Damit gelingt es der Blocher-Partei, vielen Menschen jene Botschaften in den Mund zu legen, welche sie selbst hören will. Und die sie dann als Volkes Wille deklariert.

Was die SVP mit ihrer Politwerbung tut, kontrastiert allerdings mit dem Bild, das sie vom Volk zeichnet. So mystifiziert sie das Volk als politisch unfehlbare Instanz, verständigt sich mit ihm aber so dümmlich, als würde sie zu politisch Unmündigen sprechen. Da drängt sich die Frage auf: Wie ernst nimmt die SVP das Volk eigentlich wirklich? Wie viel ist Respekt, wie viel blosser Anbiederung? Das müssen sich nicht nur die SVP-Oberen fragen, sondern vor allem all jene, die sich von den SVP-Plakaten jeweils gerne überzeugen lassen. w.langenegger@tagblatt.ch

Inland
 Hauptblatt

Rot-Grün wächst stärker als SVP

Zwischenbilanz der kantonalen Wahlen: Linke wie Rechte in Bestform - Weiterer Einbruch der Mitte

Die politische Schweiz bleibt im Umbruch. Die Linke wie die Rechte legten in den kantonalen Parlamentswahlen dieses Jahres weiterhin klar zu - allerdings mit umgekehrten Vorzeichen: Das rot-grüne Lager wächst inzwischen stärker als die SVP.

walter Langenegger

Die Linke und die Rechte gehörten bereits vor einem Jahr bei den eidgenössischen Wahlen zu den grossen Gewinnern. Sowohl die SVP als auch SP, Grüne und Linksparteien holten sich in beiden Kammern insgesamt je zwölf zusätzliche Sitze. Dieser Trend hält an, wie die Wahlen in den Kantonen St. Gallen, Uri, Thurgau, Schwyz, Schaffhausen und Basel-Stadt zeigen: Die Hauptgewinner waren stets SVP, SP und Grüne.

Linke überholt die Rechte

Gleichwohl ist ein neues Phänomen zu beobachten: Im Gegensatz zu früher fallen die Gewinne von Rot-Grün nicht selten höher aus als jene der SVP. Das zeigte sich etwa in St. Gallen und Basel-Stadt: Hier blieben die Gewinne der SVP unter den Erwartungen (1 bzw. 3 Sitze), während die SP markant zulegte (7 bzw. 8 Sitze). Insgesamt holte sich das rot-grüne Lager in den sechs Wahlen 39 Mandate dazu. Davon gehen 24 Sitze aufs Konto der SP und 15 Sitze aufs Konto der Grünen. Demgegenüber legte die SVP als Sammelbecken der Rechten etwas weniger stark zu: Sie holte insgesamt 24 Mandate.

Mitte-Wähler nach links?

Der Parteienforscher Andreas Ladner erklärt sich das Formhoch von Rot-Grün damit, dass die Wahl Christoph Blochers in den Bundesrat sowie die anhaltende Schwäche der bürgerlichen Parteien CVP und FDP einen Teil der Mitte-Wähler veranlasst, sich für die Grünen oder die Sozialdemokraten zu entscheiden. Gleichzeitig gelinge es der Linken offenbar immer besser, die eigene Anhängerschaft zu mobilisieren.

Einen eigentlichen Trendwechsel will Andreas Ladner aber trotzdem nicht feststellen. «Die SVP ist auf Kurs, selbst wenn sie verlangsamt weiterwächst», sagt er. Nach dem rasanten Aufstieg müsse es nun das Hauptziel der Partei sein, die bisherigen Wahlerfolge zu konsolidieren - und dies trotz des Problems, dass der Partei profilierte Köpfe fehlen und die Wählerschaft sehr heterogen ist. Die jüngsten Resultate sind für den Parteienforscher ein klarer Beleg dafür, dass der SVP dies sehr wohl gelingt.

Schicksal als Kleinparteien?

Als «dramatisch» dagegen bezeichnet er den Zustand von FDP und CVP. Und in der Tat: Die beiden Parteien haben erneut massive Verluste hinnehmen müssen. Die FDP verlor in allen sechs Kantonen total 23 Mandate, davon allein acht in St. Gallen. Die CVP konnte sich nur in Uri halten und musste per saldo 26 Sitze abgeben, neun davon allein in Schwyz. Schweizweit kommen FDP und CVP somit nur noch auf 617 bzw. 592 Kantonsratssitze. Damit sind sie nun definitiv von den Sozialdemokraten und der SVP mit 601 respektive 584 Mandaten eingeholt worden. Zur Erinnerung: Vor 20 Jahren verfügte die CVP noch über 820 Sitze in den kantonalen Legislativen, die FDP über 800.

«FDP und CVP brauchen dringend einen Erfolg», konstatiert Ladner. Wenn es ihnen in den nächsten drei, vier Jahren nicht gelinge, aus der Abwärtsspirale herauszukommen, drohe ihnen das Schicksal von Kleinparteien. Denn: «Je kleiner FDP und CVP sind, desto weniger können sie ihre Funktion als Mehrheitsbeschaffer wahrnehmen und desto weniger können sie politisch handeln.»

Stellt sich Bundesratsfrage?

Anzeichen für eine Trendumkehr kann der Parteienforscher freilich nicht ausmachen. Er rechnet vielmehr damit, dass die politische Polarisierung weiter anhält und sich auch wieder auf die nächsten eidgenössischen Wahlen im Herbst 2007 niederschlagen wird. Sollte sich dies bewahrheiten und die Linke wie in den letzten drei Jahren weiterhin deutlicher als die SVP an Terrain gewinnen, ist für Ladner klar: «Dann stellt sich die Frage nach einem dritten Bundesratsitz für Rot-Grün.»

Bei der Linken wird dieses Szenario bereits ernsthaft erwogen, wie dies SP-Präsident Hans-Jürg Fehr immer wieder bekräftigt. Sein Ziel sei, die SP zur stärksten Partei zu machen, um einen dritten Bundesratsitz einfordern zu können.

Freiheitspartei mit nur einem Sitz

Die kantonalen Parlamentswahlen dieses Jahres bestätigen, was seit langem zu beobachten ist: die kleinen Rechtsparteien sind am Verschwinden. So haben die Schweizer Demokraten nach dem Verlust ihrer fünf Sitze in Basel nur noch zwölf Sitze in Kantonsparlamenten inne - halb so viele wie 1995. Die Freiheitspartei, die 1995 total 74 kantonale Mandate hatte, verfügt gerade noch über einen Sitz im Aargau. Damit ist sie inzwischen praktisch ganz von der SVP aufgesogen worden. (sda/wl)

Inland
 Hauptblatt

Bei einem Nein geht Bern baden

Damit der Bund seine beiden Hauptsteuern weiterhin erheben kann, braucht er am 28. November ein Ja zur neuen Finanzordnung

Die Sache ist kurios, aber die Verfassung schreibt es so vor: Nur wenn Volk und Stände am 28. November der Finanzordnung zustimmen, darf der Bund weiterhin die Bundessteuer und die Mehrwertsteuer erheben. Immerhin: Die Vorlage ist unbestritten.

walter langenegger

Der Schweizer Bundesstaat gründet auf einem permanenten Provisorium: Die Kompetenz, die direkte Bundessteuer sowie die Mehrwertsteuer einzuziehen, ist nicht unbefristet, sondern bedarf der periodischen Bestätigung durch den Souverän. Letztmals geschah dies 1993, als mit der Ablösung der Warenumsatzsteuer durch die Mehrwertsteuer dem Bund auch das Recht eingeräumt wurde, weiterhin eine Bundes- und eine Konsumsteuer zu erheben.

Der damalige Beschluss läuft Ende 2006 aus. Mit der Vorlage zur neuen Finanzordnung werden Volk und Stände nun aufgerufen, die beiden wichtigsten Einnahmequelle des Bundes erneut für eine befristete Zeitspanne zu sichern - nämlich bis ins Jahr 2020.

Merz mag nicht daran denken

Dass der Bund auf die Bundessteuer und die Mehrwertsteuer angewiesen ist, daran besteht kein Zweifel. Die beiden Steuern machen mit über 12 bzw. 17 Milliarden Franken zusammen gut 60 Prozent der Einnahmen aus. Lehnte das Volk die Verlängerung der Finanzordnung ab, wäre der Bund bald bankrott. Das bekämen auch die Kantone zu spüren, fliesst ihnen doch ein Teil der Bundeseinnahmen zu. Finanzminister Hans-Rudolf Merz mag denn auch nicht an ein Nein denken. «Das wäre schlicht nicht verkraftbar. Dieser Gau bleibt uns hoffentlich erspart.» Klar ist: Sollte das Udenkbare eintreffen, müsste der Bund umgehend eine neue Vorlage ausarbeiten und diese so für die Volksabstimmung terminieren, dass sie ab 2007 doch noch in Kraft gesetzt werden könnte.

Relikt aus der Zeit des Krieges

Dass das Recht auf die Steuer-erhebung nicht definitiv in der Verfassung verankert ist, hat historische Gründe: Die direkte Bundessteuer war im Zweiten Weltkrieg als Wehrsteuer per Notrecht eingeführt und daher befristet worden. Das wurde nach Kriegsende beibehalten und 1959 in der Verfassung festgeschrieben. Der Bundesrat hat seither immer wieder versucht, den alten Zopf abzuschneiden - doch ohne Erfolg. So auch diesmal: Die ursprüngliche Vorlage sah die dauerhafte Verankerung der beiden Hauptsteuern vor. Es sei unsinnig, dem Bund unbefristet Aufgaben aufzubürden, die Einnahmen dafür aber zu befristen, argumentierte die Landesregierung. Doch die bürgerliche Mehrheit im Parlament sieht es anders: Die

Befristung erlaube es dem Volk, sich von Zeit zu Zeit über die Finanzierung des Bundes zu äussern, und wirke zudem dämpfend auf die Bereitschaft, die Steuern zu erhöhen.

Immer wieder Zitterpartien

Die Befristung birgt freilich Risiken. Mehrmals in der Vergangenheit wurde die Erneuerung der Bundesfinanzordnung zur Zitterpartei, so etwa Anfang der 90er-Jahre: Im dritten Anlauf scheiterte 1991 die Umstellung auf die Mehrwertsteuer, sodass in einer Feuerwehrübung eine neue Vorlage zusammengezimmert werden musste.

Diesmal allerdings gehen Parlament und Bundesrat auf Nummer sicher und präsentieren Volk und Ständen eine Vorlage, die im Wesentlichen das auslaufende Regime weiterführt. Ein Überblick über die wichtigsten Punkte:

- Bei der direkten Bundessteuer gilt für natürliche Personen weiterhin ein Steuertarif von höchstens 11,5 Prozent. Die einzige Anpassung ist Formsache: Für die Unternehmen wurde der Höchstsatz 1997 von 9,8 auf 8,5 Prozent gesenkt. Diese Gesetzesrevision wird jetzt neu in die Verfassung aufgenommen.
- Bei der Mehrwertsteuer bleibt es bei den heutigen Sätzen. Der Höchstsatz beträgt 7,6 Prozent (Basissatz 6,5 Prozent, 1 AHV-Prozent, 0,1 Prozent für Eisenbahn-Grossprojekte). Für Güter des täglichen Bedarfs gilt ein reduzierter Satz von 2,4 Prozent. Der umstrittene «Hotellerie-Sondersatz» bleibt bis auf weiteres bei 3,6 Prozent.
- Wie bisher soll der Bund 5 Prozent der nicht zweckgebundenen Mehrwertsteuer-Einnahmen zur Verbilligung der Krankenkassenprämien einsetzen. Dem Parlament bleibt per Gesetz allerdings die Möglichkeit, die entsprechenden Gelder auch für andere Massnahmen zur Entlastung der unteren Einkommensschichten vorzusehen.

Von links bis rechts: Alle dafür

Die Finanzordnung ist denn auch von links bis rechts unbestritten. Niemand rechnet ernsthaft mit ihrer Ablehnung. Zweifellos sähe das anders aus, wenn der Bundesrat nicht frühzeitig eines seiner grossen Projekte beerdigt hätte: die ökologische Steuerreform. Darauf verzichtete er, nachdem das Volk im September 2000 die Energielenkungsabgabe bachab geschickt hatte. Die Ökosteuer dürfte aber spätestens im Rahmen der nächsten Finanzordnung wieder ein Thema sein.

Bild: ky/Michael Stahl

Die Bundeshauskuppel spiegelt sich im Wasser der Aare: Lehnte das Volk - was niemand erwartet - die neue Finanzordnung ab,ginge der Bund Bankrott.

Inland
 Hauptblatt

Bauern zwischen Markt und Staat

Um dem Marktdruck standhalten zu können, fordern die Bauern in einem Zehn-Punkte-Programm mehr unternehmerischen Spielraum - Ein Interview mit Hansjörg Walter,

Bauernverbandspräsident und Thurgauer SVP-Nationalrat.

Herr Walter, Sie bemängelten gestern Christoph Blochers Olma-Rede zur Agrarpolitik. Das Konzept des SVP-Bundesrates sei nicht fertig durchdacht, sagten Sie. Was ist Ihre Hauptkritik?

Walter: Man kann die Landwirtschaft nicht schutzlos dem Markt aussetzen. Denn der Markt wird nie in der Lage sein, die ökologischen Leistungen, die die Bauern erbringen, kostengerecht abzugelten. Hier muss die Politik verlässlich bleiben. Ein Beispiel: Man kann dem Bauer nicht einerseits kostenverursachende tierschützerische Massnahmen auferlegen und andererseits erwarten, dass er die Mehrkosten über den Markt kompensiert.

Aber die Bauern pochen ständig darauf, Unternehmer zu sein. Gleichzeitig fordern sie vom Staat eine Sonderbehandlung. Ist das nicht ein Widerspruch?

Walter: Hier geht es nicht um eine Sonderbehandlung, sondern darum, dass wir als Bauern in vielerlei Hinsicht - Ökologie, Nahrungsmittelproduktion usw. - einen öffentlichen Auftrag erfüllen und dafür entsprechende Rahmenbedingungen benötigen. Unternehmer bleiben wir gleichwohl: Wir wirtschaften mit eigenem Kapital, suchen die Innovation und risikieren auch das Scheitern, wie das zum Unternehmertum dazugehört.

Letztlich muss aber stets der Staat helfen. Das zeigen auch die jüngsten Forderungen des Bauernverbands: Was an Schutzzöllen und Marktstützen verschwindet, soll mit Steuersenkungen, Sondervergünstigungen und weniger Kontrollen kompensiert werden. Das ist kein Abbau, sondern ein Umbau der Staatshilfe.

Walter: Erstens entspricht das, was wir fordern dem, was in anderen Ländern bereits praktiziert wird. Zweitens: Wenn der Staat von uns verlangt, dass wir unternehmerisch tätig sind, dann erwarten wir von ihm, dass er uns auch den entsprechenden Handlungsspielraum gibt. Stichwort Raumplanungsgesetz: Damit die Bauern beispielsweise in den Agro-Tourismus einsteigen können, müssen sie auch leichter als bisher Bauten und Infrastruktur den neuen Erfordernissen anpassen können.

Allerdings geniessen die Bauern Privilegien, die andere Unternehmer nicht haben. Ein Beispiel: Um die Bauern vor hohen Bodenpreisen zu bewahren, steht das Bauernland unter Schutz ...

Walter: Das soll auch so bleiben. Aber die Bauern sollen künftig die Möglichkeit haben, in der Landwirtschaftszone bauliche Erweiterungen vorzunehmen - ohne allerdings das Gewerbe zu tangieren. In Österreich etwa wird der Agro-Tourismus als Bestandteil eines landwirtschaftlichen Betriebs akzeptiert, bei uns ist das nicht der Fall. Und darum haben wir in diesem Bereich auch Terrain verloren. Wollen wir aber den Bauern Perspektiven geben, braucht es im Baurecht eine sinnvolle Öffnung.

Wäre es nicht gescheiter, sich klar für den einen oder den anderen Weg zu entscheiden: Also für eine Landwirtschaft, die ganz auf den Markt setzt? Oder eine Landwirtschaft, die als Service public ausgestaltet ist und vom Staat finanziert wird?

Walter: Das eine geht nicht ohne das andere. Es geht nicht ohne staatliche Unterstützung. Denn dies hiesse, dass es nur noch dort eine Landwirtschaft gäbe, wo die Böden gut sind und sich die Produkte leicht vermarkten lassen. Man kann aber auch nicht einfach auf die Nahrungsproduktion verzichten und nur noch pflegerische Landwirtschaft betreiben. Das ist nicht finanzierbar. Und das will das Volk auch nicht. Die Verfassung sagt klar: Wir haben eine Kulturlandschaft, die mit ihren Erholungsräumen gepflegt werden soll.

Die Richtung, die Sie mit dem Massnahmenpaket einschlagen, ist allerdings auch nicht risikolos. Wenn Sie nämlich Auflagelockerungen in der Tierhaltung und im Umweltschutz sowie weniger Kontrollen fordern, könnte dies das Vertrauen der Konsumenten in die Produkte schmälern.

Walter: Damit kein falscher Eindruck entsteht: Wohlverstanden, wir stehen zu den Kontrollen. Aber sie müssen Sinn machen und effizient sein. Dazu ein kleines Beispiel zum Thema Milch: Wenn die Qualität stimmt, braucht es doch nicht - wie das heute der Fall ist - noch eine Aufzeichnung über die Kühltemperatur, die doch bereits klar vorgeschrieben ist. Wir wollen, dass der Bauer für die Qualität gerade- steht. Er soll nicht wie ein Angestellter handeln, sondern als Unternehmer für sein Produkt verantwortlich sein.

Mit dem gestern vorgestellten Paket wollen Sie die finanzielle Belastung der Bauern um 500 Millionen reduzieren. Welche Massnahmen bringen Ihrer Ansicht nach den Bauern den grössten Nutzen?

Walter: Im Baubereich kann einiges eingespart werden mit einfacheren Vorschriften. Das gleiche gilt, wenn die Bauern Pflanzenschutzmittel und Dünger zu den gleichen Bedingungen einkaufen können wie im Ausland. Und schliesslich ist es eine grosse Entlastung, wenn wir mehr Erntehelfer aus dem Ausland erhalten, denen wir nicht Schweizer-Löhne bezahlen müssen.

Massnahmenpaket hin oder her: Die von der WTO vorangetriebene Globalisierung wird dazu führen, dass es immer weniger Bauern gibt. Stirbt der Bauernstand aus?

Walter: Ich glaube nicht, dass die Politik dies zulässt - und die Konsumenten das wünschen. Die Schweiz will eine eigene Landwirtschaft. Aber die Bauern müssen sich bewegen. Zudem bin ich überzeugt: Gerade die Globalisierung wird dazu führen, dass die Menschen je länger desto mehr wieder Nahrungsmittel wollen, die aus dem eigenen Land, der eigenen Region stammen. Dieses regionale Denken werden wir fördern.

Interview: Walter Langenegger

Bild: Reto Martin
 Hansjörg Walter

Bauern gehen in die Offensive

«Wir sind im Sandwich zwischen unterschiedlichen gesellschaftlichen Anliegen», beschrieb gestern Hansjörg Walter, Präsident des Bauernverbandes (SBV), die Lage in der Landwirtschaft. Zu den Herausforderungen zählte er die geplante Aufhebung der Milchkontingente, den Spardruck des Bundes, die Bilateralen I mit der Liberalisierung des Käsehandels und die WTO-Forderungen nach dem Abbau der Zölle, was Ausfälle von 1,5 bis 2,5 Milliarden bringt. Gleichzeitig forderten Tierschützer und Konsumentenschutz immer schärfere Vorschriften.

Als Reaktion darauf hat der SBV ein Massnahmenpaket vorgelegt, das die Bauern in die Lage versetzen soll, die Probleme zu meistern. Im Kern geht es um zwei Dinge: mehr unternehmerische Freiheit und weniger Staat: Den unternehmerischen Spielraum sehen die Bauern durch unnötige Vorschriften und Kontrollen eingeschränkt. Die Forderungen:

- Vereinfachungen in Raumplanung und Baurecht. Das soll es den Bauern erleichtern, in den Agrotourismus einzusteigen. Auch sollen Bau- und Zonenvorschriften gelockert werden.
- Erleichterte Rekrutierung von ausländischen Arbeitern. Der SBV ist für die Erweiterung der Personenfreizügigkeit.
- Lockerung des Marken- und Kartellschutzes beim Import von Futter- und Düngemittel.
- Lockerung bei den Tierhaltevorschriften. Für tierschützerisch motivierte Umbauten soll eine Übergangsfrist gelten.

- Reduktion der ökologischen Kriterien, die zum Bezug von Direktzahlungen berechtigen.

- Reduktion der Kontrollen zur Einhaltung der Umwelt- und Tierschutzvorschriften.

Insgesamt erhofft sich der SBV von den vorgeschlagenen Massnahmen einen finanziellen Nutzen «von weit über 500 Millionen Franken jährlich», wie SBV-Direktor Bourgeois sagte. Direkte Steuererleichterungen fordert der SBV in den folgenden Bereichen:

- Befreiung der Liquidationssteuer bei Betriebsaufgabe;
- Befreiung von der LSVA;
- Befreiung der Vorleistungen von der Mehrwertsteuer;
- Befreiung der Dieselfahrzeuge von der Mineralölsteuer;
- Befreiung der Landwirtschaft von einer CO₂-Abgabe;
- Prämienverbilligung bei der Hagelversicherung.

Schliesslich fordert der Bauernverband, dass bei der Bemessung allfälliger Sozialleistungen das im Betrieb gebundene Vermögen nicht angerechnet wird.

Michael Müller/Bern

Meinung
Hauptblatt

Pfui, ein Raucher!

von Walter Langenegger

Keine Frage, Rauchen ist der Gesundheit alles andere als zuträglich. Wer die Zigarette trotzdem nicht lassen kann, riskiert einiges: Raucherbeine, Krebs, Herzinfarkt, geringere Lebenserwartung. Aufklärung und Prävention ist daher richtig, vor allem bei Jugendlichen. Trotzdem sind hinter der gegenwärtigen Anti-Tabak-Politik der Behörden Fragezeichen anzubringen.

Vom modernen Menschen erwarten wir Selbstverantwortung. Wir trauen ihm zu, dass er sein Leben ohne fremde Hilfe zu meistern weiss, dass er im Beruf besteht, für die Familie sorgen kann und als Staatsbürger handelt. Doch gehts ums Rauchen, scheint der Staat an der Mündigkeit der Menschen zu zweifeln. So beschloss der Bundesrat, dass künftig mit noch krasserem Hinweis als bisher auf dem Päckli vor der Tödlichkeit des blauen Dunstes gewarnt wird - als ob die Raucher dies nicht selber wüssten. Und die Tessiner Regierung plant, den Restaurants vorzuschreiben, die Raucher von den übrigen Gästen zu separieren - als ob die Wirte nicht selber entscheiden könnten, welche Kunden sie wollen, rauchende oder nicht rauchende.

Damit droht der Staat eine Grenze zu überschreiten - jene zwischen legitimer Prävention und unzulässiger Bevormundung. Was als behördliche Aufklärung gedacht ist, gerät immer mehr zu einer Denunzierung der Raucher. Deren Verhalten wird als fehlbar stigmatisiert und als Belastung für die Gesellschaft geächtet. Die Gesundheitsbehörde schwingt sich zum Erzieher auf und macht den Raucher zu einem Menschen, der mit sozialem Druck zu «läutern» ist.

Der Staat als moralische Instanz, die uns sagt, wie wir mit unserem Leben umzugehen haben? Das passt schlecht ins Bild einer liberalen Gesellschaft. Diese zeichnet sich gerade dadurch aus, dass sie nicht vom perfekten Menschen ausgeht. Das heisst nicht, dass nicht Rücksicht zu nehmen ist auf die Nicht-Raucher. Aber Hand aufs Herz: Letztlich ist das Rauchen ein Problem der Raucher. Sie wissen, was sie tun und tragen die Folgen. Das ist ihre Sache - nicht unsere.

w.langenegger@tagblatt.ch

Rorschach und Umgebung
 Hauptblatt

Für und wider «Zukunft St. Gallen»

Ein Podiumsgespräch im Stadthofsaal mit Befürwortern und Gegnern

Rorschach. Die CVP der Region hatte auf Mittwoch Befürworter und Gegner des «Fonds Zukunft St. Gallen» zu einem Podiumsgespräch eingeladen.

Peter Beerli

War es die amerikanische Präsidentenwahl, waren es vom Fernsehen übertragener Fussball, dass CVP-Präsident Alex Nietlisbach aus Untereggen nicht mehr Leute zum von «Tagblatt»-Redaktor Walter Langenegger geleiteten Gespräch begrüßen konnte? Neben Leuten von der einladenden CVP waren vorwiegend SVP-Anhänger gekommen. Sie nützten die Gelegenheit, ihre gegnerischen Flyers grosszügig auf den Tischen zu verteilen.

Kein Gewerkschafter

Offenbar weil sich von den gegnerischen Gewerkschaften kein Teilnehmer hatte finden lassen, hatte man gleich zwei SVP-Vertretern die Gelegenheit gegeben, ihre Meinung kundzutun: den Kantonsräten Markus Blum aus Mörschwil und Michael Götte aus Steinach. Doch beide verstanden es nicht, verständlich zu machen, was sie und ihre Partei eigentlich wollen. Ihnen standen im Gespräch die Fraktionschefs Hans Fässler von der SP und Andreas Hartmann von der FDP und der der CVP angehörende Regierungspräsident Josef Keller gegenüber.

Mit «Herzblut», wie er es selber nannte, stellte Departementssekretär Hans Schmid vom Kantonalen Volkswirtschaftsdepartement die Idee eines «Fonds Zukunft St. Gallen» vor, über den am 28. November abgestimmt wird. Dank ausserordentlicher Erträge aus den Beteiligungen an der St. Galler Kantonalbank und den St. Gallisch-Appenzellischen Kraftwerken erhält der Kanton die Möglichkeit, Gelder für Zukunftsinvestitionen zu reservieren und diese dann in Bildung, Forschung, Innovation und Kultur einzusetzen. Der Kanton Sankt Gallen sei ein starker Wirtschaftsfaktor im internationalen Bodenseeraum und zeichne sich aus durch eine hohe Schaffenskraft der Menschen und der innovativen Unternehmen. Der Konkurrenzkampf anderer Regionen nehme aber laufend zu. St. Gallen brauche darum gerade jetzt wegweisende Investitionen in Bildung, Forschung, Innovation und Kultur.

Noch ist nichts verteilt

Der Departementssekretär nannte verschiedene Beispiele, wie diese Mittel eingesetzt werden könnten; Beispiele, die schon früher genannt wurden, als die Ideen dem Parlament vorgelegt worden waren. Diese Ideen liessen die SVP-Leute aufhorchen, die daran erinnerten, dass es ihre Partei war, die zusammen mit einem Teil der Gewerkschaften die Sache erst vors Volk gebracht hatten. Sie stellten die Vermutung auf, man habe schon vor dieser Abstimmung in den verschiedenen Regionen «Zückerli» versprochen und die 250 Millionen Franken, um welche es geht, mit diesen Versprechungen schon halbwegs verteilt.

Dieser Vermutung widersetzte sich Regierungspräsident Joe Keller. Noch sei nichts versprochen, sagte er. Für jedes einzelne Projekt brauche es eine Vorlage, die dem Grossen Rat und von einer gewissen Grösse an auch dem Volk vorzulegen sei. Es gehe nicht um ein unkontrolliertes Verteilen, sondern die ganze Bevölkerung werde durch diese Investitionen profitieren können, versprach er. Hans Fässler von der Sozialdemokratischen Partei erinnerte daran, wie man in den letzten Jahren im Kanton gespart und gespart habe. Jetzt bekomme man endlich eine Möglichkeit, zu investieren. Andreas Hartmann ist es wichtig, dass kein zweiter Lotteriefonds entsteht, sondern in Bereiche investiert werden soll, welche die Wirtschaft fördern und hoch qualifizierte Arbeitskräfte in die Region bringen. Die Kantonsräte Markus Blum und Michael Götte, Vertreter eben jener Partei, die auf ihren Flyers kundtut, der Kanton drohe 250 Millionen Franken für einige Wenige einzusetzen, fürchteten nun plötzlich, das Geld würde im Giesskannenprinzip an zu viele verteilt. Man müsse sich auf einige wenige wichtige Projekte beschränken, die zu zusätzlichen Arbeitsplätzen und längerfristig zu einer Steuerfussenkung führen könnten, verlangten sie. «Wenn das Volk tatsächlich Ja zu dieser Vorlage sagen sollte, würden ich und meine SVP-Kollegen zu verhindern versuchen, dass das Geld zersplittert verwendet wird», sagte Michael Götte.

«Nein» wäre «Blockade»

Ein «Nein» würde für Regierungspräsident Josef Keller eine «Blockade» bedeuten und ganz sicher nicht zu einer sofortigen Steuerfussenkung führen.

Region St. Gallen
 Hauptblatt

Für und wider «Zukunft St. Gallen»

Rorschach. Die CVP der Region hatte Befürworter und Gegner des «Fonds Zukunft St. Gallen» am Mittwoch zu einem Podiumsgespräch eingeladen. War es die amerikanische Präsidentenwahl, war es vom Fernsehen übertragener Fussball, dass CVP-Präsident Alex Nietlisbach aus Untereggen nicht besonders viele Interessierte zum Gespräch begrüssen konnte, das von «Tagblatt»-Redaktor Walter Langenegger geleitet wurde? Neben Leuten der einladenden CVP waren vor allem SVP-Anhänger gekommen. Sie nützten die Gelegenheit, ihre Flyers grosszügig auf den Tischen zu verteilen.

Gegner im Abseits

Weil sich von den gegnerischen Gewerkschaften kein Podiumsteilnehmer hatte finden lassen, erhielten gleich zwei SVP-Vertreter Gelegenheit, ihre Meinung kundzutun: die Kantonsräte Markus Blum aus Mörschwil und Michael Götte aus Steinach. Doch beide verstanden es nicht, verständlich zu machen, was sie und ihre Partei eigentlich wollen. Ihnen standen im Gespräch Regierungspräsident Josef Keller sowie die Kantonsräte Hans Fässler (SP) und Andreas Hartmann (FDP) gegenüber. Und mit «Herzblut», wie er es nannte, stellte Hans Schmid, Sekretär im Kantonalen Volkswirtschaftsdepartement, den «Fonds Zukunft St. Gallen» vor, über den am 28. November abgestimmt wird. Dank ausserordentlicher Erträge aus den Beteiligungen an der St. Galler Kantonalbank und den St. Gallisch-Appenzellischen Kraftwerken erhält der Kanton die Möglichkeit, Gelder für Zukunftsinvestitionen zu reservieren und

diese in Bildung, Forschung, Innovation und Kultur einzusetzen. Der Kanton Sankt Gallen sei ein starker Wirtschaftsfaktor im internationalen Bodenseeraum und zeichne sich aus durch eine hohe Schaffenskraft der Menschen und der innovativen Unternehmen. Der Konkurrenzkampf anderer Regionen nehme aber laufend zu. St. Gallen brauche darum gerade jetzt wegweisende Investitionen.

Noch ist nichts verteilt

Der Departementssekretär nannte Beispiele, wie diese Mittel eingesetzt werden könnten; Beispiele, die schon früher genannt wurden, als die Ideen dem Parlament vorgelegt worden waren. Diese Ideen liessen die SVP-Leute aufhorchen, die daran erinnerten, dass es ihre Partei war, die zusammen mit einem Teil der Gewerkschaften die Sache erst vors Volk gebracht hatten. Sie stellten die Vermutung auf, man habe schon vor dieser Abstimmung «Zückerli» versprochen und die 250 Millionen Franken, um welche es geht, mit diesen Versprechungen schon halbwegs verteilt.

Dieser Vermutung widersetzte sich Regierungspräsident Josef Keller. Noch sei nichts versprochen, sagte er. Für jedes einzelne Projekt brauche es eine Vorlage, die dem Grossen Rat und ab einer gewissen Grösse dem Volk vorzulegen sei. Es gehe nicht um ein unkontrolliertes Verteilen, sondern die ganze Bevölkerung werde durch diese Investitionen profitieren, versprach er. Hans Fässler erinnerte daran, dass der Kanton endlich eine Möglichkeit bekomme zu investieren. Andreas Hartmann ist es wichtig, dass in Bereiche investiert wird, welche die Wirtschaft fördern und hoch qualifizierte Arbeitskräfte in die Region bringen. (pb)

Meinung
Hauptblatt

Besonnenheit statt Terrorhysterie

von Walter Langenegger

Die Affäre um Mohammed Achraf hat es einmal mehr klar vor Augen geführt: Der internationale Terrorismus tangiert auch die Schweiz. Zwar müssen wir nicht mit Terror im eigentlichen Sinn rechnen. Aber die Gefahr besteht, dass unser Land von islamistischen Extremisten immer wieder als logistische Basis und Rückzugszone missbraucht wird.

Machtlos sind die Behörden zwar nicht. Justizminister Christoph Blocher konnte nachvollziehbar und glaubhaft darlegen, dass die Staatsschützer im Fall des mutmasslichen Terrordrahtziehers Achraf besser gearbeitet haben, als ihnen nachgesagt wurde. Trotzdem: Die Informationspannen, die dabei passierten, sind vielen ein Anlass, mehr Mittel und Möglichkeiten für die Nachrichtendienste zu fordern.

Das ist zwar verständlich, aber nicht unproblematisch. Denn die Furcht vor Gewalt macht zuweilen blind fürs richtige Mass an Schutzvorkehrungen. Wer mehr Kompetenzen für den Staatsschutz will, für präventive Überwachung und Kontrolle einsteht und nachrichtendienstliche Machtkonzentration verlangt, der leistet gewollt oder ungewollt dem Polizeistaat Vorschub. Welche bedenkliche Entwicklung daraus für den

liberalen Rechtsstaat resultieren kann, haben wir schon einmal erlebt - mit der Fichenaffäre.

Wer sich dessen bewusst ist, kann sich daher nur dem anschliessen, was Blocher diese Woche sagte: Er wehre sich dagegen, «dass man in einer gewissen Terrorismushysterie jeden, den man irgendwie verdächtigen kann, unverzüglich und blindlings verfolgt». Der Justizminister macht zu Recht klar: Der liberale Rechtsstaat hat die Persönlichkeitsrechte stärker zu gewichten als die Erfordernisse der Geheimdienste; er hat den Bürgern zu dienen, ohne sie zu überwachen, hat sie zu schützen, ohne sie zu verfolgen.

Meint Blocher es ernst mit seiner Mahnung, sind die anstehenden Staatsschutzreformen in guten Händen. Denn der Wille, die Persönlichkeitsrechte zu respektieren, ist die beste Richtschnur dafür, die Terrorabwehr auf eine Weise auszugestalten, dass sie den freiheitlichen Rechtsstaat nicht unterhöhlt.

w.langenegger@tagblatt.ch

Inland
 Hauptblatt

Nur noch Vollprofis als Parteichefs?

Rolf Schweigers Rücktritt löst erneute Debatte über Professionalisierung des Politsystems aus

Der Fall Schweiger bestätigt, was Polit-Beobachter seit langem konstatieren: Wer hierzulande eine Partei führen will, lässt sich auf einen Verschleissjob ein. Das Amt verlangt viel - und gibt wenig zurück. Ein Parteichef muss medial permanent präsent sein, kann sich dabei aber nicht auf einen professionellen Apparat stützen. Er muss nach innen integrieren und die Partei zusammenhalten, verfügt aber nicht über die nötigen Sanktionsmittel und Kompetenzen. Er muss vollen Einsatz leisten, erhält dafür aber nur einen Teilzeit-Lohn.

Vollzeitpräsidium für FDP?

«Ein unmöglicher Posten», brachte es Ex-FDP-Chef Franz Steinegger in der Sonntagspresse auf den Punkt. Dem schliesst sich FDP-Fraktionsvizechef Felix Gutzwiller an. Er will sich dafür einsetzen, dass die FDP ein Vollzeitpräsidium erhält. «Die zeitliche und materielle Unterstützung muss stimmen», sagt der Zürcher FDP-Politiker, der als Schweiger-Nachfolger gehandelt wird.

Anliegen ohne Chance

Für Silvano Möckli macht Gutzwillers Forderung viel Sinn. «In keinem vergleichbaren Land ist das Milizsystem noch so ausgeprägt wie bei uns», sagt der St. Galler Politologe, ein Experte in Sachen Milizsystem. In den Parteizentralen fehle es an allem, an Infrastruktur, Ressourcen und Personal. «Die ganze Parteiarbeit konzentriert sich auf eine Hand voll Leute.» Das liegt daran, dass es in der Schweiz keine staatliche Parteienfinanzierung gibt. Die Parteien leben von Spenden und Mitgliederbeiträgen. Und bleiben daher schwach.

Anläufe, dies zu ändern, hat es immer wieder gegeben, zuletzt vor vier Jahren. Damals versuchten die Generalsekretäre der Bundesratsparteien, die Parteienfinanzierung mit einer Studie aufs Tapet zu bringen. Doch bei den Bürgerlichen stiessen sie auf taube Ohren. «In der direkten Demokratie ist es schwierig, dem Volk zu vermitteln, dass Politik nicht gratis ist und die Parteien mit Steuergeldern alimentiert werden sollen», sagt der Berner Politologe Hans Hirter. «Parteien gelten im Volk immer noch als private Vereine.» Daher hätten die Bürgerlichen wenig Lust, sich mit dem unpopulären Thema die Finger zu verbrennen.

Eine Professionalisierung der Parteiarbeit hat in den letzten Jahren allerdings gleichwohl stattgefunden. Treibende Kraft war das Parlament. Mit einem Ausbau der Parlamentsdienste und höheren Pauschalen für die Parlamentarier sorgte es dafür, dass indirekt auch die Budgets der Parteien etwas entlastet wurden -

was sich auf die Löhne der Parteipräsidenten niederschlug: Sie verdienen heute mehr als früher. Ein Überblick:

- Die FDP zahlt ihrem Parteipräsidenten jährlich 80 000 Franken; zu Steineggers Zeiten waren es noch 50 000 Franken.
- Auch Hans-Jürg Fehr erhält mehr als seine Vorgängerin Christiane Brunner: Die SP zahlt ihm einen Lohn von 50 000 Franken und 20 000 Franken Spesen.
- CVP-Präsidentin Doris Leuthard wird - je nach Aufwand und Spesen - mit einer Gesamtsumme von 60 000 bis 80 000 Franken entlohnt.
- SVP-Präsident Ueli Maurer erhält keinen Lohn, dafür aber eine volle Spesenentschädigung, die sich laut Parteizentrale auf «unter 50 000 Franken» beläuft.

Zu berücksichtigen ist dabei, dass die Parteichefs auch Parlamentarier sind, was ihnen weitere rund 80 000 Franken einbringt. Ausserdem gehen alle noch einer beruflichen Tätigkeit nach. Einzige Ausnahme ist SP-Chef Hans-Jürg Fehr: Er übt neben seinen politischen Ämtern keinen anderen Beruf mehr aus.

Nicht finanzierbar

Was für den SP-Chef möglich ist, scheint für die bürgerlichen Parteien indes nicht machbar zu sein: dass sich ein Parteichef für gut 150 000 Franken ganz der Politik widmet. So macht CVP-Generalsekretär Reto Nause klar: «Ein Vollzeitpräsidium müsste wie ein Exekutivamt entlohnt werden» - also mindestens doppelt so hoch wie heute. Das freilich kann sich eine Partei heute nicht leisten. Denn, so Silvano Möckli: «Solche Summen sind allein mit Spenden und Mitgliederbeiträgen nicht beizubringen.»

Vorbehalte gegen Vollamt

Für CVP und SVP sprechen allerdings noch weitere Gründe gegen ein Vollzeitpräsidium: Für eine Partei sei es schwieriger, einen Präsidenten wenn nötig loszuwerden, wenn dieser finanziell von dem Amt abhängig ist, heisst es aus beiden Parteizentralen. Umgekehrt enge die Abhängigkeit den Spielraum des Parteichefs ein. Vorsichtiger indes äussert sich FDP-Vizepräsidentin Marianne Kleiner: Mit der Wahl eines neuen Präsidenten werde man auch neue Modelle fürs Präsidium prüfen - vom Rotationsprinzip bis zum Vollamt.

Walter Langenegger

Nur noch Vollprofis als Parteichefs?

Der Rücktritt von Rolf Schweiger löst erneute Debatte über Professionalisierung des Politsystems aus

Sollen Parteipräsidenten ausschliesslich für die Partei arbeiten? CVP und SVP sagen Nein, die FDP vielleicht und die SP hat das Modell bereits.

Walter Langenegger

Der Fall Schweiger bestätigt, was Polit-Beobachter seit langem konstatieren: Wer hierzulande eine Partei führen will, lässt sich auf einen Verschleissjob ein. Das Amt verlangt viel - und gibt wenig zurück. Ein Parteichef muss medial permanent präsent sein, kann sich dabei aber nicht auf einen professionellen Apparat stützen. Er muss nach innen integrieren und die Partei zusammenhalten, verfügt aber nicht über die nötigen Sanktionsmittel und Kompetenzen. Er muss vollen Einsatz leisten, erhält dafür aber nur einen Teilzeitlohn.

«Ein unmöglicher Posten», brachte es der Ex-FDP-Chef Franz Steinegger in der Sonntagspresse auf den Punkt. Dem schliesst sich FDP-Fraktionsvizechef Felix Gutzwiller an. Er will sich nun dafür einsetzen, dass die FDP ein Vollzeitpräsidium erhält (siehe dazu Kasten). Für Silvano Möckli macht Gutzwillers Forderung viel Sinn. «In keinem vergleichbaren Land ist das Milizsystem noch so ausgeprägt wie bei uns», sagt der St. Galler Politologe. In den Parteizentralen fehle es an allem, an Infrastruktur, Ressourcen und Personal. «Die ganze Parteiarbeit konzentriert sich auf eine Handvoll Leute.» Das liegt daran, dass es in der Schweiz keine staatliche Parteienfinanzierung gibt. Die Parteien leben von Spenden und Mitgliederbeiträgen. Und bleiben daher schwach.

Anläufe, dies zu ändern, hat es immer wieder gegeben, zuletzt vor vier Jahren. Damals versuchten die Generalsekretäre der Bundesratsparteien, die Parteienfinanzierung mit einer Studie aufs Tapet zu bringen. Doch bei den Bürgerlichen stiessen sie auf taube Ohren. «In der direkten Demokratie ist es schwierig, dem Volk zu vermitteln, dass Politik nicht gratis ist und die Parteien mit Steuergeldern alimentiert werden sollen», sagt der Berner Politologe Hans Hirter. «Parteien gelten im Volk immer noch als private Vereine.» Daher hätten die Bürgerlichen wenig Lust, sich an dem unpopulären Thema die Finger zu verbrennen.

Eine Professionalisierung der Parteiarbeit hat in den letzten Jahren allerdings gleichwohl stattgefunden. Treibende Kraft war das Parlament. Mit einem Ausbau der Parlamentsdienste und höheren Pauschalen für die Parlamentarier sorgte es dafür, dass indirekt auch die Budgets der Parteien etwas entlastet wurden - was sich auf die Löhne der Parteipräsidenten niederschlug: Sie verdienen heute mehr als früher. Ein Überblick:

Die FDP zahlt ihrem Parteipräsidenten jährlich 80 000 Franken; zu Steineggers Zeiten waren es noch 50 000 Franken. Auch Hans-Jürg Fehr erhält mehr als seine Vorgängerin Christiane Brunner: Die SP zahlt ihm einen Lohn von 50 000 Franken und 20 000 Franken Spesen. CVP-Präsidentin Doris Leuthard wird - je

nach Aufwand und Spesen - mit einer Gesamtsumme von 60 000 bis 80 000 Franken entlohnt. SVP-Präsident Ueli Maurer erhält keinen Lohn, dafür aber eine volle Spesenentschädigung, die sich laut Parteizentrale auf «unter 50 000 Franken» beläuft.

Zu berücksichtigen ist dabei, dass die Parteichefs auch Parlamentarier sind, was ihnen weitere rund 80 000 Franken einbringt. Ausserdem gehen alle noch einer beruflichen Tätigkeit nach. Einzige Ausnahme ist SP-Chef Hans-Jürg Fehr: Er übt neben seinen politischen Ämtern keinen anderen Beruf mehr aus.

Was für den SP-Chef möglich ist, scheint für die bürgerlichen Parteien indes nicht machbar zu sein: So macht CVP-Generalsekretär Reto Nause klar: «Ein Vollzeitpräsidium müsste wie ein Exekutivamt entlohnt werden» - also mindestens doppelt so hoch wie heute. Das freilich kann sich eine Partei heute nicht leisten. Denn, so Silvano Möckli: «Solche Summen sind allein mit Spenden und Mitgliederbeiträgen nicht beizubringen.» Für CVP und SVP sprechen allerdings noch weitere Gründe gegen ein Vollzeitpräsidium: Für eine Partei sei es schwieriger, einen Präsidenten wenn nötig loszuwerden, wenn dieser finanziell von dem Amt abhängig ist, heisst es. Umgekehrt enge die Abhängigkeit den Spielraum des Parteichefs ein. Vorsichtiger indes äussert sich FDP-Vizepräsidentin Marianne Kleiner: Mit der Wahl eines neuen Präsidenten werde man auch neue Modelle fürs Präsidium prüfen - vom Rotationsprinzip bis zum Vollamt.

«Geeigneter als ich»

Alles unter Kontrolle, kein Grund zur Hektik: Die FDP ist seit dem unerwarteten Rücktritt ihres Präsidenten Rolf Schweiger sichtlich bemüht, unablässig diese Botschaft zu verbreiten. So auch gestern wieder nach der Sitzung der FDP-Geschäftsleitung. Alles laufe weiter wie bisher, sagte Vizepräsidentin Marianne Kleiner, die zur Interimspräsidentin ernannt wurde. Die Partei wolle dem von Schweiger proklamierten Kurs treu bleiben - rigid in der Finanz- und Steuerpolitik, offen in der Gesellschaftspolitik. Auch die aufgegleiste Arbeit für ein neues Parteiprogramm laufe weiter. Kleiner bemühte das Bild vom Dampfer, der auf Kurs sei, auch wenn der Kapitän von Bord gegangen ist.

Die Präsidenten-Nachfolge wird von einer fünfköpfigen «Findungskommission» an die Hand genommen. Ziel ist es, bis im April 2005 einen Nachfolger oder eine Nachfolgerin zu finden. Geleitet wird die Kommission vom Glarner Ständerat Fritz Schiesser. Die weiteren Mitglieder sollen bis in zehn Tagen feststehen.

Schiesser aus dem Rennen

Ständeratspräsident Schiesser, der zum weiteren Favoritenkreis gezählt worden war, nahm sich als Evaluationsverantwortlicher selber aus dem Nachfolgerennen. Die weiteren valablen

Kandidaten halten sich weiterhin bedeckt, wie dies von der Parteispitze verordnet wurde. Der Zürcher Felix Gutzwiller, für viele Wunschkandidat, relativierte seine Ambitionen jedoch mit der Aussage, der neue Präsident müsse über viel Zeit verfügen -

was der viel beschäftigte Gutzwiller gerade nicht hat. Und auch Marianne Kleiner, die vom Ruf als Saniererin der Ausserrhoder Kantonsfinanzen zehrt, gibt sich betont defensiv: «Wir haben geeignetere Kandidaten, als ich es bin.» (soh)

Inland
Hauptblatt

Kommentar

Familienpolitik ist nicht kostenlos

Der Bundesrat gibt sich oft und gern familienfreundlich. Aber wenns darauf ankommt, bleibt er den Tatbeweis schuldig, wie sich gestern zeigte. Zwar spricht er sich - endlich! - für eine Vereinheitlichung der Kinderzulagen aus. Doch was die nationalrätliche Sozialkommission fordert - eine Kinderzulage von 200 Franken und eine Ausbildungszulage von 250 Franken -, lehnt er als zu teuer ab. Das aber ist wenig konsequent.

Hand aufs Herz: Wer es mit der Familienförderung ernst meint, muss dafür sorgen, dass die Familienbudgets entlastet werden. Der Druck auf jene, die Kinder grossziehen, ist seit den 90er-Jahren massiv gestiegen. Alle Studien zeigen: Immer mehr Familien müssen den Gürtel enger schnallen, ein Teil ist gar armutsgefährdet - und das in einem reichen Land. Das beste Mittel, dem entgegenzuwirken, sind einheitliche und höhere Kinderzulagen für alle. Denn sie bringen den Familien mit mittleren und tiefen Einkommen ein wichtiges Stück materielle Sicherheit.

Dass dies kostet, ist klar. Natürlich führen höhere Zulagen dazu, dass die Unternehmen finanziell stärker belastet werden. Nur darf nicht so getan werden, als ob diese Mittel ökonomisch unnütz verpufften. Im Gegenteil: Familien konsumieren. Weil Kinder einen Bedarf schaffen, fliesst das Einkommen mehr oder weniger restlos in den Lebensunterhalt. Damit ist jeder Franken, den die Familien erhalten, ein Konsumfranken. Und Konsum bringt bekanntlich Wachstum.

200 bzw. 250 Franken pro Kind: Dieses Minimum zu realisieren heisst, die richtige Priorität zu setzen. Wir können auf vieles verzichten - nicht aber darauf, in die Kinder und damit in die Zukunft zu investieren. Walter Langenegger

w.langenegger@tagblatt.ch

Meinung
Hauptblatt

Demokratie heisst reden - nicht schweigen

von Walter Langenegger

Ist die Schweiz demokratiepolitisch eine Bananenrepublik? Zumindest die Promotoren der Initiative «Volksouveränität statt Behördenpropaganda» sehen das so. Sie sprechen von «systematischer Manipulation» und verlangen, dass der Bundesrat künftig vor Volksabstimmungen zu schweigen hat. Eine Forderung freilich, die polemisch und kontraproduktiv ist.

Polemisch, weil die Gefahr von Staatspropaganda wohl nirgends so gering ist wie bei uns. Behördliche Manipulation bedingt, dass eine Regierung gleichgeschaltet ist. Unser Bundesrat jedoch ist das Gegenteil davon: Er stellt eine All-Parteien-Regierung dar, in der alle Widersprüche und Konflikte des Landes vereint sind und in der sich deswegen die einzelnen Regierungsmitglieder dauernd gegenseitig auf die Finger schauen. Das macht es

faktisch unmöglich, den Staatsapparat für Propaganda zu missbrauchen.

Kontraproduktiv ist der verlangte Maulkorb, weil damit im entscheidenden Moment ausgerechnet jene Instanz ausgeschaltet wird, die als einzige dem Ganzen dient und dem Gemeinwohl verpflichtet ist. Der politischen Auseinandersetzung wird somit ein wichtiges Korrektiv entzogen, was der Meinungsbildung alles andere als förderlich ist.

Etwas Gutes hat die Initiative gleichwohl: Die Debatte, die sie auslöst, stärkt vielleicht die Einsicht darüber, was Demokratie heisst: nicht schweigen müssen, sondern reden dürfen.
w.langenegger@tagblatt.ch

Hintergrund
 Hauptblatt

Föderalismus oder Kantönligeist?

SP-Fraktionschefin Hildegard Fässler befürchtet, dass der neue Finanzausgleich dem Kantönligeist Vorschub leistet, der St. Galler CVP-Finanzdirektor Peter Schönenberger erhofft sich indes eine Erneuerung des Föderalismus. Ein Streitgespräch.

Frau Fässler, die SP kämpft gemeinsam mit der Steueroase Zug und der Zürcher SVP gegen den neuen Finanzausgleich. Fühlen Sie sich wohl in dieser Allianz?

Hildegard Fässler: Mir ist egal, wer sonst noch aus anderen Gründen dagegen ist. Falsch finde ich, dass die Zürcher SVP und Zug die Vorlage aus rein egoistischen Motiven ablehnen.

Was sind denn Ihre Argumente gegen den neuen Finanzausgleich?

Fässler: Erstens bringt er nicht das, was versprochen wurde: An der unterschiedlichen Steuerbelastung ändert sich wenig, der Mörschwiler wird bei gleichem Einkommen weiterhin viel weniger Steuern zahlen als der Kandersteger. Zweitens kommt es zu einem Sozialabbau, vor allem in der Behindertenbetreuung. Drittens: Statt sinnvoller Bundeslösungen werden die Kantone gezwungen, wenig demokratische Konkordate zu vereinbaren.

Herr Schönenberger, verspricht die geplante Reform mehr, als sie zu halten vermag?

Peter Schönenberger: Wir haben nie versprochen, den Steuerwettbewerb zu beseitigen. Das will die SP, nicht wir. Tatsache ist: Die Unterschiede zwischen den Kantonen wuchsen in den letzten fünfzehn Jahren so stark, dass sie nicht mehr akzeptierbar sind. Mit dem neuen Finanzausgleich ändern wir das. Wir stellen den Steuerwettbewerb auf eine fairere Basis, indem wir das System transparenter machen und die Unterschiede verringern.

Bringt das eine Angleichung der Steuersätze?

Schönenberger: Das hängt davon ab, was die Kantone tun. Wenn zum Beispiel der steuergünstige Kanton Zug als Nettozahler die Steuern erhöht, statt Ausgaben zu kürzen, und der Jura als Nehmerkanton mit dem Geld, das er erhält, die Steuern senkt, kommt es zu einer Annäherung. Aber wir können den Kantonen nichts vorschreiben.

Fässler: Das ist eine Illusion. Es wird weiterhin so sein, dass die Menschen bei einem Wohnortwechsel je nachdem mehr oder weniger Steuern zahlen. Gleichzeitig wird die Kantonalisierung (Delegation von Aufgaben an die Kantone; Red.) dazu führen, dass die Unterschiede noch grösser werden. Wir aber wollen etwas anderes: mehr Solidarität.

Schönenberger: Frau Fässler geht von einem ganz anderen Staatsverständnis aus als ich. Wer einen föderalen Staat will, akzeptiert Unterschiede bei den Leistungen. Dies rechtfertigt auch unterschiedliche Steuersätze.

Fässler: Allerdings bedeuten höhere Steuern längst nicht immer auch bessere Leistungen. Wo bleibt da der Ausgleich?

Schönenberger: Im Föderalismus findet der Ausgleich nicht über die Steuern statt, sondern indem wir Kantonen mit

Standortnachteilen mehr frei verfügbare Mittel geben, damit sie fähig sind, ihre Aufgaben zu erfüllen - und dies ohne übermässige steuerliche Belastung.

Frau Fässler, tatsächlich führt der neue Finanzausgleich dazu, dass die sieben reichsten Kantone die Kassen der übrigen Kantone füllen. Ist das zu wenig solidarisch?

Fässler: Zugegeben, sowohl der Lasten- als auch der Ressourcenausgleich sind gute Instrumente. Nur ändert das nichts am Endresultat. Weil viele Aufgaben kantonalisiert werden, nehmen die kantonalen Unterschiede zu.

Sie befürchten also einen generellen Leistungsabbau?

Fässler: Ja, Beispiel Behindertenheime: Heute gelten überall die gleichen Standards, neu wird das nicht mehr der Fall sein. Denn wenn der Jura - um bei Herrn Schönenbergers Bild zu bleiben - mit dem Geld, das er erhält, die Steuern senken soll, bleibt nichts mehr, um die Behindertenheime zu finanzieren.

Schönenberger: Ein Gegenbeispiel: Vor zehn Jahren hat sich der Bund aus der Finanzierung der Altersheime zurückgezogen und die Aufgabe kantonalisiert. Sind Ihnen, Frau Fässler, je Klagen zu Ohren gekommen, die Kantone hätten die Alten im Stich gelassen und seien ihren Verpflichtungen nicht nachgekommen?

Fässler: Die finanzielle Situation war damals eine andere. Inzwischen aber wird ein Sparpaket nach dem anderen geschnürt und vor nichts Halt gemacht ...

Schönenberger: Ach was, das Beispiel zeigt vielmehr: Es gibt keinen Grund, daran zu zweifeln, dass die Kantone mindestens so verlässlich im Behindertenwesen tätig sein können wie heute die Invalidenversicherung.

Herr Schönenberger, inwieweit besteht die Gefahr, mit der Kantonalisierung dem Kantönligeist Vorschub zu leisten?

Schönenberger: Ich bin gegen den Kantönligeist, aber für den Föderalismus. Föderalismus heisst, dass nur jene Aufgaben an den Bund delegiert werden, die notwendigerweise zentral zu erfüllen sind, und dass alles andere auf Stufe Gemeinde und Kanton bleibt. Ich will wenig zentralisieren, Frau Fässler möglichst viel.

Fässler: Ja, weil es nicht sein darf, dass es einen Unterschied macht, ob zum Beispiel ein Kind links oder rechts einer Kantongrenze aufwächst.

Schönenberger: Um das zu verhindern, wurden Sicherungen eingebaut - mit Übergangsregelungen und einem Rahmengesetz, das im Behindertenbereich Mindeststandards vorsieht.

Frau Fässler: Was wäre die Alternative? Eine materielle Steuerharmonisierung?

Fässler: Sie wäre sinnvoll, weil damit überall etwa die gleichen Steuersätze gelten würden. Allerdings hat das wenig mit dem Finanzausgleich zu tun. Das Problem ist, dass hier gute Elemente mit einer falschen Aufgabenverteilung verknüpft wurden.

Schönenberger: Es geht gar nicht anders. Jeder Finanzausgleich beginnt mit der Aufgabenverteilung. Je mehr Aufgaben die obere

Ebene erfüllt, desto weniger ist ein finanzieller Ausgleich nötig. Daher ist eine Verknüpfung richtig. Und zur Steuerharmonisierung: Die Folge davon wäre eine Steuersatz-Nivellierung nach oben, nicht nach unten. Wir zahlten am Schluss sicher mehr statt weniger Steuern.

Frau Fässler, Sie sagen es selbst: Der Finanzausgleich hat auch positive Seiten. Gewichten Sie die Kantonalisierung im Behindertenbereich nicht zu stark und verlieren das Ganze aus den Augen?

Fässler: Nein, es ist eine unheilvolle Mischung wie damals beim Steuerpaket. Nur dass diesmal nicht eine Mehrheit, sondern mit den Behinderten eine Minderheit den ganzen Preis zahlen soll.

Schönenberger: Die müssen gar nichts bezahlen.

Fässler: Doch, es ist genau der Bereich der IV, der zu kurz kommen wird, wenn die Kantone das Geld für Steuersenkungen statt für die Behinderten brauchen.

Letztlich geht es also um die Frage, ob diese Kantonalisierung überhaupt Sinn macht oder nicht.

Schönenberger: Jawohl, und es macht Sinn! Was wir vorschlagen, ist sehr zweckmässig. Schon heute schreibt die Verfassung vor: «Der Bund fördert die Eingliederung Invalider.» Und was passiert? Wir haben seit Jahren eine Ausgliederung. Heute schickt die Schulbehörde ein IV-berechtigtes Kind nur schon deshalb in die Sonderschule, weil die IV vollumfänglich zahlt und sich die Schulgemeinde so entlasten kann. Das ist ein absurder Anreiz. Neu wäre der Kanton für beides zuständig und hätte die Chance, das Kind besser zu integrieren.

Diese Meinung teilt beispielsweise auch die St. Galler SP-Regierungsrätin Katrin Hilber. Wie erklären Sie sich das, Frau Fässler?

Fässler: Ich kann es mir nicht erklären. Gerade in Kantonen wie St. Gallen nicht, wo ein Sparpaket nach dem andern geschnürt wird. Es fehlt mir nicht am Vertrauen in die Kantonsregierungen, die allenfalls guten Willens sind. Aber ich glaube nicht, dass die bürgerlich dominierten Parlamente ihnen folgen würden.

Sie haben mehr Vertrauen ins Bundesparlament?

Fässler: Ich verstehe nicht, dass man ein System kantonalisiert, das heute auf nationaler Ebene einen Leistungsstandard für alle garantiert. Es wird Gewinner und Verlierer geben.

Schönenberger: Selbst Behinderte bestreiten, dass das heutige System gut funktioniert.

Man sagt, die Kantone könnten die Aufgabe besser erfüllen, weil sie näher an den Menschen sind.

Fässler: Ach so? Und dass man dann 26 verschiedene Lösungen hat, das findet man gut?

Schönenberger: Nein, es wird im Behindertenwesen nicht 26, sondern eine individuelle Lösung für jedes Kind geben.

Fässler: Dann können wir auch genausogut bei der Bundeslösung bleiben.

Schönenberger: Das Problem im Behindertenwesen ist, dass es hunderte Arten von Behinderungen gibt. Appenzell Innerrhoden zum Beispiel kann nicht für alle ein Heim haben. Darum gibt es interkantonale Vereinbarungen.

Garantiert das aber, dass die Gelder nicht doch in Strassen oder Steuersenkungen fliessen werden?

Schönenberger: Die Kantone sind bereits heute für die Integration jener Kinder verantwortlich, die nicht IV-berechtigt sind, und nehmen ihre Verantwortung voll wahr. Warum also sollen sie das nicht auch mit den IV-berechtigten Kindern tun?

Fässler: Weil im Abstimmungsbüchlein klar gesagt wird, was mit den freien Mitteln zu tun sei: Erstens Schulden abbauen, zweitens Steuern senken und erst drittens die neuen Leistungen finanzieren. Davor habe ich Angst.

Herr Schönenberger, sind Frau Fässlers Befürchtungen also doch berechtigt?

Schönenberger: Nein. Denn wenn man Effizienzgewinne realisieren kann, braucht es auch nicht zwingend gleich viel Geld.

Herr Schönenberger, wie bürgen Sie dafür, dass das Leistungsniveau beibehalten wird?

Schönenberger: Man muss nicht die Leistung, sondern das Wirkungsniveau garantieren!

Fässler: Ja. Aber es wird in Mörschwil und Kandersteg unterschiedliche Leistungen geben.

Zum Schluss, Frau Fässler: Was geschieht bei einem Ja zum neuen Finanzausgleich?

Fässler: Die Unterschiede im Land werden sich weiter vergrössern, weil mit der Kantonalisierung Mittel frei werden, die jeder Kanton ganz anders nutzt.

Ein fruchtbarer Boden für die materielle Steuerharmonisierung?

Fässler: Unsere Initiative kommt so oder so ...

Herr Schönenberger, was passiert bei einem Nein?

Schönenberger: Das wäre schlimm, weil unter dem geltenden Ausgleichssystem die Unterschiede in der finanziellen Leistungsfähigkeit der Kantone bereits ins Unerträgliche gewachsen sind.

Gesprächsführung:

Walter Langenegger, Heidi Gmür

Bilder: Hanspeter Schiess

Peter Schönenberger: «Wir stellen den Föderalismus auf eine fairere Basis und verringern die Unterschiede.»

Hildegard Fässler: «Die Unterschiede zwischen den Kantonen werden nicht kleiner, sondern grösser.»

Was die NFA-Vorlage will

Am 28. November befindet das Volk über die Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA). Sie verfolgt zwei Ziele. Erstens eine Entflechtung jener 35 Aufgaben, für die Bund und Kantone bisher gemeinsam verantwortlich waren. Für sieben dieser Aufgaben wie etwa die individuellen IV- und AHV-Leistungen (Renten) ist künftig allein der Bund zuständig, elf Aufgaben, darunter die kollektiven IV-Leistungen (Behindertenheime, Sonderschulung), übernehmen die Kantone. Zweitens sollen mit dem neuen Finanzausgleich die Unterschiede zwischen den ressourcenschwachen (z.B. SG oder BE) und den ressourcenstarken (z.B. ZH oder SZ) dank Geldtransfers vom Bund an die Kantone, aber auch zwischen den Kantonen ausgeglichen werden. (gmü)

Inland
Hauptblatt

Kommentar

Lieber den Spatz in der Hand . . .

Familienpolitisch stimmt die Richtung, doch bei der Umsetzung sind Fragezeichen anzubringen: Auf diesen Nenner lässt sich der Kompromiss der sozialpolitischen Ständeratskommission zur Kinder-Prämienverbilligung bringen.

In die richtige Richtung geht er, weil Familien mit Kindern mehr als alle anderen unter der Prämienlast leiden. Ihnen die Hälfte der Kinderbeiträge zu erlassen heisst, Ernst zu machen mit der Familienförderung. Zudem gelingt es mit dem gewählten Modell, nicht nur etwas für Familien der Unter-, sondern auch der Mittelschicht zu tun. Während nämlich den unteren Schichten die Prämien bereits heute stark subventioniert werden, fallen die Mittelschichtfamilien zwischen Tisch und Stuhl. Denn mit dem neuen Krankenversicherungsgesetz zahlen sie höhere Prämien, ohne aber von der Prämienverbilligung profitieren zu können. Das lässt sich mit dem neuen Modell etwas korrigieren.

Fragwürdig ist indes, dass es den Kantonen überlassen wird zu bestimmen, wo die Grenze zwischen der Mittelschicht- und der reichen Familie liegt und wie viel Mittel für die Kindervergünstigungen aufzuwenden sind. Die Folgen davon: 26 Systeme mit entsprechender Bürokratie, Verzerrungen in der Familienförderung und die Gefahr, dass die Kantone auf Kosten der Prämienverbilligung Finanzpolitik betreiben.

Freilich gilt auch hier: Lieber den Spatz in der Hand als die Taube auf dem Dach. Für die Familien ist dieser Kompromiss allemal besser als weitere fruchtlose und jahrelange Debatten ums richtige Modell.

Walter Langenegger

w.langenegger@tagblatt.ch

Inland
 Hauptblatt

Wer will den Staatsbankrott?

Neue Finanzordnung

von Walter Langenegger

Keine provozierenden Plakate und zweifelhaften Inserate, keine polemischen TV-Debatten und platten Stammtisch-Sprüche, keine rührigen Gegenkomitees und organisierten Leserbrief-Kampagnen: Am 28. November ist die Stimmbürgerschaft mit der Vorlage zur neuen Finanzordnung - nicht zu verwechseln mit dem neuen Finanzausgleich! - zwar aufgerufen, über Steuereinnahmen von jährlich 30 Milliarden Franken zu befinden. Trotzdem scheint das fast niemanden zu kümmern. Kaum jemand spricht über die Reform, und bekämpfen will sie erst recht keiner. Und das ist auch gut so. Denn es gibt in der Tat keinen vernünftigen Grund, gegen die neue Finanzordnung zu stimmen. Warum?

Erstens deswegen nicht, weil eine Ablehnung unseren Bundesstaat an den Rand des Bankrotts treiben und ihn zu finanzpolitischen Feuerwübungen zwingen würde. Die Finanzordnung sichert dem Bund nämlich 60 Prozent seiner Einkünfte, indem sie ihm erlaubt, die direkte Bundessteuer sowie die Mehrwertsteuer zu erheben. Weil die entsprechende verfassungsrechtliche Kompetenz aber befristet ist und Ende 2006 ausläuft, muss sie nun von Volk und Ständen erneuert werden. Sollte das Udenkbare passieren und die vorgeschlagene Verlängerung der Finanzordnung bis ins Jahr 2020 verworfen werden, fehlte dem Bund faktisch von einem Tag auf den anderen das Geld, um seine Aufgaben und Verpflichtungen zu erfüllen: den Sozialstaat zu sichern, die Bauern zu subventionieren, den öffentlichen Verkehr zu finanzieren, Bildung und Forschung zu betreiben und eine Armee aufrecht zu erhalten. Wo man politisch auch immer steht: Das kann im Ernst niemand wollen.

Keinen Grund für ein Nein gibt es sodann, weil die neue Finanzordnung im Wesentlichen die alte ist. Am jetzigen Steuersystem ändert sich nichts. Vielmehr wird bestätigt, was bisher schon galt. Und es wird nachgeführt, was seit der letzten Erneuerung der Finanzordnung vor zehn Jahren bereits im Zuge von Gesetzesrevisionen zur Realität geworden ist - darunter der Wegfall der Kapitalsteuer für Unternehmen, die Reduktion der Gewinnsteuer von 9,8 auf 8,5 Prozent sowie die Festschreibung des Passus, wonach fünf Prozent des nicht zweckgebundenen Mehrwertsteuerertrags für die Prämienverbilligung eingesetzt wird.

Drittens schliesslich lässt sich ein Nein nicht rechtfertigen, weil sich die Vorlage nur auf das unmittelbar Notwendige konzentriert und in keiner Weise der künftigen Fiskalpolitik vorgreift. Was in den kommenden 14 Jahren in Sachen Familien-, Unternehmens- oder Öko-Steuer auch immer beschlossen wird - Präjudizien werden mit der neuen Finanzordnung keine geschaffen.

Wenn man gleichwohl Kritik an der Vorlage anbringen will, dann höchstens diese: Was Bundesrat und Parlament der Stimmbürgerschaft präsentieren, ist alles andere als ein grosser Wurf - zumal sogar dort alles beim Alten belassen wurde, wo es im Einzelnen durchaus Reformbedürftiges gibt. Das gilt zum Beispiel für die Befristung der Finanzordnung: Mag sie für viele ein willkommenes Druckmittel sein, den Staat an der kurzen Leine zu halten - eine unzeitgemässe Kuriosität ist sie gleichwohl. Oder die Steuervergünstigung für die Hotellerie: Mag sie von Gewerbe und Tourismus noch so vehement verteidigt werden - eine ökonomisch fragwürdige Giesskannen-Subvention bleibt sie trotzdem.

Den Verzicht auf Korrekturen kann man bedauern. Aber letztlich ist das Vorgehen pragmatisch und damit politisch klug. Schliesslich steht mit dem Urnengang über die direkte Bundessteuer und die Mehrwertsteuer das gesamte Staatsgefüge zur Disposition. Da ist es ratsam, Angriffsflächen zu vermeiden und das Risiko eines Scheiterns so klein wie möglich zu halten - erst recht in Zeiten wie diesen, in denen die politische Konsenssuche oft nicht mehr ist als eine Chronologie der Vergeblichkeit.

Dass politische Bedachtsamkeit in diesem Fall viel Sinn macht, zeigt sich nicht zuletzt an der aussergewöhnlichen Koalition, die sich gebildet hat: Für einmal stehen alle vier Bundesratsparteien geschlossen zur Vorlage. SVP, SP, FDP und CVP machen mit diesem Signal deutlich: Die Verlängerung der Finanzordnung ist das falsche Objekt für politische Retourkutschen, Ohrfeigen und Selbstinszenierungen. Denn mit der Gefahr eines Staatsbankrotts spielt man nicht.

Sollte das Udenkbare passieren und die Finanzordnung verworfen werden, wird der Bund zu finanzpolitischen Feuerwübungen gezwungen.

Die Verlängerung der Finanzordnung ist das falsche Objekt für politische Retourkutschen, Ohrfeigen und Selbstinszenierungen.

Inland
 Hauptblatt

Wachsende Skepsis gegen Ausländer

Abstimmungsanalyse: Ideologisch geprägtes Nein zu Einbürgerungsvorlagen

Ausschlaggebend für das Nein zu den Einbürgerungsvorlagen war die zunehmend kritische Haltung gegenüber Ausländern. Zu diesem Schluss kommt die Vox-Analyse zum 26. September.

walter langenegger

Dass die Schweiz ein Problem hat mit den Ausländern, ist nicht neu. Bereits die nur knapp verworfene Schwarzenbach-Initiative vor über dreissig Jahren (gegen die Überfremdung durch die Italiener) zeigte, wie stark der Reflex gegen das Fremde hierzulande ist - ein Reflex, der seither in vielen Volksabstimmungen immer wieder bestätigt wurde.

Votum über Ausländer

Diese negative Haltung gegenüber der ausländischen Bevölkerung hat sich in den letzten Jahren weiter verschärft, wie die Vox-Analyse zeigt. So stellen die Meinungsforscher fest, dass im Vergleich zu 1994, als ebenfalls über eine Einbürgerungsvorlage abgestimmt wurde, der Nein-Anteil diesmal bei fast allen gesellschaftlichen und politischen Gruppen zugenommen hat.

Die Ergebnisse der Studie deuten darauf hin, dass der Urnengang vom 26. September von vielen als ein Votum für oder gegen die Ausländer aufgefasst wurde. Folgende Befunde zeigen dies:

- Der Stimmentscheid bezog sich nicht auf das Verfahren und ebenso wenig auf die Gruppen, die profitiert hätten (Secondos usw.), sondern generell auf die Ausländer. Wer der Ansicht ist, dass Schweizer gegenüber Ausländern bevorzugt werden sollten, hat Nein gestimmt, wobei das Schlagwort «Masseneinbürgerung» das Hauptargument war. Umgekehrt haben jene Ja gesagt, die von den Ausländern ein positives Bild haben und sie als gut integriert betrachten.
- Die Meinungen waren gemacht. 45 Prozent wussten von Beginn weg, was sie einlegen würden. Das ist auch der Grund, weshalb die Debatten über ausländische Autoraser sowie die umstrittenen Muslim-Inserate letztlich kaum Einfluss auf das Abstimmungsergebnis hatten.
- Es wurde nach ideologischen Kriterien abgestimmt. Wer SVP wählt, sagte zu 90 Prozent Nein, wer SP-Anhänger ist, legte zu 80 Prozent ein Ja ein. Gespalten war die Wählerschaft der

bürgerlichen Mitte: Die Anhänger von CVP und FDP kippten mehrheitlich nach rechts und legten zu 60 Prozent ein Nein in die Urne.

Nebst dem generellen Misstrauensvotum gegenüber den Ausländern offenbarte das Verdikt auch einen «Anti-Balkan-Reflex». So meinten fast 70 Prozent der Nein-Stimmenden, dass die meisten Menschen aus Ex-Jugoslawien den «roten Pass» bloss als Reisedokument wollten.

SVP heizt Thema auf

Den gegenüber der Einbürgerungsabstimmung von 1994 gestiegenen Anteil der Nein-Stimmenden erklären sich die Politologen mit der SVP: Die Partei sei in der Ausländerpolitik auf eine harte Linie umgeschwenkt, spiele heute eine viel gewichtigere Rolle als noch vor zehn Jahren und könne wie keine andere ihre Anhängerschaft mit diesem Thema mobilisieren.

Für Kantone wie St. Gallen, welche die erleichterte Einbürgerung über die kantonale Gesetzgebung realisieren wollen, verheisst dies nichts Gutes. «Es wird auch auf kantonaler Ebene schwierig sein, das Anliegen bei Volksabstimmungen durchzubringen», mutmasst Laura Kopp, Mitautorin der Vox-Analyse.

Kampf um Werte

Bei der Mutterschaftsversicherung spielten der Röstli- und der Stadt-Land-Graben eine Rolle: Die Städte und die Romandie waren für, die ländlichen Deutschschweizer Gebiete gegen die Vorlage.

Offenbar fand besonders in den kleineren Städten seit der letzten Abstimmung zum gleichen Thema 1999 ein Meinungsumschwung zugunsten der Versicherung statt (von 40 auf 63 Prozent Ja), sodass die Vorlage diesmal (mit über 55 Prozent Ja) angenommen wurde. Wichtig bei dieser Vorlage waren persönliche Wertvorstellungen. Wer für eine offene, moderne, gleichberechtigte Schweiz eintritt, stimmte Ja, wer ein traditionelles Familienbild vertritt, war dagegen. (sda)

Rorschach und Umgebung
 Hauptblatt

«Eine Stadt muss gemacht werden»

Die regionale Gemeindefusion zu einer «Stadt am See» ist ein heisses Eisen - An der Wuga wurde darüber diskutiert

Goldach. Reicht eine regionale Zusammenarbeit oder sollen Gemeinden fusionieren? Diese Frage diskutierten die Exekutiv Politiker Christa Köppel, Thomas Würth und Thomas Müller mit Tagblatt-Redaktor Walter Langenegger.

Philippe Reichen

Der Grundtenor war einhellig: Rorschachs Stadtpräsident Thomas Müller empfahl den Blick vom Sulzberg auf Rorschach mit der Bemerkung, dass die Stadt Rorschach geografisch und auch städtebaulich längst zu einer Region, zu einer «Stadt am See» gewachsen sei. Goldachs Gemeindepräsident Thomas Würth erklärte, dass heute in Sachen Zonenplanung ein Alleingang nicht mehr möglich sei, sondern mit der entsprechenden Nachbargemeinde geplant werden muss. Christa Köppel, Gemeindepräsidentin von Widnau, gab zu bedenken, dass der Kanton mit der Stadt St. Gallen «ein monozentrisches Gebilde» sei, und dass der Kanton starke Zentren brauche und dabei gleichzeitig seine Regionenpolitik überdenken müsse. - Alle wollen ihrer Region mit einer Gemeindefusion mehr Gewicht verleihen. Reale Sachzwänge drängen dazu. Der Meinungskonsens war darum breit. Die Positionen im Detail oder vielmehr die politischen Situationen der Gesprächsteilnehmer hingegen unterschiedlich.

Angst vor Identitätsverlust

Während Thomas Würth aus dem Nähkästchen plauderte, bei einem Glas Wein würde offen und ungezwungen über eine engere Zusammenarbeit bis zur Fusion gesprochen, hat Christa Köppel ihrer Idee einer «Ideestadt Mittelrheintal» bereits konkrete Formen verliehen. Die energiegeladene Politikerin wollte wissen, wie die Volksmeinung zur Ideestadt Mittelrheintal wirklich aussah. Eine Meinungsumfrage sollte Klarheit schaffen. Das Resultat: Ein Drittel war dafür, ein Drittel dagegen und ein Drittel unentschlossen. Die Gründe bei der Gegnerschaft waren eindeutig: Man befürchtete eine Entwurzelung und einen

Heimatverlust. Christa Köppel indes gibt zu bedenken, dass auch in einem grösseren Verbund die Identität nicht verloren ginge. Der Fusionsprozess hat seit längerem begonnen. Durch einzelne gemeinsame Projekte und Aktivitäten nicht nur auf politischer, sondern auch auf Vereinsebene soll so etwas wie eine Identität geschaffen werden. Dies ganz nach dem Motto der Gemeindepräsidentin: «Eine Stadt muss gemacht werden.»

Eine ordnende Hand

Für die Gemeindepräsidenten von Rorschach und Goldach gehören solche Prozesse schon in die Kategorie Zukunftsperspektiven. Während Thomas Müller für die «Stadt am See» aktiv lobbierter, eine «ordnende Hand» forderte, die Fusionspläne skizzierte und spürbar bemüht war, Meinungsprozesse in Gang zu bringen, übte sich sein Goldacher Amtskollege in Zurückhaltung. «Wir wissen noch nicht einmal, ob dieses Boot aus dem Hafen ausfahren soll», lautete seine Einschätzung. Auch Thomas Würth erkennt das Potenzial einer Zusammenarbeit: Bei Verwaltung, Feuerwehr und Musikschule könnte man Geld sparen. Aber muss es gleich eine Fusion sein?

Es waren der richtige Ort und die richtigen Gesprächspartner, die sich am Polit-Apéro der Wuga trafen. Einer Ausstellung, die fast schon selbst ein wenig politisch ist, ist sie doch von einer Goldacher zu einer regionalen Gewerbeausstellung gewachsen. Bei aller Zurückhaltung und abwägendem Taktieren schlug «Gastgeber» Thomas Würth am Ende vor: «Wenn wir für eine fusionierte Stadt nach einem Gemeindehaus suchen, dann ist das Kornhaus das Rathaus der «Stadt am See»?» Thomas Müller dürfte dies gerne gehört haben.

Bild: Urs Bosshard

Zusammenarbeit ist nötig. Darüber waren sich Thomas Müller, Christa Köppel und Thomas Würth (v.l.) einig. Nicht jedoch über das Wie.

Hintergrund
 Hauptblatt

Mehr staatliche Leistungen fürs gleiche Geld

Finanzausgleich und Finanzordnung: Die Neuverteilung von Geld und Aufgaben wird mit einer Zweidrittels-Mehrheit gutgeheissen

Das Volk setzte gestern bei den Finanzvorlagen deutliche Signale: Nicht nur die (unbestrittene) neue Finanzordnung wurde mit einem Ja-Anteil von 73,8% klar gutgeheissen. Vielmehr erhielt auch der neue Finanzausgleich und die damit verbundene Aufgabenteilung mit einem Ja-Anteil von 64,4% eine unerwartet hohe Zustimmung - dies obwohl es sich um eine komplexe Vorlage handelte, die teils von links, teils von rechts und vom Kanton Zug bekämpft worden war.

Sieg für Regierungstreue

Mag das klare Ja zum Finanzausgleich auf den ersten Blick etwas erstaunen, so gibt es doch ein paar gute Gründe dafür:

- Tiefe Stimmbeteiligung: Die Vorlage vermochte die Pole nicht zu mobilisieren, weshalb die Stimmbeteiligung mit 36% relativ tief lag. Je tiefer aber die Beteiligung ist, desto grösser sind erfahrungsgemäss die Chancen für eine Regierungsvorlage.
- Gespaltene Opposition: Die Linke war gespalten. So hatte die SP Schweiz zwar die Nein-Parole gefällt. Doch acht Kantonalparteien wichen davon ab und beschlossen ein Ja oder Stimmfreigabe. Ähnliches zeigte sich bei der SVP: Die SVP Zürich blieb mit ihrem Nein in der Gesamtpartei allein. Die Opposition konnte somit keine Dynamik entwickeln.

· Gesamtpaket versus Einzelfrage:

Die Kritik der Behinderten betraf bloss einen Aspekt in einer umfangreichen Reform. Erfahrungsmässig gewichtet das Stimmvolk das Gesamtwerk aber stärker als eine umstrittene Einzelfrage.

- Eine Mehrheit profitiert: 20 der 26 Kantone gehören beim Finanzausgleich zu den Empfängern. Das verspricht mehr Solidarität und Gerechtigkeit - was eine gute Ausgangslage ist, um eine Abstimmung zu gewinnen.
- Mehr Effizienz: Der neue Finanzausgleich verspricht zudem einen effizienteren Umgang mit dem Steuerfranken und mehr

Leistungen fürs gleiche Geld. Dafür ist das Volk stets zu haben, wie schon die Abstimmungen über die Ausgaben- und Schuldenbremse sowie über das Haushaltsziel 2001 gezeigt haben.

Reiche Steueroasen sagen Nein

Dementsprechend präsentiert sich das Abstimmungsresultat: Massiv abgelehnt wurde die Vorlage in den kleinen, reichen Steueroasen Zug (84%), Schwyz (57%) und Nidwalden (54%) - was zu erwarten war. Sie gehören nicht nur zu den drei grössten Geberkantonen, wobei allein Zug zusätzlich 121 Millionen Franken in den Finanzausgleich beisteuern muss. Vielmehr sind sie auch die Profiteure des herrschenden Steuerwettbewerbs zwischen den Kantonen und stimmen regelmässig gegen Umverteilung und Ausgleich.

Dagegen überraschten Zürich, Baselland: Auch sie sind Geberkantone, hiessen aber die Neuordnung gut, teils mit über 63% Ja-Stimmen. Hoch war die Zustimmung bei den Nutzniessern, angeführt von Uri mit 82% Ja-Stimmen, sowie in Bern, Basel-Stadt und Luzern. Überdurchschnittlich gut schnitt die Vorlage auch in den Ostschweizer Kantonen St. Gallen, Thurgau sowie Appenzell Inner- und Ausserrhoden ab (zwischen 66 und 70%).

Gleiches Muster

Das gleiche Muster zeigt sich bei der neuen Finanzordnung: Zug hat die Vorlage als einziger Kanton abgelehnt, schwach war die Zustimmung zudem in Nidwalden und Schwyz - ein klares Votum des Missfallens. Umgekehrt lieferten wie beim Finanzausgleich die Kantone Uri, Basel-Stadt und Bern mit 75 bis 84 Prozent die Höchstresultate.

Walter Langenegger

Seite 11
 Schweiz
 Der Bund

Fest in rot-grüner Hand

Die Städterinnen und Städter wählen heute mehrheitlich links

Nach diesem Wahlwochenende werden acht der zehn grössten Schweizer Städte links regiert. Die Verliererin dieser Entwicklung ist die FDP.

Walter Langenegger

Die Liste ist beeindruckend: Nachdem Zürich, Genf, Lausanne und Bern schon seit einigen Jahren eine rot-grüne Stadtregierung haben, geht nun auch Basel diesen Weg. Hinzu kommen die mittelgrossen Städte Winterthur, Luzern und Biel, in denen die Linke ebenfalls eine Mehrheit in den Exekutiven hält. Nach ihrem Erfolg in den nationalen Wahlen 2003 bekommen SP und Grüne damit zusätzliches politisches Gewicht. Denn in den acht «roten» Städten leben 1,16 Millionen Menschen - fast 17 Prozent der Gesamtbevölkerung.

Neu ist das Phänomen der «roten Rathäuser» allerdings nicht. In den Zwanziger- und Dreissigerjahren, also während der Weltwirtschaftskrise, eroberten die Sozialdemokraten schon einmal die Mehrheit in einigen Städten und konnten sich zum Teil bis nach dem Zweiten Weltkrieg halten. Auch später, nachdem die Bürgerlichen Terrain zurückerobert hatten, blieben die Städte empfänglich für progressive und soziale Politik. Das zeigt sich bei Volksabstimmungen: In vielen Fragen tut sich immer wieder ein Stadt-Land-Graben auf.

Soziale Herausforderungen

Dass die Städte gerade in jüngster Zeit wieder zu linken Hochburgen werden, hat nach Ansicht der Politologen gute Gründe. Zum einen sehen sich vor allem die grossen Städte seit den Achtzigerjahren immer stärker mit sozialen Herausforderungen konfrontiert: Die Zentrumsfunktion macht sie zu «A-Städten» mit einem hohen Anteil an Armen, Arbeitslosen, Ausländern, Alten, Asylbewerbern und Abhängigen. «Der Linken wird eher als den Bürgerlichen zugetraut, diese Probleme zu lösen», sagt Andreas Ladner, Politologe an der Universität Bern. Das bringe SP und Grünen Wählerstimmen von sozial Schwachen wie auch aus anderen Bevölkerungsschichten.

Zum anderen ist für Ladner klar: Die bürgerlichen Städter sind anders als die Bürgerlichen auf dem Land: Städter orientierten sich an Werten wie Progressivität und Offenheit, sagt Ladner. Der Linken sei es gelungen, sich als jene Kraft zu profilieren, die für ein modernes Gesellschaftsmodell steht. Deshalb wählten heute

auch wohlhabendere Stadtquartiere meist links-grün. Die politischen Verlierer dieser Entwicklung sind FDP und Liberale: Sie hatten früher das Sagen in den Städten, geraten heute aber immer mehr unter Druck.

Eine dritte Erklärung für die rot-grüne Wende liefert der Politologe Werner Seitz vom Bundesamt für Statistik: «Die Bürgerlichen sind desorientiert.» Oftmals marschierten die bürgerlichen Parteien getrennt oder setzten auf Politiker, die zu stark nur den rechten Rand bedienten. «Damit machen sie erst den Weg frei für den Sieg der Linken», sagt Seitz. Wo dagegen der Schulterchluss gelinge, hätten die Bürgerlichen auch in den Städten gute Chancen. Bestes Beispiel ist für Seitz die Stadtpräsidentenwahl in St. Gallen: «FDP, SVP und CVP einigten sich mit Franz Hagmann auf einen Kandidaten der Mitte - und gewannen.»

Der Vormarsch der Linken in den urbanen Zentren hat den Städten allerdings nicht geschadet, im Gegenteil: Die Wirtschaftszeitung «Cash» kommt zum Schluss, dass Rot-Grün die Finanzen «besser im Griff hat als die Bürgerlichen». So sei es den roten und grünen Stadt-Managern in den letzten Jahren gelungen, Steuern zu senken und Schulden abzubauen. In der Tat: Zürich zum Beispiel hat seine Schulden zwischen 2000 und 2003 um über ein Drittel abgebaut und gleichzeitig die Steuern gesenkt. Und das Rot-Grün-Mitte-Bündnis in der Stadt Bern präsentierte letztes Jahr das vierte ausgeglichene Rechnungsergebnis in Folge.

Politik der «Neuen Mitte»

Das Erfolgsrezept ist dabei laut Andreas Ladner: «SP und Grüne verfolgen auf kommunaler Ebene einen prononciert pragmatischen, linksliberalen Kurs.» Die Politik der Linken in den Städten unterscheidet sich von jener, welche die Linke in Bundesbern betreibt. «Es findet kein Klassenkampf statt, sondern eine Politik der ‚Neuen Mitte‘», sagt der Politologe. Das mache die städtische Linke mehrheitsfähig.

Wahlsieg in Basel: Eva Herzog (sp) und Guy Morin (Grüne).key

Inland
 Hauptblatt

Die grossen Städte sind fest in rot-grüner Hand

Modern, progressiv, weltoffen: Der Städter wählt heute mehrheitlich links

SP und Grüne legen in den Zentren zu. Nach ihren gestrigen Wahlsiegen in Bern und Basel werden acht der zehn grössten Schweizer Städte links regiert. Ein Grund dafür: Bürgerliche Städter haben keine Berührungspunkte mehr gegenüber «roten» Stadtregierungen.

Walter Langenegger

Die Liste ist beeindruckend: Nachdem Zürich, Genf, Lausanne und Bern schon seit einigen Jahren eine rot-grüne Stadtregierung haben, geht nun auch Basel diesen Weg. Hinzu kommen die mittelgrossen Städte Winterthur, Luzern und Biel, in denen die Linke ebenfalls eine Mehrheit in den Exekutiven hält. Nach ihrem Erfolg in den nationalen Wahlen 2003 bekommen SP und Grüne damit zusätzliches politisches Gewicht. Denn in den acht «roten» Städten leben 1,16 Millionen Menschen - fast 17 Prozent der Gesamtbevölkerung.

Keine ganz neue Erscheinung

Neu ist das Phänomen der «roten Rathäuser» allerdings nicht. In den Zwanziger- und Dreissigerjahren, also während der Weltwirtschaftskrise, eroberten die Sozialdemokraten schon einmal die Mehrheit in einigen Städten und konnten sich zum Teil bis nach dem Zweiten Weltkrieg halten. Auch später, nachdem die Bürgerlichen Terrain zurückerobert hatten, blieben die Städte empfänglich für progressive und soziale Politik. Das zeigt sich bei Volksabstimmungen: In vielen Fragen tut sich immer wieder ein Stadt-Land-Graben auf.

Soziale Herausforderungen

Dass die Städte gerade in jüngster Zeit wieder zu linken Hochburgen werden, hat nach Ansicht der Politologen gute Gründe. Zum einen sehen sich vor allem die grossen Städte seit den Achtzigerjahren immer stärker mit sozialen Herausforderungen konfrontiert: Die Zentrumsfunktion macht sie zu «A-Städten» mit einem hohen Anteil an Armen, Arbeitslosen, Ausländern, Alten, Asylbewerbern und Abhängigen. «Der Linken wird eher als den Bürgerlichen zugetraut, diese Probleme zu lösen», sagt Andreas Ladner, Politologe an der Universität Bern. Das bringe SP und Grünen Wählerstimmen von sozial Schwachen wie auch aus anderen Bevölkerungsschichten.

Zum anderen ist für ihn klar: Die bürgerlichen Städter sind anders als die Bürgerlichen auf dem Land. Städter orientierten

sich an Werten wie Progressivität und Offenheit, sagt Ladner. Der Linken sei es gelungen, sich als jene Kraft zu profilieren, die für ein modernes Gesellschaftsmodell steht. Deshalb wählten heute auch wohlhabendere Stadtquartiere meist links-grün. Die politischen Verlierer dieser Entwicklung sind FDP und Liberale: Sie hatten früher das Sagen in den Städten, geraten heute aber immer mehr unter Druck.

Eine dritte Erklärung für die rot-grüne Wende liefert der Politologe Werner Seitz vom Bundesamt für Statistik: «Die Bürgerlichen sind desorientiert.» In den Städten marschierten die bürgerlichen Parteien oft getrennt oder setzten auf Politiker, die zu stark nur den rechten Rand bedienten. «Damit machen sie erst den Weg frei für den Sieg der Linken», sagt er. Wo dagegen der Schulterschluss gelinge, hätten die Bürgerlichen auch in den Städten gute Chancen. Bestes Beispiel ist für Seitz die Stadtpräsidentenwahl in St. Gallen: «FDP, SVP und CVP einigten sich mit Franz Hagmann auf einen Kandidaten der Mitte - und gewannen.»

Linke als Stadtsanierer

Der Vormarsch der Linken in den urbanen Zentren hat den Städten allerdings nicht geschadet, im Gegenteil: Die Wirtschaftszeitung «Cash» kommt zum Schluss, dass Rot-Grün die Finanzen «besser im Griff hat als die Bürgerlichen». So sei es den roten und grünen Stadt-Managern in den letzten Jahren gelungen, Steuern zu senken und Schulden abzubauen. In der Tat: Zürich zum Beispiel hat seine Schulden zwischen 2000 und 2003 um über ein Drittel abgebaut und gleichzeitig die Steuern gesenkt. Und das Rot-Grün-Mitte-Bündnis in der Stadt Bern präsentierte letztes Jahr das vierte ausgeglichene Rechnungsergebnis in Folge.

Politik der «Neuen Mitte»

Das Erfolgsrezept ist dabei laut Andreas Ladner: «SP und Grüne verfolgen auf kommunaler Ebene einen prononciert pragmatischen, linksliberalen Kurs.» Die Politik der Linken in den Städten unterscheidet sich von jener, welche sie in Bundesbern betreibt. «Es findet kein Klassenkampf statt, sondern eine Politik der «Neuen Mitte», sagt der Politologe. Das mache die städtische Linke mehrheitsfähig.

Inland
 Hauptblatt

Politik ohne Perspektiven

Ein Jahr Bundesrat Christoph Blocher und rechtsbürgerliche Mehrheit in der Regierung: Die politische Wende ist vorerst nicht erfolgt. Zu konstatieren ist vielmehr das, was schon vor der «neuen Zauberformel» galt: Die Leistungen der Politik sind dürftig, das Land bleibt gespalten und orientierungslos. Von Walter Langenegger

Der symbolische Akt sagt zuweilen mehr aus über politische Entwicklungen als die konkrete Tat. Das zeigte sich zu Beginn der neuen Legislatur vor einem Jahr: Bei seinem Antritt als «höchster Schweizer» liess SVP-Nationalrat Max Binder ganz nach US-amerikanischer Manier die Landesfahne aufstellen und die Nationalhymne singen und reklamierte damit den Machtanspruch seiner Partei nach dem Sieg im Herbst 2003. Nur einige Tage später - am 10. Dezember - gaben die entkräfteten moderaten Bürgerlichen nach und wählten auf Kosten der CVP nicht nur Christoph Blocher, sondern auch FDP-Ständerat Hans-Rudolf Merz in die Regierung, als harter Sparpolitiker der Wunschkandidat der SVP.

Ein Richtungsentscheid

Mit der «neuen Zauberformel» fiel ein Richtungsentscheid. Blocher und Merz personifizieren ein neues Programm - das angelsächsische «Weniger-Staat»-Programm. Sie sehen den Staat nicht als Lösung, sondern als Problem, nicht als Schutzverband gegen die Willkür der Mächtigen, sondern als Hindernis für eine prosperierende Wirtschaft. Was vor zwanzig Jahren in den USA und in Grossbritannien begann, erreichte damit definitiv auch unsere Regierung: der Neoliberalismus. Denn eine Mehrheit - vier von sieben Bundesräten - denkt in den zentralen Wirtschaftsfragen neoliberal.

Durchmarsch gestoppt

Doch auch eine inhaltlich fast homogene Regierungsmehrheit macht in einer direkten Demokratie noch keine Wende aus. Wohl wurden die Gewichte nach rechts verschoben. Aber der rechte Durchmarsch fand bisher nicht statt - nicht in der Gesetzesarbeit und erst recht nicht in den Volksabstimmungen.

Zunächst zu den Abstimmungen: Sie bescherten Regierung und Parlament Niederlagen am Laufmeter. In 8 von 13 Fällen stimmte das Volk gegen deren Parolen. Kaum je zuvor erhielt Bundesbern so schlechte Noten.

Rückschlag für die Rechte

Siegerin war die Linke. Sie versetzte der rechtsbürgerlichen Politik einen schweren Schlag, indem sie deren Prestigeprojekte - zweite Gotthard-Röhre, Steuerpaket, 11. AHV-Revision und Mietrecht - bodigte und deutlich machte: Das Volk will keinen Abbau von sozialer Sicherheit, keine Steuergeschenke für Gutverdienende, keine Lockerung des Alpenschutzes. Gemeinsam mit der bürgerlichen Mitte schaffte sie es zudem, mit der Mutterschaftsversicherung eines ihrer zentralen

Postulate zu realisieren und damit die Bestätigung dafür zu erhalten, dass fortschrittliche Reformen möglich bleiben.

Siegerin war auch die SVP, allerdings in geringerem Ausmass: Erfolgreich war sie nur in ihrem «Kerngeschäft», bei den Themen Ausländer und Kriminalität. So brachte sie die Bürgerrechtsrevision zu Fall und setzte sich mit ihrem Ja zur Verwahrungs-Initiative durch. Damit machte sie klar, dass sie sich trotz Machtbeteiligung nicht einbinden lässt und eine Oppositionskraft bleibt.

Dann zur Gesetzesarbeit: Hier akzentuierte sich der Rechtskurs zwar klar. Nebst dem weiteren Drehen an der Sparschraube wurde insbesondere die Ausländer- und Asylgesetzgebung massiv verschärft, ausserdem die Cannabis-Legalisierung und die Verschärfung des Waffengesetzes verhindert, die Streichung des Sonntagsarbeitsverbots und des Lehrlingsschutzes sowie Steuersenkungen für Unternehmen und eine Steueramnestie eingeleitet und die Lockerung des Verbandsbeschwerderechts anvisiert.

Keine grossen Würfe

Doch die grossen Würfe blieben aus. Wohl sind die Bilateralen II auf Kurs. Aber viele andere Geschäfte überstanden die Beratungen nicht oder wurden gar nicht angepackt, so die Regierungsreform, die Legislaturplanung oder die Datenschutz-Revision. Und dort, wo die Probleme dringlich sind, blieb es oft bei der Symptombekämpfung, etwa bei der Revision des Krankenversicherungsgesetzes. Und erst recht verpassten es die Räte, sich der Hauptsorge der Menschen anzunehmen: dem schwachen Wirtschaftswachstum und der Frage, wie nicht nur mit besseren Rahmenbedingungen, sondern auch mit staatlichem Handeln rasch mehr Arbeitsplätze geschaffen werden können.

Ein Bundesrat, dem das Volk kaum folgt; ein Parlament, das kaum Probleme löst, und eine starke Rechte, die von links gestoppt wird: Das ist das Fazit nach einem Jahr mit der «neuen Zauberformel». Das Land ist gespalten und vermittelt den Eindruck der Orientierungslosigkeit.

Zerrütteter Bundesrat

Zu tun hat das zum einen mit Christoph Blocher. Immer wieder verletzt er das Kollegialitätsprinzip und desavouiert damit die anderen Regierungsmitglieder. Diese wiederum sind zu uneins und zu schwach, Blocher in soliden Allianzen einzubinden. Die Folge: Setzte der SVP-Politiker früher die Regierung von aussen unter Druck, strapaziert er sie nun von innen. Blocher agiert, als ob der Bundesrat ein Mini-Parlament wäre: Er will nicht in vertraulicher Runde den Konsens finden, sondern Position markieren. Wo ihm dies nicht gelingt, missbraucht er seine Auftritte dazu, sich vom Gremium zu distanzieren. Das hat er mehrfach getan: bei der Verwahrungs-Initiative, den Einbürgerungsvorlagen und am deutlichsten beim Schengen-Abkommen.

Orientierungslose Parteien

Zum anderen hat das Malaise mit den Parteien zu tun. Sie haben Mühe, ihre Rolle im neuen Machtgefüge zu definieren. Die SVP hat rasch gemerkt, dass ihr das Image als Regierungspartei wenig bringt, und führt sich wie gehabt als antieuropäische, die Ausländerfrage forciierende Rechtspartei auf. Denn anders kann sie ihre Wähler nicht bei der Stange halten. Die Sozialdemokratie wiederum hat zwar ihre Vetomacht unter Beweis gestellt, doch bisher kein glaubwürdiges Gegenkonzept zu den Staats- und Steuerabbau-Parolen lanciert. Das aber wäre zwingend, will sie neue Mehrheiten schmieden. Die Freisinnigen und Christlichdemokraten schliesslich sind so sehr mit Personal- und Richtungsdebatten beschäftigt, dass sie kaum Orientierung vermitteln und als Mehrheitsbeschaffer Führungsarbeit leisten können.

Das Vertrauen schwindet

Entsprechend präsentiert sich die Politik: Vorherrschend ist der Unwille zum Kompromiss. Nicht Besonnenheit und das Bemühen um pragmatische Lösungen, sondern Konfrontation und permanenter Wahlkampf führen Regie. Was zählt, ist die eigene Botschaft, die eigene Logik, unabhängig von Zahlen und Fakten.

Das Volk reagiert mit Misstrauen darauf. Selten zuvor, so konstatieren die Meinungsforscher, brachten so viele Menschen der Politik und den Behörden so wenig Vertrauen entgegen wie heute. Mehr noch: Blochers Wahl hat einen Abwehr-Reflex ausgelöst. In der Opposition war die SVP noch erträglich; an der Macht aber wirkt sie bedrohlich.

Auf Dauer ist das keine Ausgangslage für eine zukunftstaugliche Politik. Denn wo Misstrauen herrscht, drohen auch vernünftige

Reformen wie das Schengen/Dublin-Abkommen und die wirtschaftspolitische Öffnung gegenüber den neuen EU-Ländern zu scheitern.

Es braucht neue Perspektiven

Was es braucht, ist neues Vertrauen. Das aber ist nicht zu schaffen, wenn die Politik weiterhin auf die Asyl- und Ausländerfrage sowie auf den Staats-, Steuer- und Sozialabbau fixiert bleibt. Ersteres ist ein emotionales, aber nicht wirklich zukunftsentscheidendes Thema, letzteres dagegen bedeutet neue Opfer für eine Mehrheit der Menschen - was den Konsumverzicht und das Angstsparen nur verschärft und die Konjunktur bremst.

Neues Vertrauen stiftet man vielmehr mit Reformen, die Perspektiven eröffnen. Ziel muss sein, die Menschen nicht noch mehr unter Druck zu setzen, sondern die Aussicht zu bieten, dass es vorwärts geht, dass es besser, nicht schlechter wird. Dann haben Reformen - das zeigte etwa das Ja zum Finanzausgleich und zur Stammzellenforschung - auch eine Chance. Denn das Volk sagte in diesem Jahr nicht deswegen oft Nein, weil es gegen Reformen wäre, sondern weil es gegen schlechte Reformen ist.

Altes Patentrezept

Neue Perspektiven zu eröffnen setzte indes voraus, dass die Politik zurückkehrte zum helvetischen Patentrezept des Kompromisses. Da aber beisst sich die Katze in den Schwanz: Nichts weist darauf hin, dass die politischen Kräfte dazu bereit sind.

Inland
 Hauptblatt

Goldiger Kompromiss im Goldstreit?

CVP will mit Nationalbank-Gold IV-Schulden tilgen - Neue Idee findet bei SP Unterstützung

In den Streit ums Nationalbank-Gold kommt Bewegung: Die CVP möchte einen Teil davon für die IV verwenden und so die Neinsager-Front im Ständerat überwinden. Die SP will darauf eingehen - vorausgesetzt, die Kantone machen Konzessionen.

walter langenegger
 «Wir sind nicht hier, um Probleme herumschieben, sondern um sie zu lösen»: So wirbt die St. Galler CVP-Nationalrätin Lucrezia Meier-Schatz für ihre neue Idee im Goldstreit. Demnach soll ein Drittel der überschüssigen Nationalbankreserven - rund 7 Milliarden Franken - nicht in die Bundeskasse fliessen, sondern zur Tilgung der Schulden in der Invalidenversicherung (IV) verwendet werden. Die anderen zwei Drittel - rund 14 Milliarden - sollen im Rahmen einer Fondslösung an die Kantone gehen. Das heisst: Die Vermögenssubstanz bliebe erhalten, ausgerichtet würden nur die Zinsen.

Den neuen Vorschlag will die CVP-Fraktion am Dienstag einreichen, wenn der Goldschatz im Nationalrat auf der Traktandenliste steht. Lucrezia Meier-Schatz hofft, damit die Patt-Situation im Goldstreit aufzuheben. Denn seit Monaten liefern sich Nationalrat und Ständerat einen erbitterten Machtkampf ums Nationalbankgold. Die grosse Kammer, in der SP und SVP die Mehrheit stellen, will das Vermögen zu zwei Dritteln der AHV und zu einem Drittel den Kantonen zukommen lassen. Die kleine Kammer hingegen, in der die geschwächten bürgerlichen Parteien FDP und CVP immer noch das Sagen haben, will eine andere Verteilung: 14 Milliarden für die Kantone und 7 Milliarden für den Bund.

Winkelzüge im Ständerat

Die besseren Karten hat dabei der Ständerat. Kommt es nämlich nicht zu einer Einigung zwischen den beiden Räten, gilt der Verteilschlüssel, den die Verfassung vorsieht: zwei Drittel an die Kantone und eines an den Bund - wobei das Vermögen in seiner Substanz auszuschütten wäre. Genau darauf legt es der Ständerat auch an: Er hat bisher das Eintreten auf das Geschäft verweigert und provoziert mit diesem Winkelzug bewusst das Scheitern der Vorlage.

SP ergänzt CVP-Vorschlag

Das Nachsehen hätte dabei die AHV: Sie ginge gänzlich leer aus. Das will die SP verhindern und ist daher bereit, auf die Idee der CVP einzugehen. «Sie ist eine letzte Chance, die Neinsager-Front im Ständerat zu brechen», sagte SP-Sprecher Jean-Philippe Jeannerat. Allerdings fordert die SP, die Kantone in die Pflicht zu nehmen. In einem vom Thurgauer SP-Nationalrat Jost Gross ausgearbeiteten Vorstoss, der ebenfalls am Dienstag eingereicht wird, verlangt sie, dass der IV-Drittel zulasten der Kantone geht. «Die Kantone müssen Verantwortung übernehmen, nachdem sie im IV-Bereich mit dem neuen Finanzausgleich entlastet werden», sagt Jost Gross. Konkret sieht der SP-Verteilschlüssel demnach wie folgt aus: ein Drittel für die IV, ein weiteres für die AHV und eines für die Kantone.

Auf fruchtbaren Boden fällt die IV-Idee der CVP allerdings nicht nur bei der SP, sondern auch bei Arbeitgeber-Direktor Peter Hasler und Pietro Cavadini vom Schweizerischen Gewerkschaftsbund: Beide bezeichnen den Vorschlag als prüfenswert. Dies mit gutem Grund: In der IV besteht dringender Handlungsbedarf. Die Verschuldung beläuft sich auf sechs Milliarden Franken und dürfte in den nächsten vier Jahren auf zwölf Milliarden wachsen. Erst dann wird die geplante IV-Sanierung greifen. Problematisch dabei ist, dass die Defizite über den AHV-Fonds ausgeglichen werden. Dem Fonds steht damit Jahr für Jahr weniger Geld zur Verfügung, was die langfristige Anlagestrategie der AHV gefährdet.

FDP und SVP legen sich quer

Trotzdem dürften es die letzten Rettungsversuche von CVP und SP schwer haben. Denn es gibt auch gewichtige Gegner: Für die FDP ist das bloss «Pflasterli-Politik». Und für SVP-Sprecher Roman Jäggi hat die Idee «keine Chance». Denn: «Die IV ist über Sparmassnahmen zu sanieren, nicht mit zusätzlichem Geld.»

Archivbilder: ky

Ein letzter Anlauf: Lucrezia Meier-Schatz (CVP) und Jost Gross (SP) lancieren neue Ideen in dem festgefahrenen Streit ums Gold.

Thema
Hauptblatt

Kommentar

Parteibuch als Realitätsersatz?

Politik machen heisst, pragmatische Lösungen für reale Probleme zu finden, und nicht, bloss das eigene Parteibuch zu zitieren. Denn sonst riskiert man, über die eigene Ideologie zu stolpern. Genau dies ist der SVP bei der parlamentarischen Beratung über die Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf die neuen EU-Länder passiert: Sie hat sich in unauflösbare Widersprüche verstrickt, weil sie so tut, als könne sie gleichzeitig antieuropäisch, wirtschaftsliberal und arbeitnehmerfreundlich sein, ohne dabei den kleinsten Kompromiss machen zu müssen.

Zwar warnt die SVP zu Recht davor - wie die Gewerkschaften -, dass die Arbeitsmarktöffnung zu Lohndrückerei führt. Doch was macht sie? Sie bekämpft ausgerechnet das, was dieser Gefahr am besten entgegenwirkt: griffige flankierende Schutzmassnahmen. Die SVP tut das, weil sie sich als die Partei der Wirtschaft profilieren will. Als solche jedoch hat sie ein Imageproblem, wenn sie mit ihrem antieuropäischen Nein zur

Personenfreizügigkeit den Unternehmen die Rekrutierung von ausländischem Personal erschwert. Also fordert sie, über Kontingente Arbeitnehmer aus dem Osten ins Land zu holen. Damit aber droht - zum Nachteil von Gewerbe und Beschäftigten - erst recht Lohndumping. Und weil niemand auf die Scheinlösung eingeht, sagt die SVP dann zum Schluss zu allem Nein.

Wer so politisiert, wie dies die SVP in Sachen Personenfreizügigkeit tut, leistet dem Land keinen Dienst. Was die Partei betreibt, ist einmal mehr blosser Wahlkampf - und nicht jene verantwortungsbewusste und seriöse Politik, die von einer Regierungspartei zu erwarten wäre.

Walter Langenegger

w.langenegger@tagblatt.ch

Inland
 Hauptblatt

Arbeitslosenkasse schreibt rote Zahlen

Zahl der Erwerbslosen bleibt hoch und reisst neue Finanzlöcher auf - Trotzdem: Arbeitgeber und Gewerkschaften sehen keinen Reformbedarf

810 Millionen Franken waren es 2003, über zwei Milliarden werden es Ende dieses Jahres sein: Kaum hat sich die Arbeitslosenkasse von der Krise der 90er-Jahre erholt, gerät sie erneut in die Defizite.

walter langenegger

Die Arbeitslosigkeit bereitet den Menschen mit Abstand am meisten Sorgen. Wie das Sorgenbarometer der Credit Suisse zeigt, fürchten sich 69 Prozent davor, die Stelle zu verlieren. Damit ist die Stimmung im Land jener von 1995 vergleichbar, als die Angst um den Arbeitsplatz ebenfalls zuoberst auf der Liste stand.

Dass diese Sorge nicht unbegründet ist, äussert sich nicht nur in den täglichen Meldungen über Entlassungen und Restrukturierungen, sondern auch in der Entwicklung der Arbeitslosenversicherung (ALV): Dank einiger Jahre mit Überschüssen war es bis Ende 2002 gelungen, die Milliardendefizite der ALV zu tilgen. Seither jedoch gerät das Sozialwerk wegen der steigenden Arbeitslosigkeit erneut in die roten Zahlen. So schloss die ALV 2003 mit einem Verlust von 810 Millionen ab, wie das Staatssekretariat für Wirtschaft gestern bekannt gab. Noch höher wird das diesjährige Defizit ausfallen: Angesichts der Jahresquote von 153 000 Arbeitslosen (3,7 Prozent) wird mit einem Finanzloch von 2,13 Milliarden gerechnet.

Abnahme in Sicht?

Immerhin geht das Staatssekretariat für Wirtschaft für das nächste Jahr von optimistischeren Prognosen aus. So rechnet es mit einer zwar bescheidenen, aber fortschreitenden Erholung der Wirtschaft, was mehr Arbeitsplätze bringen und die Arbeitslosenzahl auf 135 000 drücken soll.

Für die ALV hiesse dies, dass sie entlastet würde. Für eine Trendwende reichte das allerdings noch nicht. Denn vor zwei Jahren wurde das Sozialwerk so reformiert, dass es auf Dauer nur dann finanzierbar ist, wenn die Zahl der Arbeitslosen nicht über 100 000 liegt. Solange die Arbeitslosigkeit nicht unter diesen Wert fällt, bleiben die Ausgaben höher als die Einnahmen. Und damit wachsen die Schulden.

Sozialhilfe-Kosten steigen

Zu spüren bekommt dies allerdings nicht nur die Arbeitslosenkasse, sondern auch die Sozialhilfe. Denn mit der Reform der Arbeitslosenversicherung wurde unter anderem nicht nur der Solidaritätszuschlag für Besserverdienende gestrichen, sondern auch der Taggeld-Anspruch von 520 auf 400 Tage reduziert. Die Folge davon ist, dass Arbeitslose früher ausgesteuert werden und damit die Fürsorgekosten für Kantone und Gemeinden steigen. Wie Hochrechnungen der Sozialämter zeigen, werden insbesondere die Städte im laufenden Jahr zwischen 7 und 28 Prozent mehr für die Sozialhilfe ausgeben als im Vorjahr.

Trotzdem verteidigt Hans Rudolf Schuppisser vom Schweizerischen Arbeitgeberverband die ALV-Reform. «Das Defizit in der Arbeitslosenkasse wäre noch grösser, wenn wir auf die Revision verzichtet hätten.» Zudem ist er davon überzeugt, dass jene Arbeitslose, die vermittelbar sind, immer noch die Chance haben, eine neue Stelle zu finden.

Requalifizierung erschwert

Anders tönt es beim Schweizerischen Gewerkschaftsbund (SGB), der die Revision wegen der Taggeld-Reduktion und der Streichung des Solidaritätsbeitrags bekämpft hatte. «Die ALV würde heute ohne diese Änderungen finanziell weder besser noch schlechter dastehen», sagt SGB-Sekretär Serge Gaillard. Das Problem liege anderswo: Mit 520 Taggeldern sei die Chance, sich für eine neue Arbeit zu qualifizieren, grösser, als dies mit 400 Taggeldern der Fall sei.

Einig sind sich Gaillard und Schuppisser immerhin darin, was nun zu tun ist: die «Nerven behalten» und darauf hoffen, dass sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt entspannt. Darüber hinaus vertrauen die Sozialpartner auf die Sicherungen, die in der letzten ALV-Reform eingebaut wurden. Demnach können Kantone mit hoher Arbeitslosigkeit die Bezugsdauer auf 520 Tage erhöhen, wie dies Genf, Jura und Waadt bereits getan haben. Und damit die Defizite nicht ungebremst ansteigen, wird von den Besserverdienenden automatisch ein Solidaritätszuschlag erhoben, sobald die ALV-Schulden fünf Milliarden Franken und mehr betragen.

Anzeige

Inland
 Hauptblatt

Kein Goldsegen für die AHV

Überschüssige Nationalbank-Reserven: Parlamentskammern blockieren sich gegenseitig - Ständerat beerdigt heute Goldvorlage

Zum Schluss geht alles sehr rasch: Der Ständerat wird heute Donnerstag erneut Nichteintreten zur Goldvorlage beschliessen und so dafür sorgen, dass der Goldschatz Bund und Kantone zugute kommt. Die AHV dagegen geht definitiv leer aus.

walter langenegger

Lucrezia Meier-Schatz machte sich gestern nach der Gold-Debatte im Nationalrat keine Illusionen mehr: «Die Goldvorlage ist beerdigt.» Die St. Galler CVP-Nationalrätin muss es wissen: Sie hatte in letzter Minute vorgeschlagen, einen Teil der Goldlöse für die IV einzusetzen, und gehofft, damit eine Brücke zwischen National- und Ständerat zu bauen. Doch das ist gescheitert, wie sich nun zeigt.

Damit Bewegung in die festgefahrene Debatte gekommen wäre, hätte es entsprechende Signale aus dem Nationalrat gebraucht. Doch Fehlansage: Eine Mehrheit aus SP und SVP beharrte mit 104 zu 72 Stimmen darauf, den Goldschatz zu zwei Dritteln der AHV und zu einem Drittel den Kantonen zukommen zu lassen. Zur Erinnerung: Es geht um 21 Milliarden Franken, die aus dem Verkauf von 1300 Tonnen Nationalbankgold resultierten.

Klare Signale für einen Kompromiss wären allerdings auch aus dem Ständerat, wo FDP und CVP die Mehrheit haben, nötig gewesen. Dieser hatte bisher darauf gepocht, dass das Gold nicht für die AHV oder anderes einzusetzen sei, sondern allein Bund und Kantone gehöre. Daher blockierte er die bundesrätliche Goldvorlage von Anfang an. Zumindest die CVP-Ständeräte hätten einlenken müssen, um mit SP- und SVP-Abgeordneten eine neue Mehrheit zu bilden. Doch das blieb ebenfalls aus.

Die CVP-Ständeräte Eugen David (SG) und Bruno Frick (SZ) nahmen gestern auf Anfrage denn auch bereits vorweg, was die CVP-Abgeordneten zu der auf heute Donnerstag traktandierten Gold-Vorlage beschliessen werden: zum zweiten Mal Nichteintreten. «Es war immer klar, dass wir bei dieser Haltung bleiben werden», sagte Eugen David.

Das Geschäft ist vom Tisch

Mit diesem zweiten Nein des Ständerates ist das Geschäft nach zweijährigem Ringen endgültig vom Tisch. Konkret heisst das: Da es zu keiner Einigung zwischen den Räten kommt, wird das Gold wohl so verteilt, wie es FDP und CVP schon immer gefordert haben: zwei Drittel oder 14 Milliarden Franken für die Kantone, ein Drittel oder 7 Milliarden für den Bund. Das entspricht jenem Schlüssel, der bei der Verteilung der ordentlichen Gewinne der Nationalbank üblich ist. Mit dieser Form sei die rechtliche Grundlage für die Verteilung der Gelder durchaus gegeben, bestätigte gestern Finanzminister Hans-Rudolf Merz.

Den gleichen Verteilschlüssel hatte auch der Bundesrat in seiner Goldvorlage präsentiert. Im Vergleich zur ständerätlichen

Variante allerdings mit einem gewichtigen Unterschied: Mit dem Nichteintreten der kleinen Kammer wird das Geld nun direkt und ohne Auflagen an Bund und Kantone verteilt. Der Bundesrat dagegen plädierte ursprünglich für eine Fondslösung: Die Vermögenssubstanz der insgesamt 21 Milliarden hätte erhalten bleiben sollen, ausbezahlt worden wären lediglich die jährlichen Zinserträge von 500 Millionen Franken.

Nationalrat ohne Chance

Der grosse Verlierer im Streit ums Gold ist der Nationalrat. Einerseits scheitern SP und SVP mit ihrer Forderung, der AHV zusätzlich 14 Milliarden zukommen zu lassen. Andererseits kommt auch keine Fondslösung zustande. Insbesondere die Linke befürchtet nun, dass das Gold für Steuersenkungen in den Kantonen verwendet wird, was vor allem Besserverdienende entlastete. Sie wandte sich daher gestern im Nationalrat gegen eine rasche Verteilung der überschüssigen Nationalbank-Reserven. Man dürfe den Goldschatz nicht verteilen, ohne das Volk zu befragen, verlangte SP-Nationalrat Rudolf Rechsteiner (BS) und warnte Merz davor, als «grösster Goldräuber aller Zeiten» in die Geschichte einzugehen.

Volk hat nicht das letzte Wort

Tatsächlich hat sich der Bundesrat in den letzten Jahren immer auf den Standpunkt gestellt, dass die Verteilung des Goldes einer speziellen Verfassungsgrundlage bedürfe und somit zwingend vors Volk müsse. Die vom Ständerat durchgesetzte Lösung wird daher in juristischer wie demokratiepolitischer Hinsicht noch zu Debatten führen.

Eugen David hat dafür freilich wenig Verständnis. Für ihn ist klar: Mit seinem Nein im September 2002 zu Solidaritätsstiftung und Goldinitiative habe das Volk klar gemacht, dass das Gold nach dem geltenden Regime zu verteilen sei. «Das tun wir jetzt auch.»

Nationalbank-Gewinne für AHV?

Das heute Donnerstag zu erwartende Nein des Ständerates zur Goldvorlage bedeutet, dass der Erlös aus den Goldreserven an Bund und Kantone geht, ohne dass das Volk darüber abstimmt. Anders verhält es sich bei einem zweiten sachverwandten Geschäft: der Initiative für eine «sichere AHV». Sie kommt voraussichtlich am 27. November zur Abstimmung und verlangt, dass der Gewinn der Nationalbank in die AHV geht, wobei den Kantonen eine Milliarde jährlich reserviert bliebe. Der Bundesrat lehnt die links-grüne Initiative ohne Gegenvorschlag ab. Zu befürchten sei, dass die Notenbank damit unter latenten politischen Druck gerate, sagte gestern Finanzminister Merz. Dieser Ansicht sind auch FDP und CVP.

Bei SP und SVP, die im Nationalrat eine Mehrheit haben, findet die Initiative indes Zustimmung. Die grosse Kammer schlägt denn auch als Gegenvorschlag vor, dass die Notenbank-Gewinne

je zur Hälfte der AHV und den Kantonen ausgerichtet werden.
Der Bund ginge leer aus. Gestern bestätigte der Nationalrat
dieses Projekt mit 106 zu 72 Stimmen.

Der Ständerat lehnt Initiative und Gegenvorschlag ab. Hält er
weiter daran fest, kann er verhindern, dass der Gegenvorschlag
dem Volk zur Abstimmung vorgelegt wird. (wl)

Gold für Kantone

Die eidgenössischen Räte blockieren sich gegenseitig

Zum Schluss geht alles sehr rasch: Der Ständerat wird heute Donnerstag erneut Nichteintreten zur Goldvorlage beschliessen und so dafür sorgen, dass der Goldschatz Bund und Kantonen zugute kommt.

walter langenegger

Lucrezia Meier-Schatz machte sich gestern nach der Gold-Debatte im Nationalrat keine Illusionen mehr: «Die Goldvorlage ist beerdigt.» Die St. Galler CVP-Nationalrätin muss es wissen: Sie hatte in letzter Minute vorgeschlagen, einen Teil der Golderlöse für die IV einzusetzen, und gehofft, damit eine Brücke zwischen National- und Ständerat zu bauen. Doch das ist gescheitert.

Eine Mehrheit aus SP und SVP beharrte mit 104 zu 72 Stimmen darauf, den Goldschatz zu zwei Dritteln der AHV und zu einem Drittel den Kantonen zukommen zu lassen. Zur Erinnerung: Es geht um 21 Milliarden Franken, die aus dem Verkauf von 1300 Tonnen Nationalbankgold resultierten. Klare Signale für einen Kompromiss wären auch aus dem Ständerat, wo FDP und CVP die Mehrheit haben, nötig gewesen. Dieser hatte bisher darauf gepocht, dass das Gold nicht für die AHV oder anderes einzusetzen sei, sondern allein Bund und Kantonen gehöre. Daher blockierte er die bundesrätliche Goldvorlage von Anfang an. Zumindest die CVP-Ständeräte hätten einlenken müssen, um mit SP- und SVP-Abgeordneten eine neue Mehrheit zu bilden. Doch das blieb ebenfalls aus. Die CVP-Ständeräte Eugen David (SG) und Bruno Frick (SZ) nahmen gestern auf Anfrage denn auch ohne Zögern bereits vorweg, was die CVP zu der auf heute Donnerstag traktandierten Vorlage beschliessen wird: zum zweiten Mal Nichteintreten. «Es war immer klar, dass wir bei dieser Haltung bleiben werden», sagte Eugen David.

Mit diesem zweiten Nein des Ständerats ist das Geschäft nach zweijährigem Ringen endgültig vom Tisch. Konkret heisst das: Das Gold wird wohl so verteilt, wie es FDP und CVP schon immer gefordert haben: zwei Drittel oder 14 Milliarden für die Kantone, ein Drittel oder 7 Milliarden für den Bund. Das entspricht jenem Schlüssel, der bei der Verteilung der ordentlichen Gewinne der Nationalbank üblich ist. Mit dieser Form sei die rechtliche Grundlage für die Verteilung der Gelder durchaus gegeben, bestätigte gestern Finanzminister Hans-Rudolf Merz.

Den gleichen Verteilschlüssel hatte auch der Bundesrat in seiner Goldvorlage präsentiert. Im Vergleich zur ständerätlichen

Variante aber mit einem gewichtigen Unterschied: Mit dem Nichteintreten der Kleinen Kammer wird das Geld nun direkt und ohne Auflagen an Bund und Kantone verteilt. Der Bundesrat dagegen plädierte ursprünglich für eine Fondslösung: Die Vermögenssubstanz der insgesamt 21 Milliarden hätte erhalten bleiben sollen, ausbezahlt worden wären lediglich die jährlichen Zinserträge von 500 Millionen Franken.

Volk kann nicht mitreden

Die Linke befürchtet nun, dass das Gold für Steuersenkungen in den Kantonen verwendet wird, was vor allem Besserverdienende entlastete. Sie wandte sich daher gestern gegen eine rasche Verteilung der überschüssigen Nationalbankreserven. Man dürfe den Goldschatz nicht verteilen, ohne das Volk zu befragen, verlangte Rudolf Rechsteiner (sp/BS) und warnte Hans-Rudolf Merz davor, als «grösster Goldräuber aller Zeiten» in die Geschichte einzugehen. Tatsächlich hat sich der Bundesrat in den letzten Jahren immer auf den Standpunkt gestellt, dass die Verteilung des Goldes einer speziellen Verfassungsgrundlage bedürfe und somit zwingend vors Volk müsse.

Bundesanteil für AHV?

14 Milliarden Franken für die Kantone und 7 für den Bund: Diese Lösung zeichnet sich im Streit um die überschüssigen Goldreserven ab. Was mit dem Bundesanteil passiert, ist offen. Vielleicht werden die 7 Milliarden - oder ein Teil davon - der AHV zugute kommen. So liesse sich der Volksinitiative des linken «Komitees sichere AHV» (Kosa) Wind aus den Segeln nehmen. Die Initiative verlangt, dass der Reingewinn der Nationalbank in den AHV-Fonds geht, wobei den Kantonen eine Milliarde jährlich reserviert bliebe. Der Bundesrat lehnt die Initiative ab: Die Unabhängigkeit der Nationalbank sei in Gefahr. Volk und Stände werden am 27. November 2005 entscheiden. SP und Grüne werden das Begehren unterstützen. Auch die SVP steht unter Druck, weil sie immer Golderlöse für die AHV gewünscht hat. Mit der Überweisung des Bundesanteils von 7 Milliarden an die AHV könnte die SVP von der Unterstützung der Initiative abgehalten werden. (paf)

Inland
 Hauptblatt

Goldige Zeiten für die Kantone

Nationalbank-Reserven gehen an Bund und Kantone: SP und SVP kritisieren Ständeratsbeschluss - SVP sympathisiert mit linker Notenbank-Initiative

SP und SVP sind empört: Dass der Ständerat die Goldreserven nicht der AHV, sondern vor allem den Kantonen zuschanzt, sei eine Missachtung des Volkswillens. Nun überlegt sich die SVP, die linke Initiative «Nationalbankgewinne für die AHV» zu unterstützen.

walter langenegger

Für den Ständerat war es nur noch eine Formalität: Mit 32 zu 11 Stimmen lehnte er gestern zum zweiten Mal die Behandlung der Goldvorlage ab, die damit ausser Abschied und Traktanden fiel. Für Bundesrat Hans-Rudolf Merz ist damit klar: Nun müssen die 21 Milliarden Franken aus dem Verkauf der überschüssigen Goldreserven nach dem verfassungsmässigen Schlüssel verteilt werden: 7 Milliarden für den Bund, 14 Milliarden für die Kantone. Die AHV geht leer aus.

Genau das hatte die kleine Kammer von Anfang an beabsichtigt. Es gebe keinen Grund, den Kantonen den Anspruch auf zwei Drittel zu entziehen oder zu kürzen, sagte der St. Galler CVP-Ständerat Eugen David. Nach siebenjährigem Ringen sei es an der Zeit, «die Goldfrage zum Abschluss zu bringen».

Wie rasch umsetzen?

Vorgesehen ist, die 14 Milliarden Franken nach jener Formel unter den Kantonen zu verteilen, die heute schon für die Zuteilung der Nationalbankgewinne gilt. Der Schlüssel setzt sich demnach zu drei Achteln aus der Finanzkraft und zu fünf Achteln aus der Bevölkerungszahl der Kantone zusammen (siehe Tabelle).

Wenn es nach Hans-Rudolf Merz geht, erfolgt die Ausschüttung schon sehr bald. Allerdings liegt dieser Entscheid nicht beim Finanzminister, sondern beim Gesamtbundesrat. Ob dieser ebenfalls mit der Auszahlung der Goldmilliarden rasch vorwärts machen will, ist nicht so sicher. Denn mit den zwei SP- und SVP-Bundesräten bilden ausgerechnet jene zwei Parteien die Mehrheit in der Landesregierung, die im Nationalrat vehement dafür plädiert hatten, den grösseren Teil der Goldreserven für die AHV einzusetzen.

Damit ist Störpotenzial vorhanden, zumal der Ständeratsentscheid in den Parteizentralen von SP und SVP böse Reaktionen ausgelöst hat. Der Bundesrat habe immer beteuert, dass das Gold nicht ohne spezielle Rechtsgrundlage verteilt werden könne, kritisierten die beiden Parteien. Mit «Winkelzügen» werde nun dem Volk die Mitsprache verweigert und der Volkswille missachtet. Alle Umfragen zeigten: Eine Mehrheit wolle die Goldreserven für die AHV einsetzen.

Finanzminister Merz widersprach dem gestern: Das Volk habe den Verteilschlüssel mehrmals bestätigt. Zudem werde es nicht

übergangen. Denn es könne nun auf Kantonsebene sagen, wie das Gold zu verwenden sei.

SVP für Kosa-Initiative?

So oder so: Es bleibt nicht nur beim gemeinsamen Protest von SP und SVP. Die SVP-Spitze hat gestern nämlich klar Sympathie für das linke Volksbegehren «Nationalbankgewinne für die AHV» (Kosa) signalisiert. «Wir werden uns eine Unterstützung der Initiative gut überlegen», sagte SVP-Generalsekretär Gregor Rutz. Diese verlangt, dass eine Milliarde Franken der künftigen jährlichen Notenbankgewinne an die Kantone geht und der Rest vollumfänglich der AHV zufliesst.

Die Kosa-Initiative erhält damit erst recht Rückenwind. Ohnehin ist die St. Galler Nationalrätin und SP-Fraktionschefin Hildegard Fässler überzeugt: «Nach dem Trauerspiel, das der Ständerat aufführte, hat unsere Initiative die besten Chancen.» Das Volk werde sich im Herbst nächsten Jahres, wenn das Begehren zur Abstimmung kommt, daran erinnern, wie engstirnig die kleine Kammer vorgegangen sei.

Wohin mit Bundesanteil?

Zu einer Allianz zwischen SP und SVP könnte es auch in der Frage kommen, wie der Bundesanteil von 7 Milliarden aus den Goldüberschüssen verteilt werden soll. Die SVP bleibt sich treu und will ihn der AHV gutschreiben. Die SP hat sich noch nicht festgelegt, doch für Fässler ist klar: «Er muss in ein Sozialwerk, also zum Beispiel die AHV.» Ob es auch die IV sein könnte, wie dies neuerdings die CVP fordert, lässt die SP-Politikerin offen. Die FDP indes verlangt das, was auch Finanzminister Merz am liebsten hätte: dass die Mittel für die Schuldentilgung verwendet werden - womit eine neue Kontroverse programmiert ist.

Kantone auf Sanierungskurs

Weniger heftig dürfte es in den Kantonen zu und her gehen: Die Kantonsregierungen haben schon mehrmals deklariert, dass sie ihre 14 Milliarden für die Schuldensanierung nutzen wollen. Tatsächlich lässt sich damit die Gesamtschuld der Kantone von 73 Milliarden um immerhin einen Fünftel reduzieren - wobei dies je nach Kanton in unterschiedlichem Ausmass spürbar wäre. Thurgau und St. Gallen etwa könnten ihre relativ geringen Schulden massiv senken, die beiden Appenzell wären schuldenfrei. Für die «tiefroten» Kantone Genf oder Basel-Stadt dagegen wäre der Goldanteil nur ein Tropfen auf dem heissen Stein.

Bild: Comet

Weihnachtsgeschenk: Der Goldschatz wird an Bund und Kantone verteilt.

Gerangel um 7-Milliarden-Anteil

Was mit dem Bundesanteil aus dem Nationalbankgold geschehen soll, ist umstritten

Dass der Ständerat die Goldreserven nicht der AHV, sondern vor allem den Kantonen zuschanzt, sei eine Missachtung des Volkswillens, kritisieren SP und SVP.

Walter Langenegger

Für den Ständerat war es nur noch eine Formalität: Mit 32 zu 11 Stimmen lehnte er gestern zum zweiten Mal die Behandlung der Goldvorlage ab, die damit ausser Abschied und Traktanden fiel. Für Bundesrat Hans-Rudolf Merz ist damit klar: Nun müssen die 21 Milliarden Franken aus dem Verkauf der überschüssigen Goldreserven nach dem verfassungsmässigen Schlüssel verteilt werden: 7 Milliarden für den Bund, 14 Milliarden für die Kantone, die AHV geht leer aus (siehe «Bund» von gestern). Vorgesehen ist, die 14 Milliarden Franken nach jener Formel unter den Kantonen zu verteilen, die heute schon für die Zuteilung der Nationalbankgewinne gilt. Der Schlüssel setzt sich demnach zu drei Achteln aus der Finanzkraft und zu fünf Achteln aus der Bevölkerungszahl der Kantone zusammen (siehe Tabelle).

Ausschüttung schon bald?

Wenn es nach Hans-Rudolf Merz geht, erfolgt die Ausschüttung schon sehr bald. Allerdings liegt dieser Entscheid nicht beim Finanzminister, sondern beim Gesamtbundesrat. Ob dieser ebenfalls mit der Auszahlung der Goldmilliarden rasch vorwärts machen will, ist nicht so sicher. Denn mit den je zwei SP- und SVP-Bundesräten bilden ausgerechnet jene zwei Parteien die Mehrheit in der Landesregierung, die im Nationalrat vehement dafür plädiert haben, den grösseren Teil der Goldreserven für die AHV einzusetzen.

Damit ist Störpotenzial vorhanden, zumal der Ständeratsentscheid in den Parteizentralen von SP und SVP bitterböse Reaktion ausgelöst hat. Der Bundesrat habe immer beteuert, dass das Gold nicht ohne spezielle Rechtsgrundlage verteilt werden könne, kritisierten die beiden Parteien. Mit «Winkelzügen» werde nun dem Volk die Mitsprache verweigert und der Volkswille missachtet. Alle Umfragen zeigten: Eine Mehrheit wolle die Goldreserven für die AHV einsetzen.

Merz widerspricht

Finanzminister Merz widersprach dem gestern: Das Volk habe den Verteilschlüssel mehrmals bestätigt. Zudem werde es nicht übergangen. Denn es könne nun auf Kantonebene sagen, wie das Gold zu verwenden sei.

Die SVP-Spitze hat als Konsequenz gestern klar Sympathie für das linke Volksbegehren «Nationalbankgewinne für die AHV» (Kosa) signalisiert. «Wir werden uns eine Unterstützung der Initiative gut überlegen», sagte SVP-Generalsekretär Gregor Rutz. Die Initiative verlangt, dass eine Milliarde Franken der künftigen jährlichen Notenbankgewinne an die Kantone geht und der Rest vollumfänglich der AHV zufließt. Die Kosa-Initiative erhält damit

Rückenwind. «Nach dem Trauerspiel, das der Ständerat aufführte, hat unsere Initiative die besten Chancen», sagt SP-Fraktionschefin Hildegard Fässler.

Neue Kontroverse

Zu einer Allianz zwischen SP und SVP könnte es auch in der Frage kommen, wie der Bundesanteil von 7 Milliarden aus den Goldüberschüssen verteilt werden soll. Die SVP bleibt sich treu und will ihn der AHV gutschreiben. Die SP hat sich noch nicht festgelegt, doch für Fässler ist klar: «Er muss in ein Sozialwerk, also zum Beispiel die AHV.» Ob es auch die IV sein könnte, wie dies neuerdings die CVP fordert, lässt die SP-Politikerin offen. Die FDP indes verlangt das, was auch Finanzminister Merz am liebsten hätte: dass die Mittel für die Schuldentilgung verwendet werden - womit eine neue Kontroverse programmiert ist.

Gold-Verteilung an die Kantone

Schulden Anteil am Nationalbankgold

in Mio Fr. in Mio Fr. pro Einwohner in Prozent der (in Fr.) Verschuldung

ZH	9 148 1 578 1253.-	17,2
BE	10 146 2 372 2474.-	23,4
LU	2 855 805 2290.-	28,2
UR	201 95 2777.-	47,3
SZ	441 186 1408.-	42,2
OW	212 134 4085.-	63,2
NW	262 50 1319.-	19,1
GL	194 74 1942.-	38,1
ZG	365 122 1195.-	33,4
FR	1 200 741 3039.-	61,8
SO	1 530 476 1946.-	31,1
BS	5 251 239 1252.-	4,6
BL	2 953 372 1426.-	12,6
SH	378 116 1574.-	30,7
AR	134 126 2386.-	94
AI	36 32 2177.-	88,9
SG	1 675 846 1858.-	50,5
GR	1 001 435 2297.-	43,5
AG	1 704 833 1504.-	48,9
TG	1 328 427 1859.-	32,2
TI	1 390 545 1743.-	39,2

VD 8 393 1 037 1614.- 12,4
VS 2 531 1 134 4073.- 44,8
NE 1 830 428 2551.- 23,4
GE 17 669 531 1256.- 3
JU 579 262 3876.- 45,3
Total 73 407 14 000 1905.- 19,1

Quelle: Konferenz der Kantonsregierungen (KdK)

Überschüssiges Gold füllt ein Büro

In den Tresoren der Schweizerischen Nationalbank (SNB) ruhen gegenwärtig 2590 Tonnen Gold. Wo genau und ob überhaupt in

der Schweiz, wollen die Bundesbanker nicht verraten. Von dem Goldschatz werden 1300 Tonnen verkauft. Um eine Vorstellung der Dimension der Goldtransaktion zu erhalten, ist ein bisschen Physik nötig: Gold gehört mit einem spezifischen Gewicht von 19 320 Kilogramm pro Kubikmeter neben Iridium, Osmium und Platin zu den dichtesten Feststoffen dieser Welt. Wasser verfügt über eine Dichte von 1000 kg/m³. Teilt man die zum Verkauf stehende Goldmenge durch das spezifische Gewicht, erhält man ein Volumen von 67,3 Kubikmeter. Fazit: Die Bundesbanker verkaufen einen Goldschatz, der in einem mittleren Büro (5 mal 4 mal 3,4 Meter) Platz hat. (adk)

Inland
 Hauptblatt

FDP-Kronfavorit wirft das Handtuch

Schwierige Suche: Felix Gutzwiller will nicht Parteichef werden - Idee eines Kopräsidioms findet kaum Anklang

Die Suche nach einem neuen FDP-Präsidenten gestaltet sich schwierig: Der Kronfavorit für das Amt, der Zürcher Nationalrat Felix Gutzwiller, verzichtet auf eine Kandidatur, wie er gestern bekannt gegeben hat. Damit ist das Rennen wieder völlig offen.

walter Langenegger

Gutzwillers Absage kommt nicht unerwartet. Um sich rund um die Uhr der Partei widmen zu können, hätte er seine Professur an der Universität Zürich und die Leitung des Instituts für Präventivmedizin aufgeben müssen. Dieser Schritt fiel ihm zu schwer, wie sich nun zeigt.

Kleiner in Poleposition?

Für Ständerat Fritz Schiesser und seine Findungskommission ist das ein Rückschlag. Gutzwiller galt als Hauptanwärter für das Präsidium und hätte gute Chancen gehabt, als Nachfolger des im November zurückgetretenen Rolf Schweizer gewählt zu werden. Nun dürften sich die Blicke wieder vermehrt auf Interims-präsidentin Marianne Kleiner richten. Ihr wird attestiert, dass sie die Partei in der jetzigen schwierigen Phase kompetent und profiliert führt. Sie selbst indes gibt sich zurückhaltend und betont immer wieder, es gebe geeignetere Kandidaten für das FDP-Präsidium als sie. «Für den Zusammenhalt der Partei wäre es nicht ideal, wenn nebst Bundesrat Hans-Rudolf Merz und Parteisekretär Guido Schommer auch die Parteipräsidentin aus Appenzell Ausserrhoden stammte», sagte sie gestern auf Anfrage.

Allzu gross ist das Feld der potenziellen Anwärter nicht mehr, nachdem bereits viele ihren Verzicht erklärt haben, darunter Arbeitgeberdirektor Peter Hasler und die Nationalräte Johann Niklaus Schneider-Ammann, Ruedi Noser und Duri Bezzola. Vertiefte Gespräche geführt werden derzeit laut Schiesser mit einem halben Dutzend möglicher Kandidaten, wobei er keine Namen nennen will. Darunter dürften der Luzerner Georges Theiler sein, der beim letzten Mal gegen Schweizer unterlag, sowie der Tessiner Fulvio Pelli und der Neuenburger Didier Burkhalter. Letztere haben indes das Handicap, nicht Deutschschweizer zu sein. Das aber wird von vielen in der Fraktion gewünscht. Denn an den neuen Parteichef wird die Erwartung geknüpft, dass er der in der Deutschschweiz besonders starken SVP Paroli bietet.

Kopräsidium: Wenig Chancen

Das ist wohl auch der Grund, weshalb die Idee eines Kopräsidioms bisher kaum Widerhall in der FDP gefunden hat. Angeregt worden war dies von Marianne Kleiner kurz nach Schweigers Rücktritt. Mit der Neubesetzung der Parteispitze solle man sich auch Gedanken über alternative Präsidiumsmodelle machen, sagte sie. Zahlreiche FDP-Politiker stehen einem Kopräsidium jedoch skeptisch gegenüber. Befürchtet wird, dass damit die Verantwortlichkeiten an der Spitze verwischt werden könnten. Fritz Schiesser bestätigte gestern mit Blick auf die am 15. April angesetzte Neubesetzung des obersten Parteiamtes denn auch: «Dass wir ein Kopräsidium vorschlagen, ist zum jetzigen Zeitpunkt eher unwahrscheinlich.»

Befragt

«Nicht kompatibel»

Warum, Herr Gutzwiller, verzichten Sie auf das FDP-Präsidium?

Die Institutsleitung an der Uni ist nicht kompatibel mit dem Präsidium, für das es die volle Energie bräuchte. Und auf diesen Job will und kann ich nicht verzichten.

Die Professur liegt Ihnen mehr am Herzen als die Partei?

Ich müsste meine berufliche Identität gänzlich aufgeben. Das wäre nicht im Interesse der FDP.

Fiel Ihnen der Entscheid schwer?

Ja, es wäre eine tolle Herausforderung gewesen, mit der Partei wieder auf die Gewinnerseite zu kommen.

Viele setzten Hoffnungen in Sie.

Ja, das macht den Entscheid nicht leichter. Aber es gibt auch andere Leute, die das tun können.

Welche?

Jene, die jeweils genannt werden, kommen sicher alle in Frage.

Ist Ihr Verzicht nicht ein schlechtes Signal für die anderen?

Das glaube ich nicht. Es führt eher dazu, dass sie sich jetzt klarer positionieren können.

Interview: Heidi Gmür

Anzeige

Felix Gutzwiller

Nationalrat (FDP/ZH)

Inland
 Hauptblatt

Der Goldschatz ist noch nicht verteilt

Streit um Nationalbank-Reserven geht weiter: SP und SVP wollen Ausschüttung an Kantone verhindern und machen Druck auf ihre Bundesräte

Der Bundesrat gerät zwischen Hammer und Amboss: Gibt er die Gold-Milliarden zur Verteilung an die Kantone frei, gibt es Ärger mit SP und SVP. Tut er es nicht, verscherzt er es sich mit den Kantonen.

walter langenegger

Dem Bundesrat steht eine heikle Diskussion bevor: Hans-Rudolf Merz hat kurzfristig die Verteilung der Nationalbank-Reserven auf die Traktandenliste der morgigen Sitzung setzen lassen, nachdem der Ständerat vor wenigen Tagen die Goldvorlage gebodigt hatte. Der Finanzminister will damit rasch das durchsetzen, was die Kleine Kammer fordert: dass die 21 Milliarden Franken zu zwei Dritteln an die Kantone und zu einem Drittel an den Bund gehen. Es gehe darum, das Gremium über die Lage zu informieren und das weitere Vorgehen zu beraten, sagte gestern Elisabeth Meyerhans Sarasin, Sprecherin des Finanzdepartements.

Neue Allianz im Bundesrat?

Nötig ist die Diskussion, weil über die Ausschüttung der 14 Milliarden nicht der Finanzminister allein, sondern der Gesamtbundesrat zu befinden hat. Denn um den Willen des Ständerates umzusetzen, braucht es eine entsprechende Vereinbarung mit der Nationalbank. Und diese wiederum bedarf der Zustimmung der Landesregierung.

Ob der Gesamtbundesrat allerdings sein Plazet dazu gibt, ist fraglich. Denn im Bundesrat haben jene zwei Parteien die Mehrheit, welche einen Grossteil des Goldes lieber der AHV überwiesen hätten: SP und SVP. Nachdem die beiden Parteien bereits den Ständeratsbeschluss heftig kritisiert hatten, forderten sie am Wochenende ihre Vertreter im Bundesrat öffentlich auf, den Finanzminister zu stoppen. So machte SP-Sprecher Jean-Philippe Jeannerat gestern klar: «Wir gehen davon aus, dass die SP-Bundesräte unsere Vorbehalte teilen.» Noch deutlicher äusserte sich SVP-Generalsekretär Gregor Rutz: «Es geht hier um Glaubwürdigkeit. Wenn unsere Bundesräte nicht im Sinne der Partei handeln, wären wir sehr enttäuscht.» Anders gesagt: Micheline Calmy-Rey, Moritz Leuenberger, Christoph Blocher und Samuel Schmid steht viel Ärger mit ihren Parteien ins Haus, sollten sie Merz' Pläne gutheissen.

Schwierige Gratwanderung

Freilich gibt es auch noch andere Gründe, welche die SP- und SVP-Bundesräte bewegen könnten, die Ausschüttung der Gold-Milliarden vorerst zu verhindern:

- Der Bundesrat hat stets darauf bestanden, dass es für die Gold-Verteilung eine eigene Gesetzesgrundlage braucht. Lenkt er jetzt ein, widerspricht er sich selbst.
- Die SP will mit einer Verwaltungsbeschwerde reagieren, falls die Mittel ausbezahlt werden. Sie hat bereits Professor Philippe Mastronardi von der Universität St. Gallen beauftragt abzuklären, ob eine Goldverteilung ohne Parlamentsbeschluss überhaupt rechtmässig ist. Das könnte zu einem langen juristischen Hick-Hack führen.
- Mit einem Ja würde der Bundesrat anerkennen, dass es sich bei den überschüssigen Reserven um ordentliche Notenbankgewinne handelt. Damit aber setzt er sich dem Verdacht aus, mit einer Ad-hoc-Übung der linken Volksinitiative «Nationalbankgewinne für die AHV» zuvorkommen zu wollen, ein «fait accompli» zu schaffen und am Volk vorbei den Kantonen rasch die Gold-Milliarden zuzuschicken.
- Schliesslich riskiert der Bundesrat mit einem Ja zugunsten der Kantone, dass sich die SVP endgültig hinter die Initiative «Nationalbankgewinne für die AHV» stellt. Damit erhöhten sich die Chancen des Volksbegehrens beträchtlich. Zur Erinnerung: SP und SVP bilden zusammen wahlmässig eine Mehrheit von über 50 Prozent.

Druck von den Kantonen

All dies aber muss noch nicht heissen, dass der Bundesrat die Goldfrage nun doch aufschiebt oder gar eine neue Vorlage ausarbeitet, wie das SP und SVP verlangen. Denn damit legte er sich mit den Kantonen an. Das aber liegt kaum in seinem Interesse, zumal schon genug Geschirr zwischen Bund und Kantonen zerschlagen wurde, zum Beispiel mit dem Steuerpaket.

Canisius Braun, Sekretär der Konferenz der Kantone, bekräftigte gestern denn auch, dass die Kantone politisch Druck machen, falls der Bundesrat den Ständeratsbeschluss nicht realisiert. Das könnte insbesondere SVP-Bundesrat Samuel Schmid dazu bringen, die Parteilinie zu verlassen und mit dem Finanzminister zu marschieren. Dies gilt umso mehr, als auch Christoph Blocher nicht mehr so vehement darauf drängt, mit dem Gold den AHV-Fonds zu alimentieren, seit das Volk die Solidaritätsstiftung verworfen hat.

Diskussion ohne Beschluss?

So oder so: Der Bundesrat steckt im Dilemma: Was er auch immer tut, wird erbittert bekämpft werden. Daher ist nicht auszuschliessen, dass es die Landesregierung vorerst dabei be-lässt, bloss eine neuerliche Auslegung vorzunehmen.

Anzeige